

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

A001	Digitalisierung und Ausbildung 4.0	7
A002	Zukunft der Ausbildung	11
A003	Gute Ausbildung im Gesundheitswesen	16
A004	Angepasste Prüfungsmodalitäten für Menschen mit sprachlichen Defiziten	20
A005	Volle Auszubildendenvergütung für Teilzeitauszubildende Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung	21
A007	Solidaritätspakt für ausbildende Betriebe	22
A010	Ausbildungszeit zählt zur Betriebszugehörigkeit	23
A014	Aufnahme der dual Studierenden in das BBiG	24
B001	Gewerkschaften an Schulen stärken	25
B002	Gewerkschaftspolitische Bildung an Schulen	26
B003	Zutrittsrecht an berufsbildenden Einrichtungen für Gewerkschaften	27
B004	Ein Wechsel in der Bildungspolitik	28
B005	Keine Drittmittel-Finanzierung der Hochschulen	29
B006	Bildungsurlaub für dual Studierende	30
C001	Verbot von Leiharbeit	31
C003	Keine Erhöhung der Überlassungshöchstdauer	32
C004	Kampagne zur Eindämmung befristeter Arbeitsverhältnisse	33
C005	Sachgrundlose Befristungen? Die Zeit der netten Worte ist vorbei	34
C008	Uploadfilter für alle	35
C009	Regulierung von Freelance-Plattformen	36
C010	Ethik von Algorithmen	37
C011	Erhöhung Mindesturlaub	38
C013	Existenzsichernder Mindestlohn ohne Ausnahmen	39
C014	Mindestlohn <input type="checkbox"/> Aber richtig	40
C015	Antrag zur Rente	41
C017	Rentenanspruch für Langzeitstudierende	42
D001	Kostenloser öffentlicher Personennahverkehr	43
D005	ÖPNV for free	44
D007	Für eine humane und europäische Asylpolitik	45
D009	Freie und offene Grenzen in Europa	46
D010	Solidarisierung mit der zivilen Seenotrettung	47

D012	Seenotrettung ist kein Verbrechen	48
D013	Soziale Wohnungspolitik	49
D016	Sozialer Wohnraum in Deutschland	50
D017	Bezahlbarer Wohnraum	51
D018	Wohnraum in Ballungsgebieten für Auszubildende!	52
D019	Besetzungen als politisches Mittel	53
D020	Reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Hygieneartikel	54
D021	A Womans's Place is in the Revolution - Unterstützung des Frauen*streiks am 8. März	55
D022	Kontrollierte Cannabis Abgabe	56
D024	Recht auf politischen Streik	57
D025	Stellungnahme gegen das neue Polizeiaufgabengesetz	58
D026	Wären wir noch durchsichtiger, wären wir weg - gegen Überwachungsstaat und Gläsernen Menschen	59
D028	Schaffung einer Stelle im Kanzleramt zur Überprüfung von Gesetzen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung	60
D029	Boykottiert die Boykotte	61
D030	Die ver.di Jugend fordert die Freilassung von Adil Demirci und seine Ausreise aus der Türkei!	62
D031	Wahlrecht für ausländische Mitbürger*innen	63
D033	Bereit für Bonn!	64
D034	Gesellschaftskonzept	65
D036	Altersbeschränkung in der studentischen Krankenversicherung streichen	67
D041	Gegen die Rodung des Hambacher Forsts und Ausstieg aus der Braunkohleindustrie	68
D042	Lebensmittelverschwendung entgegenreten!	69
D043	Antrag zur Befassung mit dem Konflikt [?] Hambacher Forst - Kolleg*innen bei RWE	70
D044	Bedingungsloses Grundeinkommen	71
E001	Gleichstellung und Schutz der Jugend- und Auszubildendenvertretungen	72
E002	Ausweitung des Wahlrechts bei JAVen	73
E003	Mitbestimmung 4.0	74
E004	Bessere Mitbestimmung im öffentlichen Dienst	78
E005	Erweiterung des § 9 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG)	79
F001	ver.di Jugend aktiv gegen Rechts	80

F002	Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit! Nein zu Rassismus und Ausgrenzung!	87
F003	Rechtsruck entgegentreten!	88
F004	Wir sind alle ANTIFAschist*innen!	89
F005	Anti-Rassismus - Klare Positionierung gegen rechtes und unsolidarisches Gedankengut	90
F006	Unterstützung Antifaschistischer Arbeit	91
F010	Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in ver.di und in der Alternative für Deutschland (AfD) sowie ihr nahestehender und untergeordneter Organisationen und Vereinigungen	92
F011	Klare Kante gegen die AfD	94
F012	Was die Frankfurter Eintracht kann, können wir auch - Ausschluss NPD/AFD	95
F013	Was die Frankfurter Eintracht kann, können wir auch - Ausschluss NPD/AFD	96
G001	Jugendtarifarbeit	97
G002	Mentoring Programm Tarifpolitik	103
G003	Streikrecht während der Berufs- und Hochschulzeit	104
G004	Ressourcenschonende Verwendung von Tarifrunden-Materialien	105
G005	Für eine echte Tarifstrategiekonferenz!	106
G006	Ideensammlung für qualitative Jugendtarifforderungen	107
G007	Übernahme zum Thema machen	108
G008	Nächste bundesweite Kampagne basierend auf historischen Bannern und Plakaten	109
G009	Diskriminierungsfreie Tarifpolitik in ver.di!	110
G011	Zielgruppenarbeit in der Nachwuchsentwicklung	111
G012	Ansprachekonzept für junge Beamt*innen	113
G013	Was hat uns groß gemacht? - betriebliche Präsenz stärken	114
G014	Systematische Ansprache an Universitäten, Hochschulen und Dualen Hochschulen	116
G015	Eine stärkere Fokussierung auf den Berufszweig Soziale Arbeit	117
G020	Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung setzen!	118
G022	Arbeitszeitverkürzung zum Gegenstand einer gesellschaftspolitischen Kampagne machen	119
G023	Digitalisierung muss zu Arbeitszeitverkürzung führen	120
G026	Abkehr von prozentualen Einkommenssteigerungen	121
G027	TVStud für alle	122
G031	Tarifvertrag Ausbildungsqualität	123

G033	Weiterbildung für alle	124
G034	Aufnahme der Jugendtarifkommissionen als satzungsgemäße Gremien	125
G036	Den BJTK-Mitgliedern eine Stimme in der BTK geben	126
G039	Bündnispartnerschaft der Initiative Krankenhaus statt Fabrik	127
G042	Internationale Arbeit der ver.di Jugend	128
G043	ver.di Jugend in Europa	130
G044	Solidarität mit US-Gewerkschaften	131
G045	Solidarität mit den Beschäftigten der Hotellerie und Gastronomie	132
H001	Barrierefreie Gebäude bei Neubauten und Renovierungen	133
H002	Jugendbildungsarbeit – Ein Garant für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit	134
H003	Rahmenprogramme ver.di b+b Seminare	137
H004	Erweiterung BR Seminar um Grundwissen zu Ausbildung und Studium im Betrieb	138
H005	Bildungsangebote für dual Studierende	139
H008	Ausbau gewerkschaftlicher Bildungsarbeit	140
H010	Seminarreihe "Nazitrolle versauen die Medienlandschaft" (Arbeitstitel)	141
H013	Bundesweites Jugendcamp	143
H015	Antisemitismus bekämpfen	144
H016	ver.di Jugend goes digital	145
H018	Modernisierung der ver.di	146
H020	Elektronische Streikgelderfassung	147
H021	Angebot von veganer Verpflegung bei ver.di Veranstaltungen	148
H022	Anerkennung des geschlechtlichen Selbstbestimmungsrechts durch ver.di	149
H023	Sichere Kommunikation in ver.di	150
H026	Jugend im Fokus 2.0	151
H027	Anpassung der Jugendrichtlinie	153
H028	Verpflichtende Jugendquote in Verhandlungskommissionen	155
H029	ver.di im Wandel  Berücksichtigung der Jugend im Rahmen der Fachbereichsfusion	156
H030	Jugendquote in Bundesgremien	157
H032	Bundesjugendsekretär*in als Wahlamt	158
H034	„Fachbereichsjugendvorstände“ statt „Fachbereichsjugendfachkreise“	159
H035	Was machen nach der 'Bio-Klippe' - Ein Anstoß zu Ü28	160

H040	Jugendsekretär*innen in der Ebenenstruktur sind unabdingbar	161
H041	Jugendbetreuung - endlich überall	162
H042	Mehr Jugendsekretär*innen in den Bezirken, sowie Erhöhung der finanziellen Mittel	163
H043	Änderung der disziplinarischen und fachlichen Leitung von Jugendsekretär*innen	164
H044	Bewährungsprobe des*der neuen Bundesvorsitzende*n	165
H045	Freigabe des Angebots für ein freiwilliges soziales Jahr bei ver.di	166
H046	Gendergerechtigkeit in der ver.di Matrix	167
H047	Sozialpartnerschaftliche Bündnisse aufkündigen	168
H048	Benennung der neuen Bereiche	169
H049	Sprache schafft Bewusstsein	170
H054	Produktion einer hochwertigen ver.di-Qualitäts-Serie auf internationalem Niveau in Kooperation mit Netflix	171
H055	ISIC Card Video	172
H056	Social Media	173
H057	Social Media und Kampagnen	174
H058	ver.di Publikum vorrangig digital	175
H060	Anhebung der Freistellungstage unter Fortzahlung der Vergütung bei zukünftigen Verhandlungen von Tarifverträgen	176
H061	Freistellungsmöglichkeit fürs Ehrenamt	177
H063	Für Solidarität und gegen Neoliberalismus in der Hans-Böckler-Stiftung	178
H065	HBS Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit zur Verlängerung des Studiums	179
H066	Mehr Gewerkschaft in der Hans-Böckler-Stiftung	180
H067	Verbesserte Mobilität für ver.di Mitglieder	181
H068	BAföG-Beratung	182
H072	Plastikvermeidung in der ver.di	183
H073	Keine Coca Cola Company & Nestlé Produkte mehr in allen Räumlichkeiten des DGB	184
H074	Keine Coca Cola Company & Nestle Produkte mehr in allen Räumlichkeiten der ver.di	185
I001	Fridays for future – kämpft weiter!	186
I002	Resolution - Venceremos- Solidarität mit Kevin K.	187
I004	Mindestausbildungsvergütung – wir sind nicht zufrieden!	188
I005	Volle Solidarität mit "Deutsche Wohnen & Co enteignen" und ähnlichen Initiativen	189

D035 Rundfunk-Sozialbeitrag

190

# Antrag A001: Digitalisierung und Ausbildung 4.0

Laufende Nummer: 1217

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung

Die Konferenz möge beschließen:

1 Die Prozesse der Digitalisierung beeinflussen die alltägliche Arbeit der meisten  
2 jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die ver.di Jugend unterstützt diese dabei,  
3 die Potenziale der Digitalisierung zur Arbeitserleichterung zu nutzen und stellt sich  
4 schützend vor diese, um die Risiken der Digitalisierung zu minimieren. Damit alle von  
5 der Digitalisierung profitieren können, bedarf es auf der einen Seite einer guten  
6 (digitalen) Infrastruktur, auf der anderen Seite gleicher digitaler  
7 Zugangsmöglichkeiten und Standards innerhalb der Betriebe.

8 Um die Digitalisierung für die Auszubildenden, Dual Studierenden und jungen  
9 Beschäftigten zu einem Handlungsfeld zu machen, welches sie aktiv mitgestalten  
10 können, fordert die ver.di Jugend folgendes:

## 11 **Rahmenbedingungen gelungener Digitalisierung definieren**

12 Um Digitalisierung im Betrieb einzubetten, ist eine aktuelle und zeitgemäße  
13 technische Ausstattung unabdingbar und muss sichergestellt werden. Doch auch die  
14 Bereitschaft, Digitalisierung als Chance und nicht nur als Risiko wahrzunehmen, muss  
15 wachsen. Junge Beschäftigte und Auszubildende erleben in ihren ersten Jahren in den  
16 Betrieben oft eine Desillusionierung und dadurch große Frustration bezüglich ihres  
17 ungenutzten Innovationspotenzials und der mangelnden Offenheit gegenüber digitalen  
18 Möglichkeiten im Betrieb.

19 Darüber hinaus braucht es klare Rahmenbedingungen und eine Meinungsbildung innerhalb  
20 von ver.di zu Ausbildung bzw. Arbeit 4.0.

## 21 Wir fordern:

22 • einen verpflichtenden einheitlich hohen technischen Standard innerhalb der  
23 Betriebe.

24 • eine Sensibilisierung der Beschäftigten im Betrieb um die Thematik  
25 mitzugestalten.

26 -

27 • keinerlei Arbeitsverdichtung durch Digitalisierung.

28 • Cool-Down-Phasen nach der Arbeit an einem Bildschirm. In diesen Phasen darf  
29 nicht am Bildschirm gearbeitet werden. Diese Cool-Down-Phasen sollen in  
30 Betriebsvereinbarungen bzw. Regelungsvereinbarungen festgeschrieben sein.

- 31 • eine Befähigung und Sensibilisierung von Beschäftigten in der digital wandelnden  
32 Arbeitswelt. Es muss ein Verständnis für Datenschutz nach den gesetzlichen  
33 Grundlagen und die dazugehörige Definitionserklärung erfolgen. Damit ist mit  
34 inbegriffen, dass dies und die Möglichkeiten von digitalen Kompetenzen in allen  
35 Ausbildungsordnungen verankert werden soll.

36 Arbeitsaufträge für die ver.di Jugend:

- 37 • Die ver.di Jugend entwickelt Bildungsbausteine, welche die JAVen innerhalb der  
38 Betriebe nutzen können, damit ein Digitalisierungsprozess zum Vorteil der  
39 Auszubildenden/Dual Studierenden geführt wird.
- 40 • Außerdem erarbeitet die ver.di Jugend Bildungsmodule für Auszubildende/Dual  
41 Studierende, in denen die Fähigkeit vermittelt wird, sich digitale Ruhepausen  
42 einzurichten (digital detoxing).
- 43 • Die ver.di Jugend prüft, welchen Zeitrahmen Cool-Down-Phasen nach  
44 Bildschirmarbeit sinnvollerweise haben sollen.

45 **Digitalisierung als gestaltbares Probierfeld sehen – und sich einmischen!**

46 Die ver.di Jugend sieht die großen Potenziale, die die Digitalisierung birgt, und  
47 setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, Digitalisierung aktiv mitzugestalten. Die  
48 Potenziale der Arbeitsentlastung sind enorm, wenn die Digitalisierungsprozesse im  
49 Betrieb durch die Beschäftigtenvertretung begleitet werden. Gleichzeitig gilt, dass  
50 die Digitalisierung nicht zu mehr Kontrolle der Auszubildenden und jungen  
51 Beschäftigten genutzt werden darf – hier sind die Rechte der Auszubildenden und  
52 jungen Beschäftigten auf allen Ebenen zu stärken.

53 Wir fordern:

- 54 • Einen frühzeitigen Einbezug von allen Beschäftigten in jede  
55 Digitalisierungsentscheidung mit der größtmöglichen Transparenz.
- 56 • dass neue digitale Technologien an die Arbeitsprozesse von Auszubildenden  
57 eingebunden werden, damit diese die Technologien fehlertolerant erproben können.
- 58 • dass Digitalisierung nicht zu mehr Kontrolle und Leistungsdruck von  
59 Auszubildenden genutzt wird.

60 **Digitalisierung ausprobieren!**

61 Um die Potenziale von jungen Beschäftigten zu nutzen und diese zu befähigen, sich die  
62 digitalen Wandlungen zu eigen zu machen, sind arbeitgeberfinanzierte Projektwochen  
63 sinnvoll, in denen sich die Auszubildenden und jungen Beschäftigten mit digitalen  
64 Neuerungen im eigenen Arbeitsbereich auseinandersetzen und diese ausprobieren. Diese  
65 Projektwochen sollen idealerweise von gewerkschaftlichen Bildungsträgern umgesetzt  
66 werden. Am Ende solcher Projektwochen kann in Absprache mit der JAV jeweils ein  
67 Workshop stattfinden, in dem die Ergebnisse der Projektwoche im Betrieb vorgestellt  
68 werden. Damit hätten junge Arbeitnehmer\*innen die Möglichkeit, sich absolut  
69 fehlertolerant im digitalen Feld auszuprobieren.



70 Wir fordern:

- 71 • Arbeitgeberfinanzierte Projektwochen für Auszubildende und junge  
72 Arbeitnehmer\*innen, um sich im eigenen Arbeitsbereich mit neueren Techniken und  
73 digitalen Möglichkeiten auseinanderzusetzen. Die Projektwochen werden von  
74 gewerkschaftlichen Bildungsträgern umgesetzt.

75 Arbeitsauftrag für die ver.di Jugend:

- 76 • Die ver.di Jugend erarbeitet Bildungskonzepte für diese Projektwochen und bindet  
77 Fragen zum Datenschutz und Mitarbeiter\*innenrechten in das Seminarkonzept mit  
78 ein.

79 **Fokus auf digitale Prozesse statt auf analoge Bereiche legen – Potenziale zur**  
80 **Reduzierung des Arbeitsvolumens nutzen**

81 Eine Orientierung auf (digitale) Prozesse statt auf analoge Arbeitsbereiche kann die  
82 Chance bergen, das Arbeitsvolumen zu reduzieren. Digitalisierung birgt ein enormes  
83 Vernetzungspotenzial, das die ver.di Jugend begrüßt. Durch die Zusammenarbeit von  
84 heterogenen Teams bei der Entwicklung von digital basierten Prozessen können  
85 Synergieeffekte genutzt und Arbeitsvolumen reduziert werden. Nach Abbau von  
86 Unsicherheiten im Umgang mit technischen und digitalen Neuerungen kann damit konkret  
87 die Arbeitsqualität der Beschäftigten steigern. Auch im Zusammenhang mit digitalen  
88 Prozessen muss die Stärkung der Rechte der Beschäftigten im Fokus stehen. Datenschutz  
89 und Mitbestimmungsrechte brauchen in diesem Bereich ein besonderes Augenmerk.  
90 Der DGB Index Gute Arbeit (2017) zeigt auf, dass Frauen aus dem Niedriglohnsektor und  
91 in den Bereichen der Dienstleistungen am ehesten durch Digitalisierung Nachteile  
92 erfahren.

93 Wir fordern:

- 94 • dass die Möglichkeiten der Synergieeffektnutzung durch Digitalisierung genutzt  
95 werden, um damit eine Reduzierung des Arbeitsvolumens durch effektivere  
96 Arbeitsorganisation zu ermöglichen.
- 97 • Durch Digitalisierung niemanden abhängen
- 98 -
- 99 • für junge Frauen, die sich im Bereich Digitalisierung fit machen wollen. Um  
100 einen geschützten Raum zum Ausprobieren zu bieten, sollen die Seminare von  
101 Frauen geteamt werden.
- 102 • Darüber hinaus entwickelt die ver.di Jugend ein analoges Seminarkonzept, das  
103 offen für alle interessierten Personen ist.

104 **Digitalisierung in der (Berufs-)Schule umsetzen**

105 Zur Digitalisierung in den (Berufs-)Schulen zeigt sich ein sehr heterogenes Bild.  
106 Einige (Berufs-)Schulen nutzen digitale Möglichkeiten sehr intensiv – andere (Berufs-  
107 )Schulen haben Probleme, die rudimentärsten digitalen Angebote zur Verfügung zu  
108 stellen. Zusätzlich ist ein enormer Schulungsbedarf der Berufsschullehrerinnen und -

109 lehrer zu beobachten. Gleichzeitig kann Digitalisierung eine große Unterstützung bei  
110 der Lernortkooperation darstellen und zur besseren Vernetzung zwischen Betrieb und  
111 Schule dienen.

112 Wir fordern:

- 113 • eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte in Bezug auf  
114 Digitalisierung (in Zweijahresrhythmen).
- 115 • dass (Berufs-)Schulen technisch für die Digitalisierung fit gemacht werden.  
116 Dafür bedarf es sowohl einer ausreichenden Hard- wie Software. Wir fordern einen  
117 einheitlich hohen Standard für die Ausrüstung der (Berufs-)Schulen, der durch  
118 öffentliche Gelder finanziert werden muss. Auch Gelder aus der Ausbildungsumlage  
119 können für die Ausstattung der Berufsschulen angedacht werden. Die Finanzierung  
120 der technischen Ausstattung von sogenannten Projektschulen durch die Wirtschaft  
121 lehnen wir ab, da sie eine Abhängigkeit der Schule von der Wirtschaft  
122 produziert.
- 123 • die Ausschöpfung der digitalen Potenziale zur Verknüpfung der verschiedenen  
124 Lernorte innerhalb der Ausbildung unter Einbezug der JAV in jeden Prozess.
- 125 • die Einbeziehung der Schüler\*innenvertretungen in den entsprechenden  
126 Schulformen.

# Antrag A002: Zukunft der Ausbildung

Laufende Nummer: 1222

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung

Die Konferenz möge beschließen:

1 Der Prozess der Digitalisierung, die aktuelle gesellschaftliche Stimmung und die  
2 politische Grundsituation machen es nötiger denn je, dass Auszubildende zusammen für  
3 ihre Rechte eintreten und für eine Verbesserung ihrer Situation kämpfen. Die ver.di  
4 Jugend hält an ihrem betrieblichen Fokus fest und kämpft weiterhin für gute  
5 Ausbildungsbedingungen!

6 Um eine gute Ausbildung für alle Auszubildenden sicherzustellen, fordert die ver.di  
7 Jugend folgendes:

## 8 **Ein einheitliches Ausbildungsgesetz für Alle**

9 Da bisher nicht alle Ausbildungen im Berufsbildungsgesetz (BBiG) erfasst sind, muss  
10 der Geltungsbereich des BBiG sowie der Inhalt des Gesetzes erweitert werden. Alle  
11 Ausbildungsberufe, die bisher eigene Ausbildungsgesetze haben oder die nach  
12 Landesrecht geregelt sind, sollen in den Anwendungsbereich des BBiG aufgenommen  
13 werden. Dazu gehören z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie die Sozial- und  
14 Erziehungsberufe. Ebenfalls soll das BBiG für alle betrieblichen Ausbildungsphasen  
15 von schulischen Ausbildungsgängen und Dualen Studiengängen gelten. Alle neuen  
16 Ausbildungsberufe sollen automatisch unter das einheitliche Ausbildungsgesetz fallen.  
17 Zu prüfen ist dabei, welche Anpassungen des BBiG aufgrund der besonderen  
18 Ausgestaltung erforderlich sind. Dabei dürfen bereits erreichte Ausbildungsniveaus in  
19 den Berufen nicht unterschritten – eine Schlechterstellung muss unter allen Umständen  
20 vermieden werden.

## 21 Wir fordern:

- 22 • ein bundesweit einheitliches Ausbildungsgesetz und damit eine Umstrukturierung  
23 des BBiG. Dabei muss der Geltungsbereich auf duale Studiengänge sowie die  
24 Ausbildungsberufe ausgeweitet werden, die bisher eigene Ausbildungsgesetze haben  
25 oder nach Landesrecht geregelt werden. Bisherige Ausbildungsniveaus dürfen dabei  
26 nicht unterschritten werden.

## 27 **Berufsbildende Schulen umstrukturieren – Bildungsföderalismus überwinden**

28 Das (Berufs-)Schulsystem in seiner jetzigen Form ist an vielen Stellen problematisch.  
29 Es ist nicht inklusiv, da es in der Regel nicht schafft, allen (Berufs-)Schüler\*innen  
30 gerecht zu werden. Es gibt zum einen Personen, die vom (Berufs-)Schulunterricht  
31 unterfordert sind und nur ihre Tage absitzen, und zum anderen Personen, die

32 Schwierigkeiten haben, mit den Anforderungen des Lernstoffs mitzukommen. Es bedarf  
33 einer umfassenden Umstrukturierung, um die Schultage für alle Schüler\*innen so zu  
34 gestalten, dass diese zielführend sind und auch als sinnvoll wahrgenommen werden  
35 können. Der heterogenen Schüler\*innenschaft kann nur mit kleinen Klassen, mehr  
36 Lehrkräften (mind. zwei Lehrkräfte pro Klasse) und Investitionen in den Ausbau der  
37 Schulen entsprochen werden.

38 Insbesondere im Bereich der Berufsschulen muss ver.di auf allen Ebenen darauf  
39 hinwirken, dass der Schulunterricht einen einheitlich hohen Standard erfüllt, auch um  
40 eine einheitlich hohe Qualifikation im Berufsstart zu ermöglichen. Die Kernziele des  
41 Unterrichts in Berufsschulen sind: die berufsbezogene Handlungsfähigkeit, soziale  
42 Kompetenzen und gesellschaftliche Analysefähigkeit. Die genutzten Lehrmaterialien  
43 müssen diese Lernziele unterstützen.

44 Diese Umstrukturierung und die von der ver.di Jugend geforderten Investitionen werden  
45 unter anderem durch den Bildungsföderalismus verhindert. Durch den  
46 Bildungsföderalismus wird eine heterogene und eher unstete Bildungslandschaft  
47 befördert. Bildungsanforderungen sind dadurch sehr heterogen und weisen zum Teil  
48 große Diskrepanzen auf.

49 Wir fordern:

- 50 • eine Umstrukturierung des (Berufs-)Schulsystems und einen einheitlich hohen  
51 Standard der (Berufs-)Schulen.
- 52 • Investitionen in das (Berufs-)Schulsystem.
- 53 • die Aufhebung des Bildungsföderalismus' und damit die Möglichkeit der  
54 Bildungsfinanzierung durch den Bund.

55 **Evaluation und Neuausrichtung von ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen durchsetzen**

56 Personen, die im Schulsystem aus verschiedenen Gründen Probleme hatten und weitere  
57 Unterstützung brauchen, um sich auf eine Ausbildung vorzubereiten, können auf ein  
58 breites Maßnahmenpotpourri zurückgreifen. Es gibt sehr viele Maßnahmen, von denen  
59 jedoch kaum eine so gestaltet zu sein scheint, dass sie junge Menschen dazu befähigt,  
60 eine Ausbildung anzufangen. Statt bestehende Maßnahmen kritisch zu evaluieren, werden  
61 neue Maßnahmen geschaffen, welche zwar die Arbeitslosenstatistiken entlasten, den  
62 Jugendlichen tatsächlich jedoch wenig Handlungsbefähigung bieten. Alle staatlichen  
63 Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung und -orientierung wie zum Beispiel die  
64 Einstiegsqualifizierung oder die ausbildungsvorbereitende Maßnahme (BvB) benötigen  
65 eine grundlegende Neuorientierung.

66 Wir fordern:

- 67 • eine Evaluation aller bundesweiten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zur  
68 Berufsvorbereitung und -orientierung anhand derer die Wirksamkeit der Maßnahmen  
69 festgestellt werden kann.
- 70 • ver.di dazu auf, auf allen Ebenen Druck aufzubauen, einen Verbesserungsprozess  
71 der Maßnahmen anzustoßen, der an den Bedarfen der Maßnahmeteilnehmer\*innen  
72 orientiert ist. Die Gewerkschaften sind in diesen Prozess einzubeziehen.

73 • eine Vergütung der betrieblichen Maßnahmen und Maßnahmenphasen orientiert an  
74 Equal Pay.

75 • dass die Inhalte der betrieblichen Maßnahmen analog zu den Ausbildungsplänen  
76 festgelegt werden müssen.

### 77 **Infrastruktur und Ausstattung von Arbeitsplätzen von Auszubildenden regeln und prüfen**

78 In vielen Betrieben sehen sich die Auszubildenden mit der Situation konfrontiert, an  
79 Arbeitsplätzen arbeiten zu müssen, die ein konzentriertes Lernen im Betrieb unmöglich  
80 machen. Insbesondere im Bereich der Digitalisierung wird Auszubildenden teilweise  
81 unzureichende Technik am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt.

#### 82 Wir fordern:

83 • dass zukünftig die Mindestausstattung und die räumlichen Gegebenheiten von  
84 Auszubildendenarbeitsplätzen in einem Regelkatalog definiert werden. Dieser  
85 Regelkatalog ist in den jeweiligen Betriebs-/Dienstvereinbarungen  
86 festzuschreiben.

87 • dass die Umsetzung dieser Regelung in festen Abständen durch die JAV, den  
88 Betriebs- bzw. Personalrat geprüft wird. Gegebenenfalls werden Auflagen für die  
89 Anpassung an die Mindeststandards ausgesprochen, welche innerhalb einer Frist  
90 umzusetzen sind.

### 91 **Unabhängige Kontrolle der Ausbildungsbetriebe durchsetzen**

92 Die Kontrolle und Neuvergabe der Ausbildungsberechtigung von Betrieben wird von den  
93 zuständigen Kammern verantwortet. Die zuständige Stelle beschäftigt zu diesem Zweck  
94 eine Ausbildungsberaterin/einen Ausbildungsberater. Diese Personen haben eine  
95 Unterstützungsfunktion den Auszubildenden gegenüber und müssten eigentlich auch eine  
96 Kontrollfunktion den Ausbildungsbetrieben gegenüber wahrnehmen. Dies würde aber zu  
97 einem Loyalitätskonflikt führen, da die Kammern als Lobbyverbände der Betriebe  
98 fungieren. Dies hat zur Folge, dass die Kontrollfunktion der Ausbildungsberater\*innen  
99 in der Regel nicht umgesetzt wird und den Auszubildenden diese  
100 Unterstützungsmöglichkeit fehlt.

#### 101 Wir fordern:

102 • dass die zuständigen Ausbildungsberater\*innen und deren Funktion den  
103 Auszubildenden zu Beginn der Ausbildung mitgeteilt werden müssen.

104 • dass die Betriebe alle zwei Jahre unangekündigt kontrolliert werden, um die  
105 Ausbildungsqualität vor Ort zu prüfen, und dass bei Verstößen gegen die  
106 Mindeststandards die Ausbildungsberechtigung zu entziehen ist.

### 107 **Qualifikation aller Ausbildungsbeauftragten sichern**

108 In den Ausbildungsbetrieben sind Auszubildende oft mit der Situation konfrontiert,  
109 dass die Personen, die sie in einem bestimmten Bereich einweisen und einarbeiten,  
110 kaum über Qualifikationen auf fachlicher und pädagogischer Ebene verfügen. Das führt  
111 zu großem Konfliktpotenzial und demotiviert die Auszubildenden ungemein.

112 Wir fordern:

- 113 • dass alle Personen, die Auszubildende auf betrieblicher Ebene zu fachlicher und  
114 beruflicher Handlungsfähigkeit heranzuführen, die berufliche und fachpädagogische  
115 Eignung (Ausbildersschein) nachzuweisen haben. Dies soll für alle Personen  
116 gelten, die eine betriebliche Ausbildungsstation betreuen und somit Teil des  
117 betrieblichen Ausbildungsplans sind.
- 118 • dass alle mit Ausbildung betrauten Personen die Möglichkeit erhalten, sich  
119 regelmäßig fortzubilden und sich über den Themenkomplex der Ausbildung mit  
120 weiteren mit Ausbildung betrauten Personen auszutauschen.

121 **Soft Skills innerhalb der Ausbildung vermitteln**

122 Eine Ausbildung oder ein duales Studium soll den Auszubildenden neben den fachlichen  
123 Kompetenzen auch die Fähigkeit vermitteln, die eigenen Interessen zu kommunizieren  
124 und für diese einzustehen. Um diese Soft Skills zu erlernen, ist es sinnvoll,  
125 Auszubildenden und dual Studierenden außerhalb ihrer Lernorte einen geschützten  
126 Rahmen zu bieten. Der Besuch von Seminaren, um diese Kompetenzen zu erlernen, soll  
127 unter Freistellung mit Fortzahlung der Vergütung ermöglicht werden. Die Kosten der  
128 Bildungsmaßnahme sind vom Arbeitgeber zu tragen. Die Seminare wie zum Beispiel zur  
129 Konfliktlösung oder zur gelungenen Kommunikation sollen idealerweise von  
130 gewerkschaftlichen Bildungsträgern durchgeführt werden.

131 Wir fordern:

- 132 • Anspruch auf arbeitgeberfinanzierte Soft Skill-Seminare für Auszubildende und  
133 Dual Studierende, die von gewerkschaftlichen Bildungsträgern durchgeführt  
134 werden.

135 Arbeitsauftrag für die ver.di Jugend:

- 136 • Die ver.di Jugend arbeitet auf allen Ebenen darauf hin, dass die  
137 Freistellungsmöglichkeit für gewerkschaftliche Soft Skill-Seminare  
138 tarifvertraglich festgeschrieben wird.

139 **Mindestzeiten an Ausbildungsstandorten definieren**

140 Wie lange Auszubildende an einem Ausbildungsstandort lernen, ist im Ausbildungsplan  
141 geregelt. Diese Zeiträume müssen jedoch am Ausbildungsziel und nicht an betrieblichen  
142 Notwendigkeiten definiert werden. Es kann nicht sein, dass Auszubildende teilweise  
143 nur ein bis zwei Wochen an einem Ort eingesetzt werden. In dieser Zeit ist ein  
144 Erlernen der Arbeitspraxis an diesem Standort quasi unmöglich – die Auszubildenden  
145 werden nur Hilfstätigkeiten oder im schlimmsten Fall ausbildungsferne Tätigkeiten  
146 verrichten können.

147 Arbeitsauftrag für die ver.di Jugend:

- 148 • Wenn noch nicht im Betrieb geschehen, soll in enger Zusammenarbeit mit den  
149 Betriebs- und Personalräten sowie den JAVen und den Jugendsekretär\*innen vor Ort  
150 geprüft werden, ob Mindestzeiten an einem Standort innerhalb der Ausbildung  
151 definiert werden müssen.

152 **Aktualisierung der Ausbildungsrahmenpläne sicherstellen**

153 Ausbildungsrahmenpläne stellen die Grundlage für jede Ausbildung dar. Umso wichtiger  
154 ist es, dass sie den aktuellen Anforderungen des Berufsbildes gerecht werden. Ein  
155 zwanzig Jahre alter Ausbildungsrahmenplan kann dies in der Regel nicht gewährleisten.

156 Wir fordern:

- 157 • dass ver.di ihre Stellung als Sozialpartnerin verstärkt nutzt, um sinnvolle  
158 Aktualisierungsprozesse anzustoßen.

159 -

160 -

161 -

162 -

163 -

164 **In der Ausbildung Europa kennenlernen**

165 Die Möglichkeit sich als Europäer\*in relativ frei in Europa bewegen zu können und das  
166 Konzept Europa für sich zu erfahren, wird von vielen Auszubildenden nicht genutzt.  
167 Programme wie Erasmus+, das den Auszubildenden die Möglichkeit gibt in der Ausbildung  
168 in einem anderen europäischen Land zu lernen, werden kaum genutzt. Die ver.di Jugend  
169 ist davon überzeugt, dass Lernaufenthalte in Europa ein tieferes Verständnis von  
170 gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht und dazu befähigt, sich selbst in Prozessen  
171 der Globalisierung besser zu verorten. Dafür muss das Thema Europa viel mehr in den  
172 Berufsschulen aufgearbeitet werden als es bisher der Fall ist. Darüber hinaus fordern  
173 wir ein tariflich festgeschriebenes Recht auf zwei Wochen arbeitgeberfinanzierte  
174 Europaseminare, in dem sich intensiv mit Europa auseinandergesetzt wird und den  
175 Auszubildenden die Möglichkeit gegeben wird, sich als Europäer\*in zu reflektieren.  
176 Diese Seminarwochen sollen im europäischen Ausland stattfinden, um den Auszubildenden  
177 die Möglichkeiten Europas auch praktisch näherzubringen und ggf. Kontakte zu anderen  
178 jungen Menschen aus ähnlichen Berufsbildern zu ermöglichen.

179 Wir fordern:

- 180 • dass Europa stärker in den Bildungsplänen der Berufsschule abgebildet wird.
- 181 • zwei Seminarwochen innerhalb der Ausbildung (eine zu Beginn, eine zum Ende der  
182 Ausbildung), in der arbeitgeberfinanziert und unter Lohnfortzahlung über Europa  
183 und das Selbstverständnis von den Auszubildenden als Europäer\*innen gesprochen  
184 werden kann. Diese Seminarwochen sollen idealerweise von gewerkschaftlichen  
185 Bildungsträgern und im europäischen Ausland durchgeführt werden.

## Antrag A003: Gute Ausbildung im Gesundheitswesen

Laufende Nummer: 1201

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 3
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

1 Heute sind viele Heilberufe in jeweils eigenen Berufszulassungsgesetzen geregelt.  
2 Diese Gesetze sind teilweise seit Jahrzehnten nicht mehr novelliert worden. ver.di  
3 fordert die Novellierung dieser Berufszulassungsgesetze mit dem Ziel, dass das  
4 Berufsbildungsgesetz (BBiG) Anwendung für die Heilberufe findet. Alternativ wäre  
5 mindestens die Schaffung eines gemeinsamen Gesetzes für alle Heilberufe (BBHG), in  
6 dem einheitliche Standards für die Heilberufe nach dem Vorbild des BBiG festgelegt  
7 werden könnten, sinnvoll. Es ist hierbei jedoch sicherzustellen, dass zumindest die  
8 Schutzparagrafen des BBiG (z.B. eine angemessene Ausbildungsvergütung) für alle  
9 Ausbildungen in den Heilberufen gelten. Die ausdrückliche Nichtanwendung des BBiG  
10 muss ausgeschlossen werden, damit BBiG-Vorschriften zumindest in den  
11 Regelungsbereichen zur Geltung kommen, die im Berufszulassungsgesetz nicht oder nicht  
12 abweichend geregelt werden. Somit fordern wir ein gemeinsames Ausbildungsgesetz für  
13 die Heilberufe, mit einheitlich geregelten Rahmenbedingungen und im Detail im Rahmen  
14 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung zu regelnden Berufsspezifika.

15 ver.di setzt sich dafür ein, dass Ausbildung zur eigenverantwortlichen und  
16 selbständigen Berufsausübung befähigt. Es sind für alle Gesundheitsberufe gemeinsame  
17 und berufsspezifische Kompetenzen festzulegen. Ausbildungsberufsbilder sollen sowohl  
18 zu einer Profilschärfung der jeweiligen berufsspezifischen Kompetenzen beitragen, als  
19 auch die interprofessionelle Zusammenarbeit fördern. Die während der Ausbildung zu  
20 entwickelnden Kompetenzen sind dabei am Ausbildungsberufsbild auszurichten  
21 (Ausbildungsziele). Daher sollen die Ausbildungsziele entsprechend dem allgemein  
22 anerkannten Stand wissenschaftlicher, medizinischer und weitere  
23 bezugswissenschaftlicher Erkenntnisse fachliche, personale, soziale und methodische  
24 Kompetenzen beinhalten. Maßgebend für die Formulierung der Ausbildungsziele sollen  
25 nicht nur die derzeitigen, sondern auch absehbare, künftige berufliche  
26 Anforderungsprofile sein, die sich, soweit möglich, an den qualifikatorischen  
27 Erfordernissen des 21. Jahrhunderts orientieren. Kompetenzbeschreibungen, die sich  
28 allein an derzeitiger Praxis orientieren, werden dem Anliegen nicht gerecht. Im  
29 Rahmen dieses Gesetzes sollten Ausbildungsziele für jeden Beruf kompetenzorientiert  
30 beschrieben sein. Die vorbehaltenen Tätigkeiten der einzelnen Heilberufe müssen  
31 konkret definiert werden.



- 32 Für eine gute Ausbildung im Gesundheitswesen sind bundeseinheitliche Standards  
33 notwendig, welche einen Rahmen definieren. ver.di setzt sich auf politischer Ebene  
34 dafür ein, dass folgende Standards geschaffen werden. Die Reihenfolge der  
35 nachfolgenden Punkte stellt keine inhaltliche Priorisierung dar.
- 36 1. Während der praktischen Ausbildung entwickeln die Auszubildenden die für ihren  
37 zukünftigen Beruf notwendigen Kompetenzen. Ein Ziel unseres gewerkschaftlichen  
38 Wirkens ist daher, die Qualität der praktischen Ausbildung in besonderem Maße zu  
39 fördern. Es braucht klare ausbildungsvertragliche Strukturen. Ausbildungsverträge  
40 sind ausschließlich mit dem Betrieb zu schließen. Dieser muss Träger der gesamten  
41 Ausbildung sein. Verträge über Praktikant\_innenverhältnisse lehnen wir in diesem  
42 Kontext, sowohl bei der beruflichen, als auch bei der hochschulischen Ausbildung,  
43 ab. Durch eine eindeutige Vertragslage wird die Mitbestimmung abgesichert bzw. kann  
44 erst ihre Wirkungsmacht entfalten. Um auch hier bundeseinheitliche Standards zu  
45 erreichen, sind das Bundespersonalvertretungsgesetz, die  
46 Landespersonalvertretungsgesetze und die kirchlichen Regelungen zur  
47 Mitarbeitervertretung dem Inhalt des § 98 Betriebsverfassungsgesetz anzupassen.
- 48 2. Auszubildende haben das Recht auf eine angemessene Praxisbegleitung und  
49 Praxisanleitung. Diese sind gesetzlich zu verankern. Mindestens 20 % der  
50 tatsächlichen praktischen Ausbildungszeit müssen in Form von strukturierter und  
51 geplanter Praxisanleitung erfolgen. Die Verantwortung zur Dokumentation dieser  
52 obliegt dem Arbeitgeber. Darüber hinaus ist zusätzliche Praxisanleitung  
53 sicherzustellen, die sich am individuellen Bedarf der Auszubildenden orientiert. Die  
54 Praxisanleitung erfolgt durch Ausbilder\_innen (in ihrer Rolle wie bisher  
55 Praxisanleiter\_innen). Diese verfügen über eine berufspädagogische  
56 Zusatzqualifikation im Umfang von mind. 720 Stunden. Für die Wahrnehmung ihrer  
57 Aufgaben sowie für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind die Ausbilder\_innen von  
58 ihren übrigen Tätigkeiten unter Fortzahlung ihrer Bezüge freizustellen. Die  
59 Finanzierung der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist Aufgabe des Arbeitgebers und  
60 muss von diesem getragen werden. ver.di setzt sich dafür ein, dass sowohl  
61 bereichsbezogene, als auch vollfreigestellte Ausbilder\_innen in der Ausbildung  
62 eingesetzt werden.
- 63 3. Das quantitative Verhältnis von praktischer und theoretischer Ausbildung ist  
64 berufsspezifisch festzulegen. Hierbei muss die praktische Ausbildung überwiegen.
- 65 4. Die theoretische Ausbildung ist mit den praktischen Ausbildungsinhalten im Betrieb  
66 inhaltlich aufeinander aufbauend abzustimmen. Der Betrieb ist in seiner  
67 Ausbildungsverantwortung zu stärken. Die Koordination der Ausbildung liegt beim  
68 Betrieb. Dafür ist durch den Betrieb ein Ausbildungsplan zu erstellen.
- 69 5. Die für die berufsbildenden Schulen geltenden Standards sollen auch für die  
70 Schulen für Gesundheitsberufe gelten. Die Qualifikation von Lehrenden an Schulen für  
71 Gesundheitsberufe soll einheitlich geregelt werden. Sie orientiert sich an den  
72 Qualifikationsanforderungen von Lehrenden an berufsbildenden Schulen und soll sowohl  
73 eine 3-jährige Ausbildung im zu unterrichtenden Beruf, ebenso wie ein pädagogisches  
74 Hochschulstudium mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss umfassen. Darüber

- 75 hinaus ist eine Fortbildungsverpflichtung für die Lehrenden gesetzlich zu regeln,  
76 welche sowohl in Bezug auf das theoretische Wissen, als auch die praktische Tätigkeit  
77 im entsprechenden Gesundheitsberuf vollumfänglich durch den Arbeitgeber zu  
78 finanzieren ist. Den Lehrenden muss die Teilnahme unter Fortzahlung der Bezüge  
79 ermöglicht werden.
- 80 6. Bei der Anzahl von Lehrkräften ist EÜ Recht (europäisches Übereinkommen des  
81 Europarates von 1967) in nationales Recht zu übersetzen und damit die empfohlene  
82 Quote von 1 Lehrkraft zu 15 Auszubildenden zu erfüllen. Eine Kursgröße von höchstens  
83 20 Auszubildenden darf nicht überschritten werden.
- 84 7. Ein verbindlicher bundeseinheitlicher Ausbildungsrahmenplan für die praktische  
85 Ausbildung und ein Rahmenlehrplan für die theoretische Ausbildung sind zu schaffen.  
86 Fachspezifika der Ausbildungsstandorte, wie z.B. psychiatrische Einrichtungen, müssen  
87 in dem Ausbildungsrahmenplan gewährleistet sein. Diese sind durch ein Gremium auf  
88 Bundesebene aufzustellen und regelmäßig zu evaluieren. Dieses Gremium besteht zu 50 %  
89 aus im Beruf tätigen Expert\_innen. Diese sind für ihre Mitarbeit im Gremium unter  
90 Fortzahlung der Vergütung durch den Arbeitgeber freizustellen. Für die Umsetzung des  
91 Ausbildungsrahmenplans ist die Mitbestimmung der gesetzlichen Interessenvertretung zu  
92 fördern.
- 93 8. Es ist ein Kontrollorgan für die Qualität der theoretischen Ausbildung zu  
94 schaffen, welches auf Bundesebene angesiedelt ist, beispielsweise durch einen Länder-  
95 Staatsvertrag. Alternativ wäre die Ansiedelung eines bundeseinheitlichen  
96 Kontrollorgans auf Landesebene. Das Kontrollorgan kontrolliert jährlich rück- und  
97 vorausblickend und ist in der Lage Sanktionen zu verhängen. (Kriterien sind u.a.  
98 Zustand und Umfang der Räumlichkeiten, Qualifikation der Lehrkräfte, technische  
99 Ausstattung, Lernmaterialien).
- 100 9. Die Fehlzeitenregelung in den Gesundheitsberufen muss abgeschafft werden. Etwa 320  
101 auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes geregelte Ausbildungsberufe kommen ohne eine  
102 solche starre, gesetzliche Fehlzeitenregelung aus. Entscheidend ist nicht die  
103 Anwesenheit gemessen in Stunden, sondern das Bestehen der abschließenden Prüfung, da  
104 hierdurch die Berufsfähigkeit nachgewiesen wird.
- 105 10. Analog dem BBiG soll es eine Probezeit von höchstens vier Monaten geben. Darüber  
106 hinaus ist das Ausbildungsende auf das erfolgreiche Bestehen der Abschlussprüfung  
107 festzulegen, nicht auf die Ausbildungsdauer. Durch bisherige Regelungen kommt es zu  
108 einer Ausbeutung von Auszubildenden, da diese nach bereits bestandener  
109 Abschlussprüfung bis zum Ende der formalen Ausbildungsdauer zu  
110 Ausbildungskonditionen, als examinierte Vollkräfte in der Praxis eingesetzt werden.  
111 ver.di widersetzt sich dem mit Nachdruck.
- 112 11. An dem gewerkschaftlichen Grundsatz, „keine Berufsausbildung unterhalb des  
113 Niveaus einer 3-jährigen Ausbildung“ wird festgehalten. Wir verfolgen das Ziel,  
114 Menschen dabei zu unterstützen ein dreijähriges Ausbildungsniveau zu erreichen. Die  
115 Durchlässigkeit innerhalb der Berufe muss über entsprechende  
116 Qualifikationsmöglichkeiten sichergestellt werden. Eine Verkürzung der Ausbildung ist  
117 nur bei Anrechnung von Teilqualifikationen in Form von erlangten Kompetenzen möglich.

- 118 Im Sinne des EU-Rechts, ist eine Teilzeitausbildung in allen Heilberufen anzubieten.
- 119 12. Noten werden häufig als Maßregelungsinstrumente missbraucht. Sie können  
120 beschränkend auf gewerkschaftliche Aktivitäten der Auszubildenden wirken. Noten  
121 entspringen entgegen den Annahmen keinen objektiven Bewertungen und selektieren die  
122 beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen. Sie schaffen einen dauerhaften  
123 Druck während der gesamten Ausbildung. Daher ist jegliche Benotung abzulehnen.  
124 Vielmehr setzen wir uns als Gewerkschaft für die Anwendung und Weiterentwicklung von  
125 Ausbildungsstandkontrollen und qualitativen Feedbacks ein.
- 126 13. Eine hochschulische Ausbildung als erstqualifizierende Regelausbildung wird  
127 abgelehnt. Die Erlangung desselben Berufsabschlusses, egal ob über ein Studium oder  
128 eine berufliche Ausbildung, ergibt bei am Ende gleicher Tätigkeit keinen Sinn. Wenn  
129 der Gesetzgeber sich für eine hochschulische Erstausbildung entscheidet, fordert  
130 ver.di duale Studiengänge, die nach Berufsbildungsstandards geregelt werden.
- 131 14. Der Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung ist für alle  
132 Gesundheitsberufe gesetzlich zu regeln.
- 133 15. Die Kostenfreiheit für Ausbildung und Studium ist in allen Gesundheitsberufen  
134 herzustellen. Insbesondere sind alle Schulgelder abzuschaffen. Die  
135 Ausbildungsvergütung ist zu 100 % über Ausgleichsfonds zu refinanzieren. Hierbei soll  
136 der Wertschöpfungsanteil aus allen Finanzierungsgesetzen ersatzlos gestrichen werden.  
137 Der Träger der Ausbildung stellt den Auszubildenden sämtliche Ausbildungsmittel für  
138 die theoretische und praktische Ausbildung (z.B. Fachbücher, Materialien, Kopien,  
139 digitale Endgeräte zur Bearbeitung von digitalen Lehrmaterialien, Kleidung und  
140 Schuhe) zur Verfügung. Diese gehen in den Besitz der Auszubildenden über. Der Träger  
141 der Ausbildung soll verpflichtet werden über die Ausgaben der zur Verfügung  
142 gestellten Finanzmittel für Ausbildung, maximale Transparenz herzustellen.
- 143 16. Entwicklungstendenzen und Anpassungsbedarf der Berufsbildung in  
144 Gesundheitsberufen unterliegen keiner systematischen Beobachtung durch eine  
145 staatliche oder unabhängige wissenschaftliche Instanz. Weder die Qualität noch die  
146 Quantität der Ausbildungen können so ausreichend statistisch erfasst und durch  
147 begleitende Maßnahmen politisch beeinflusst werden. ver.di fordert daher eine  
148 Bildungsberichterstattung „Gesundheitsberufe“, ähnlich der im Land  
149 Nordrhein-Westfalen, die auch Daten zur Berufsbildung erhebt. Auf Bundesebene ist  
150 Vergleichbares nicht erkennbar. Die besondere Bedeutung der Heilberufe für die  
151 Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung lässt es geboten erscheinen,  
152 der Berufsbildung und ihren Entwicklungen größeres Augenmerk zu schenken. Um den  
153 Zusammenhang zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkterfordernissen besser  
154 berücksichtigen zu können, sollte ein regelmäßiges Branchenmonitoring durchgeführt  
155 werden. Eine angemessen ausgestattete Abteilung am Bundesinstitut für Berufsbildung  
156 (BiBB) ist zu etablieren. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind neben der  
157 Berufsbildungsforschung, planung und berichterstattung auch die Beobachtung der  
158 Entwicklungen im Gesundheitswesen.

# Antrag A004: Angepasste Prüfungsmodalitäten für Menschen mit sprachlichen Defiziten

Laufende Nummer: 1169

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di macht sich dafür stark, dass Menschen, die nicht mindestens das Sprachniveau
- 2 C1 erfüllen, bei schriftlichen Abschlussprüfungen in der Ausbildung mehr
- 3 Bearbeitungszeit zur Verfügung bekommen und ggf. Hilfsmittel zur Verfügung gestellt
- 4 kriegen, um die Aufgaben zu lösen.

# Antrag A005: Volle Auszubildendenvergütung für Teilzeitauszubildende Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung

Laufende Nummer: 1028

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend beschließt, dass ver.di darauf hinwirken soll, im BBiG eine volle
- 2 Ausbildungsvergütung für Teilzeit- Auszubildende zu verankern. Des Weiteren soll das
- 3 Thema „Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung“ in den Forderungsfindungen zu
- 4 Tarifrunden Beachtung finden.

# Antrag A007: Solidaritätspakt für ausbildende Betriebe

Laufende Nummer: 1165

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di sich weiterhin auf politischer Ebene dafür einsetzt, dass Betriebe in
- 2 Deutschland, die zwar ausbilden könnten, dies aber nicht machen, einen
- 3 „Solidaritätsabschlag“ bezahlen müssen.
- 4 Dieser Betrag soll Arbeitgebenden zugutekommen, die ausbilden und sicherstellen, dass
- 5 die Ausbildungsbedingungen und die Qualität in der Ausbildung auf einem hohen Niveau
- 6 sind.

# Antrag A010: Ausbildungszeit zählt zur Betriebszugehörigkeit

Laufende Nummer: 1118

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nord
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nord

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di darauf hinwirkt, dass §622 des BGB dahingehend ergänzt wird, dass die
- 2 Ausbildungszeit zukünftig als Betriebszugehörigkeit angerechnet und eine erneute
- 3 Probezeit ausgeschlossen wird.
- 4 Bis zur Umsetzung dieses Sacherhaltes nimmt ver.di diesen in ihre tarifpolitischen
- 5 Grundsätze auf.

# Antrag A014: Aufnahme der dual Studierenden in das BBiG

Laufende Nummer: 1155

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	A - Gute Ausbildung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll sich für eine Aufnahme der dual Studierenden, Verbundstudierenden oder
- 2 ähnl. in berufsbildenden Gesetze einsetzen. Die ver.di Jugend wirkt weiterhin darauf
- 3 hin, dass die gemeinsame Kampagne (Dein Upgrade für die Ausbildung) hierzu, die von
- 4 der DGB-Jugend umgesetzt wird, gestärkt und von der ver.di Jugend auf betrieblicher
- 5 Ebene getragen wird.



## Antrag B001: Gewerkschaften an Schulen stärken

Laufende Nummer: 1045

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass das Thema gewerkschaftliche und betriebliche
- 2 Interessenvertretung in die Lehrpläne der Schulen sowie Berufsschulen mit aufgenommen
- 3 wird, sowohl von politischer, als auch von geschichtlicher Betrachtungsebene.

# Antrag B002: Gewerkschaftspolitische Bildung an Schulen

Laufende Nummer: 1160

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 10
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll sich dafür einsetzen, dass Gewerkschaften und deren Rolle und Aufgabe in
- 2 unserer Gesellschaft, verpflichtender Bestandteil des sozial- und
- 3 wirtschaftspolitischen Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen wird.

# Antrag B003: Zutrittsrecht an berufsbildenden Einrichtungen für Gewerkschaften

Laufende Nummer: 1161

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 10
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass sich ver.di dafür einsetzen möge, dass DGB Gewerkschaften ein gesetzliches
- 2 Zutrittsrecht insbesondere für die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben in
- 3 berufsbildende Einrichtungen bekommen.

## Antrag B004: Ein Wechsel in der Bildungspolitik

Laufende Nummer: 1046

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung als Material Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend fordert einen Wechsel in der bundesweiten Bildungspolitik weg von
- 2 der Kompetenzorientierung und der ökonomischen Nutzbarmachung hin zur
- 3 Persönlichkeits- und Glückseligkeitsfokussierung.
- 4 Dazu gehört für uns, dass Bildung zum Ziel haben muss, Menschen ihre
- 5 gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen
- 6 sowie ihre Rechte gegenüber dem Staat aufzuzeigen. Darüber hinaus sollen sie in die
- 7 Lage versetzt werden kritisch unsere Gesellschaft, Politik und das Wirtschaftssystem
- 8 zu beurteilen.

# Antrag B005: Keine Drittmittel-Finanzierung der Hochschulen

Laufende Nummer: 1047

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend fordert die Unabhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln
- 2 privater Unternehmen und stärkere öffentliche Förderungen.

## Antrag B006: Bildungsurlaub für dual Studierende

Laufende Nummer: 1044

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	B - Gute Bildung für alle
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di sich dafür einsetzen soll, dass dual Studierende in den Geltungsbereich
- 2 für Bildungsurlaub nach den Rechtsgrundlagen der jeweiligen Bundesländern aufgenommen
- 3 werden.

# Antrag C001: Verbot von Leiharbeit

Laufende Nummer: 1073

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für ein Verbot von Leiharbeit in der Bundesrepublik Deutschland
- 2 aktiv ein.
- 3 Bevor das Verbot der Leiharbeit in Kraft tritt, fordern wir, dass zusätzlich folgende
- 4 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorgenommen werden:
- 5 1. Die Kosten der Leiharbeiter\*innen muss finanziell deutlich unattraktiver für die
- 6 Unternehmen sein, als die Einstellung von eigenem Personal.
- 7 2. Nach maximal einem halben Jahr müssen die Kolleg\*innen in der Leiharbeit
- 8 festangestellt werden, spätestens jedoch nach der zweiten Anstellung müssen sie
- 9 unbefristet übernommen werden.
- 10 3. Nach einer „wirtschaftlichen Rezension“, in der Betriebe Leiharbeiter\*innen
- 11 eingestellt haben, dürfen die Firmen ein Jahr lang keine neuen Leiharbeiter\*innen
- 12 beschäftigen.
- 13 4. Das Verhältnis der Leiharbeiter\*innen an der Belegschaft darf maximal nur 4,5
- 14 Prozent vom Anteil der gesamten Kolleg\*innen betragen.
- 15 5. ver.di soll auch intern das Thema Leiharbeit bearbeiten, sich mit den Auswirkungen
- 16 und Alternativen auseinandersetzen und die eigenen Aktivenstrukturen bei Bedarf
- 17 inhaltlich zum Thema weiterbilden.

# Antrag C003: Keine Erhöhung der Überlassungshöchstdauer

Laufende Nummer: 1193

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 11
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di spricht sich gegen die Nutzung der Öffnungsklausel aus §1 Abs. 1b AÜG aus.
- 2 Konkret bedeutet dass, die gesetzliche Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten weder
- 3 durch Tarifverträge noch durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen zu verlängern ist.
- 4 ver.di nimmt den Ausschluss der Verlängerung der Überlassungsdauer in die
- 5 Tarifpolitischen Grundsätze auf.
- 6 ver.di schult und berät Betriebs- und Personalräte und rät vom Abschluss von, dem
- 7 Zweck der Erhöhung dienenden, Betriebs- und Dienstvereinbarungen ab.
- 8 ver.di überprüft bestehende Tarifverträge zu dieser Thematik und arbeitet an einer
- 9 schnellstmöglichen Kündigung/Änderung bei Tarifverträgen, die die
- 10 Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten verlängern.



# Antrag C004: Kampagne zur Eindämmung befristeter Arbeitsverhältnisse

Laufende Nummer: 1103

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Gewerkschaft ver.di setzt sich für eine Kampagne des DGB zur Eindämmung
- 2 befristeter Arbeitsverhältnisse ein. Die Kampagne soll 5 Ziele verfolgen:
- 3 1. Ersatzloser Wegfall der sachgrundlosen Befristung,
- 4 2. Sachgründe zur Befristung müssen eingeschränkt werden. So darf etwa eine
- 5 Befristung nach Haushaltssatzung – wie im öffentlichen Dienst gängig – nicht möglich
- 6 sein.
- 7 3. Die Sachgrundbefristung muss in der Anzahl und/oder Prozentsatz an den fest im
- 8 Unternehmen / Dienststelle arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begrenzt
- 9 werden.
- 10 4. Equal Pay Grundsatz + Flexibilitätszuschlag müssen im TzBfG Eingang finden.
- 11 5. Der Begriff Ausbildung im WissZeitVG muss konkretisiert werden. Unbefristete
- 12 Arbeitsverhältnisse müssen auch im bei in § 1 Absatz 1 Satz 1 genannten Beschäftigten
- 13 die Regel sein.
- 14 Als Vorbild soll die Mindestlohnkampagne dienen.

# Antrag C005: Sachgrundlose Befristungen? Die Zeit der netten Worte ist vorbei

Laufende Nummer: 1186

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 6
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag C004
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit ihren Schwestergewerkschaften und dem
- 2 DGB Einfluss auf Arbeitgeber\*innen und politische Akteur\*innen auszuüben, um
- 3 sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse abzuschaffen.
- 4 Nach dem Start der Kampagne „Arbeit? #abersicher“ des ver.di Landesbezirks
- 5 Niedersachsen-Bremen werden auch die anderen Landesbezirke und die Bundesebene
- 6 aufgefordert, Kampagnen gegen sachgrundlose Befristungen zu entwickeln.

## Antrag C008: Uploadfilter für alle

Laufende Nummer: 1226

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendvorstand Bayern
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, baldmöglichst allen seinen Mitgliedern Uploadfiltern aus dem Hause Volkswagen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
- 2

## Antrag C009: Regulierung von Freelance-Plattformen

Laufende Nummer: 1077

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für eine Änderung des Status von Betreiber\*innen von digitalen
- 2 Plattformen zur Vermittlung von Arbeit ein. Zukünftig müssen diese als
- 3 Arbeitgeber\*innen auftreten - Mit allen Rechten und Pflichten dieser.
- 4 Wer seine Arbeit auf einer digitalen Plattform anbietet, hat zukünftig das Recht auf
- 5 einen regulären Arbeitsvertrag mit jener/jenem Anbieter\*in. Dieser regelt einheitlich
- 6 die Konditionen und orientiert sich am jeweils gültigen Tarifvertrag. Flexible
- 7 Arbeitszeitmodelle können nur einvernehmlich mit der zuständigen Gewerkschaft
- 8 vereinbart werden.
- 9 Die Regelungen aus dem Betriebsverfassungsgesetz zur betrieblichen
- 10 Interessenvertretung haben entsprechend Gültigkeit.

## Antrag C010: Ethik von Algorithmen

Laufende Nummer: 1025

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll auf Landes und Bundesebene in den zuständigen Gremien eine Position zum
- 2 ethischen Umgang mit Algorithmen in Gewerkschaften entwickeln. Es ist wichtig,
- 3 frühzeitig eine Debatte zu dem Thema zu starten, um eine Position zu entwickeln und
- 4 zu vertreten, um auf das Thema aufmerksam zu machen.
  
- 5 Wir stellen uns gegen die intransparente Beurteilung von Menschen durch Algorithmen
- 6 und fordern ein zeitgemäßes Regelwerk zum ethischen Umgang mit Algorithmen.

## Antrag C011: Erhöhung Mindesturlaub

Laufende Nummer: 1052

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 eine Erhöhung des gesetzlichen, bezahlten Mindesturlaubs, um durch neue Technologien
- 2 und dem digitalisierungsbedingtem Stellenabbau entgegenzuwirken.

# Antrag C013: Existenzsichernder Mindestlohn ohne Ausnahmen

Laufende Nummer: 1042

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di engagiert sich beim DGB und der Politik, dass der Mindestlohn sobald wie
- 2 möglich auf das existenzsichernde und vor Altersarmut schützende Niveau von
- 3 mindestens 13,50€ angehoben wird. Außerdem muss der Mindestlohn flächendeckend und
- 4 ohne Ausnahmen für alle Arbeitsverhältnisse gelten.

## Antrag C014: Mindestlohn ? Aber richtig

Laufende Nummer: 1124

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag C013
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass sich die Gewerkschaft ver.di für eine sofortige Erhöhung des Mindestlohnes in
- 2 Höhe von 18,50 Euro einsetzen soll.



## Antrag C015: Antrag zur Rente

Laufende Nummer: 1098

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 1. ver.di fordert, dass die gesetzliche Rente auf ein Niveau von mindestens 60
- 2 Prozent des im jeweiligen Jahr gültigen Durchschnittsverdienstes angehoben und das
- 3 Renteneintrittsalter auf höchstens 65 Jahre abgesenkt wird.
- 4 2. ver.di setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Rente dergestalt ausgebaut wird,
- 5 dass sie als erste und alleinige Säule der Altersvorsorge den Lebensstandard sichern
- 6 kann.

## Antrag C017: Rentenanspruch für Langzeitstudierende

Laufende Nummer: 1121

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nord
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	C - Für eine faire Arbeitswelt
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nord

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für die Aufhebung, der derzeitigen maximalen Anrechnungsdauer für
- 2 die Rentenversicherung während der Studienzeit, ein. Eine zeitliche Begrenzung für
- 3 die Berufsausbildung darf sich nicht negativ auf die Höhe der Rente auswirken.

# Antrag D001: Kostenloser öffentlicher Personenahverkehr

Laufende Nummer: 1003

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hamburg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di setzt sich für die Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für alle
- 2 Menschen ein, vor allem für Auszubildende, Freiwilligendienstleistende,
- 3 Praktikant\*innen, Schüler\*innen sowie Studierende. Studierende ein.
- 4 Dabei hat der Staat und die Arbeitgeber\*innen dafür Sorge zu tragen, dass
- 5 ausbleibende Ticketeinnahmen ausgeglichen werden und keine Nachteile für betroffene
- 6 Arbeitnehmer\*innen und Nutzer\*innen des ÖPNV entstehen. Um dies zu gewährleisten,
- 7 setzt sich ver.di für die Verstaatlichung aller Personenverkehrsunternehmen ein.

## Antrag D005: ÖPNV for free

Laufende Nummer: 1066

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag D001
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass bundesweit der öffentliche Personennahverkehr
- 2 kostenlos für alle Menschen zur Verfügung steht. Die Taktungen und Ausstattung der
- 3 Fahrzeuge müssen auch die Arbeits- und Lebensrealität von Schichtarbeitenden, jungen
- 4 Menschen und Menschen mit Behinderungen abbilden. Bei lohnabhängig Beschäftigten
- 5 müssen die Arbeitgeber die ÖPNV Kosten übernehmen.

# Antrag D007: Für eine humane und europäische Asylpolitik

Laufende Nummer: 1043

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Als ver.di Jugend setzen wir uns öffentlich und bei der Politik dafür ein, dass für
- 2 die Asylpolitik eine europäische Lösung gefunden wird, die weder die Staaten an den
- 3 EU-Außengrenzen auf sich alleine gestellt lässt, noch sich an der unmenschlichen
- 4 Abschiebep Praxis im Rahmen des Dublin Abkommens orientiert. Im Fokus einer
- 5 europäischen Geflüchtetenpolitik muss die Würde und Unterstützung der betroffenen
- 6 Menschen stehen, die ihre Heimat zum Beispiel aufgrund von Krieg, Armut, politischer
- 7 und religiöser Verfolgung und Umweltkatastrophen, gezwungen sind zu verlassen.
- 8 Familien, die gemeinsam in Europa ankommen, müssen während des Asylverfahrens und
- 9 ihres weiteren Aufenthalts die Garantie erhalten, zusammen leben zu können. Das Recht
- 10 auf Familiennachzug muss wieder vollumfänglich hergestellt werden. Wir verurteilen
- 11 offen und aktiv rechtspopulistische und nationalistische Parolen und stehen als
- 12 Gewerkschaft für die soziale und rechtliche Gleichstellung aller in Deutschland
- 13 lebenden Menschen ein.
- 14 Wir fordern:
- 15 • Stopp des Ausbaus und Öffnung der EU-Außengrenzen
- 16 • Abschaffung des unsolidarischen Dublin-Systems
- 17 • (Wieder)herstellung des uneingeschränkten Familiennachzugs zu allen als
- 18 schutzbedürftig anerkannten Menschen
- 19 • Sofortiger Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Krisengebiete
- 20 • Zielstellung deutscher Migrationspolitik muss die Gleichstellung aller in
- 21 Deutschland lebenden Menschen in Bezug auf die gesellschaftlichen und
- 22 ökonomischen Teilhabechancen sein
- 23 • Die Abschaffung aller Formen von Anker-Zentren
- 24 • Die Abschaffung jeglicher Art der Residenzpflicht
- 25 • die Einrichtung sicherer Fluchtrouten und den Schutz von Menschen auf der Flucht

## Antrag D009: Freie und offene Grenzen in Europa

Laufende Nummer: 1071

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für offene Grenzen in und nach Europa ein. Außerdem fordert ver.di
- 2 die Einrichtung sicherer Fluchtrouten und den Schutz von Menschen auf der Flucht.
- 3 Migrationspolitik darf nicht nur aufgrund von ökonomischen Faktoren gestaltet werden.

# Antrag D010: Solidarisierung mit der zivilen Seenotrettung

Laufende Nummer: 1056

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass sich die ver.di mit der zivilen Seenotrettung solidarisch zeigt und durch eigene
- 2 Aktionen auf das Sterben insbesondere im Mittelmeer aufmerksam macht.
- 3 Die ver.di schließt sich dem Unterstützerkreis von „Seebrücke - schafft sichere
- 4 Häfen“ an und unterstützt die politische Forderung nach sicheren Fluchtwegen, einer
- 5 Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen,
- 6 die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.

## Antrag D012: Seenotrettung ist kein Verbrechen

Laufende Nummer: 1134

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass die Seenotrettung für Flüchtende (wieder)
- 2 staatliche Aufgabe wird. Die Rettung Flüchtender vor dem Ertrinken kann und darf
- 3 nicht alleinige Aufgabe privater Initiativen sein. Bezogen auf die Situation im
- 4 Mittelmeer heißt das:
  
- 5 Deutschland nimmt ab sofort die Mission Sophia und weitere Seenotrettungsmaßnahmen im
- 6 Mittelmeer (wieder) auf. Dabei sind die im Jahr 2016 beschlossenen Ziele und Aufgaben
- 7 zu berücksichtigen.
  
- 8 Alle Schiffe, die im Mittelmeer unterwegs sind, sind nach internationalem Seerecht
- 9 zur Seenotrettung verpflichtet. Das heißt, sie müssen Schutzbedürftige in Seenot
- 10 aufnehmen und an einen sicheren Ort bringen. Kein Schiff darf dabei behindert werden.
  
- 11 Schiffe unter dem Kommando der EU und ihrer Mitgliedstaaten dürfen Schutzsuchende
- 12 nicht in Drittstaaten, zum Beispiel Libyen, Marokko oder Tunesien, zurückbringen. Die
- 13 Geretteten müssen in die EU gebracht werden, damit ihr Anspruch auf internationalen
- 14 Schutz in einem fairen Verfahren geprüft werden kann.



## Antrag D013: Soziale Wohnungspolitik

Laufende Nummer: 1187

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 6
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di lehnt die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände ab. ver.di wird
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zur Bebauung vorgesehene Freiflächen
- 3 ausschließlich städtischen Wohnbaugenossenschaften sowie Stiftungen und weiteren
- 4 nicht gewinnorientierten Unternehmen für den sozialen Wohnungsbau **vorrangig** zu
- 5 garantieren sind. Des weiteren soll ver.di sich dafür einsetzen, dass
- 6 Immobilienkonzerne zerschlagen werden und deren Wohnungsbestand in öffentliche
- 7 Verwaltung überführt wird.
- 8 Weiter ist darauf hinzuwirken, dass der Bund genügend Fördermittel mit eindeutiger
- 9 Zweckbindung zur Verfügung stellt, um neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die
- 10 Länder sind zu verpflichten, vorgesehene und bestehende Fördermittel in angemessener
- 11 Höhe aufzustocken und diese auch abzurufen.

## Antrag D016: Sozialer Wohnraum in Deutschland

Laufende Nummer: 1192

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 11
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di wirktverstärkt auf die Politik ein um die aktuellen Ansätze mit der folgenden
- 2 Anregung ergänzend zu unterstützen:
- 3 DieSchaffung von sozialem Wohnraum, soll verstärkt für junge Beschäftigte diegerade
- 4 ins Berufsleben einsteigen vorangetrieben werden. Dies sind besonders Auszubildende,
- 5 duale Studenten, als auch Studierende und junge Menschen die gerade einfreiwilliges
- 6 soziales Jahr absolvieren. Dies soll in Form von günstigemWohnraum und staatlichen
- 7 Zuschüssen erfolgen, ohne eine Abhängigkeit von derBruttoentgelthöhe oder familiärer
- 8 Unterstützungsfähigkeit herzustellen.
- 9 Es ist nicht nur Aufgabe der Politik, für bezahlbaren Wohnraum besonders für
- 10 Auszubildende, dual Studierende als auch für junge Menschen, die ein freiwilliges
- 11 soziales Jahr oder ein Vollzeitstudium ablegen, zu sorgen. Wir fordern genauso die
- 12 Unternehmen im Verkehrsbereich auf, sich diesem Thema anzunehmen und z.B. durch die
- 13 Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum Auszubildenden, dual Studierenden oder jungen
- 14 Beschäftigten dabei zu unterstützden, in ein eigenständiges Leben zu starten.
- 15 In Zeiten des Mangels an Fachkräftenachwuchses braucht es unterschiedliche Bausteine
- 16 und die Unternehmen, die meist in Ballungsräumen sitzen, wo die Mieten besonders hoch
- 17 und die Anfahrtswege aus Orten des bezahlbaren Wohnraums besonders lang sind, müssen
- 18 hier mit in die Verantwortung genommen werden.

## Antrag D017: Bezahlbarer Wohnraum

Laufende Nummer: 1141

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 sich dafür einzusetzen, dass Wohnraum wieder mehr durch Arbeitgeber\*innen
- 2 subventioniert wird. Durch die branchenübergreifende Zunahme von
- 3 Unternehmenszentralisierungen in Ballungszentren sind Mieten für viele
- 4 Vollzeitbeschäftigte und erst recht Auszubildende nicht mehr bezahlbar.
- 5 Arbeitgeber\*innen müssen hier ihrer Verantwortung nachkommen und sich für ihre
- 6 Mitarbeiter\*innen sowohl monetär, vermittelnd und als Stakeholder mit
- 7 Regierungsparteien einsetzen.

# Antrag D018: Wohnraum in Ballungsgebieten für Auszubildende!

Laufende Nummer: 1159

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 10
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Es muss Einfluss auf die Ausbildungsrahmenbedingungen genommen werden, indem
- 2 Ausbildungsbetriebe ausreichend Wohnraum, insbesondere in Ballungsgebieten und
- 3 Metropolen, für auswärtige Auszubildende vorhalten und unentgeltlich zur Verfügung
- 4 stellen.

## Antrag D019: Besetzungen als politisches Mittel

Laufende Nummer: 1038

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di-Jugend sieht Besetzungen von leerstehenden Häusern und Räumen als
- 2 legitimes Mittel an, um auf Leerstand und überhöhte Mietpreise aufmerksam zu machen.
- 3 Außerdem sehen wir in Besetzungen ein wichtiges Mittel, die bestehenden Besitz- und
- 4 Ausbeutungsverhältnisse infrage zu stellen und zu überwinden. Aus diesem Grund
- 5 möchten wir bundesweit unsere Solidarität mit ebendiesen Hausbesetzungen bekunden.

# Antrag D020: Reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Hygieneartikel

Laufende Nummer: 1036

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di-Jugend spricht sich gegen den hohen Steuersatz von 19 % auf
- 2 Hygieneartikel, wie z. B. Tampons, aus. Solche notwendigen Hygieneartikel müssen
- 3 einen geringen Steuersatz von 7 % bekommen.

## Antrag D021: A Womans's Place is in the Revolution - Unterstützung des Frauen\*streiks am 8. März

Laufende Nummer: 1189

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen-Bremen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend begrüßt die Gründung vieler Frauen\*streikbündnisse, schließt sich
- 2 der Forderung nach einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel, in dem Frauen\*,
- 3 Inter-, Trans-, nicht-binäre und queere Menschen nicht unterdrückt oder ausgebeutet
- 4 werden an und beteiligt sich zukünftig aktiv in Frauen\*streikbündnissen zum
- 5 Internationalen Frauen\*kampftag am 8. März.
- 6 Ebenso ruft sie ihre Mitglieder zur Teilnahme an verschiedenen Aktionen, Streiks und
- 7 Demos auf.
- 8 Eine Berücksichtigung in der entsprechenden Haushaltsplanung wird empfohlen.

## Antrag D022: Kontrollierte Cannabis Abgabe

Laufende Nummer: 1074

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für die Legalisierung von Cannabisprodukten ein.
- 2 Wir fordern eine staatlich geregelte legale Abgabe von Cannabis und THC-haltigen
- 3 Produkten unter Berücksichtigung des Jugendschutzes. Der Etat für Prävention und
- 4 Aufklärung über Rauschmittel, sowie Möglichkeiten der Begleitung im Umgang mit
- 5 Suchtsymptomen sollen erhöht werden.



## Antrag D024: Recht auf politischen Streik

Laufende Nummer: 1035

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di-Jugend fordert die komplette Legalisierung des politischen Streiks und des
- 2 Aufrufs zu diesem. Außerdem soll ein weitgehender Schutz der Beteiligten vor
- 3 Kündigung oder Schadensersatzansprüchen installiert werden. Dazu soll sich ver.di
- 4 europaweit für ein Recht auf politischen Streik einsetzen. Zusätzlich soll der
- 5 politische Streik als politisches Mittel ausdrücklich in die ver.di-Satzung
- 6 aufgenommen werden (auch bei keiner vorherigen umfassenden Legalisierung durch den
- 7 Staat).

# Antrag D025: Stellungnahme gegen das neue Polizeiaufgabengesetz

Laufende Nummer: 1067

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di positioniert sich klar gegen Verschärfungen von Polizeiaufgabengesetzen, eine
- 2 Militarisierung der Polizei und weitere Einschnitte in der persönlichen Freiheit der
- 3 Menschen. Des Weiteren müssen wir uns auch gegen bestehende Verschärfungen, durch
- 4 bereits verabschiedete Gesetze einsetzen, um einen Überwachungsstaat zu verhindern.
- 5 Wir fordern eine klare Trennung der Legislative und der Exekutive ohne jegliche
- 6 Kompetenzübertragungen und es darf zu keinen Vorverurteilungen kommen, durch welche
- 7 Menschen womöglich grundlos festgehalten werden, wie es derzeit bereits in Bayern
- 8 geschieht.

# Antrag D026: Wären wir noch durchsichtiger, wären wir weg - gegen Überwachungsstaat und Gläsernen Menschen

Laufende Nummer: 1203

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 3
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di stellt sich gegen weitere Einschränkungen der Persönlichkeitsrechte.
- 2 Staatstrojaner, Verschärfung der Polizeigesetze, verdachtsunabhängige Durchsuchungen
- 3 ohne richterliche Anordnung - all dies ist für uns nicht hinnehmbar!
- 4 ver.di setzt sich auf den verschiedenen Ebenen (auch im DGB) gegen diese
- 5 Verschärfungen ein.

# Antrag D028: Schaffung einer Stelle im Kanzleramt zur Überprüfung von Gesetzen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung

Laufende Nummer: 1076

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass eine Stelle im Kanzleramt geschaffen wird, die
- 2 Gesetzestexte und -entwürfe auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen für die
- 3 Bevölkerung hin prüft. Um Public Health Strategien zur Gesundheit der Bevölkerung
- 4 umsetzen zu können, ist es unerlässlich, sektorenübergreifend zu arbeiten. Da die
- 5 verschiedenen Ministerien ihre Gesetzesentwürfe nicht in Zusammenarbeit mit dem
- 6 Gesundheitsministerium entwickeln oder sie auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit
- 7 prüfen, muss eine zentrale und neutrale Stelle hierfür geschaffen werden, um die
- 8 Gesundheit der Bevölkerung sicherstellen und fördern zu können.

## Antrag D029: Boykottiert die Boykotte

Laufende Nummer: 1009

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen		
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress		
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft		
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja:	64.000000	(NaN %)
	Nein:	5.000000	(NaN %)
	Enthaltung:	10.000000	(NaN %)
	Abgegebene Stimmen:	79.000000	

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Gewerkschaft ver.di und alle ihre Untergliederungen distanzieren sich von den
- 2 Kampagnen „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) und „For One State and Return in
- 3 Palestine“ (F.O.R. Palestine) und den ihr angehörenden Akteuren.
- 4 ver.di schließt jegliche Zusammenarbeit mit oben genannten Organisationen und ihren
- 5 angehörenden Personen sowie ihre Unterstützung aus und verurteilt deren Aktivitäten
- 6 im politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kontext.
- 7 ver.di und ihre Untergliederungen solidarisieren sich mit den Aktivitäten unserer
- 8 Partner\*innen der Gewerkschaftsbünde Histadrut und PGFTU, die sich auf nationaler
- 9 sowie internationaler Ebene diesen Bestrebungen auch in gewerkschaftlichem Kontext
- 10 entgegenstellen. Bei diesem Kampf steht ver.di den Kolleg\*innen aktiv zur Seite.

# Antrag D030: Die ver.di Jugend fordert die Freilassung von Adil Demirci und seine Ausreise aus der Türkei!

Laufende Nummer: 1181

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen-Bremen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di steht hinter Adil Demirci sowie allen anderen politischen Gefangenen mit und
- 2 ohne deutsche Staatsbürgerschaft und fordert die deutsche Bundesregierung und
- 3 Außenminister Dr. Heiko Maas dazu auf, die Freilassung und die Möglichkeit der
- 4 Ausreise dieser Menschen, insbesondere Adil Demircis, gegenüber der türkischen
- 5 Regierung zu erwirken.

# Antrag D031: Wahlrecht für ausländische Mitbürger\*innen

Laufende Nummer: 1075

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für
- 2 ausländische Mitbürger\*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel eingeführt werden
- 3 soll.
- 4 Nach zwei Jahren in Deutschland sollen sie die Möglichkeit haben sich auf kommunaler
- 5 Ebene an Wahlen zu beteiligen. Nach 2 Jahren mit dauerhaftem Wohnsitz in Deutschland
- 6 soll das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene erweitert werden.

## Antrag D033: Bereit für Bonn!

Laufende Nummer: 1029

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	1. Abstimmung Ja: 31.000000 (NaN %) Nein: 44.000000 (NaN %) Enthaltung: 2.000000 (NaN %) Abgegebene Stimmen: 77.000000 2. Abstimmung Ja: 43.000000 (NaN %) Nein: 26.000000 (NaN %) Enthaltung: 7.000000 (NaN %) Abgegebene Stimmen: 76.000000

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Gewerkschaft ver.di und ihre Untergliederungen setzen sich dafür ein, dass der
- 2 Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland wieder voll umfänglich von Berlin nach
- 3 Bonn verlegt wird und die Stadt Bonn wieder Bundeshauptstadt wird. Um der
- 4 Ernsthaftigkeit dieser Forderung Ausdruck zu verleihen, wird die Bundesverwaltung der
- 5 Gewerkschaft ver.di von Berlin nach Bonn verlegt.
- 6 Zu prüfen ist, ob eine Verlegung des Regierungssitzes zeitlich vor der Verlegung der
- 7 Bundeshauptstadt liegen sollte, um einen geordneten Übergang zwischen Berlin und Bonn
- 8 zu organisieren und die Interessen aller Beschäftigten in den beiden Städten
- 9 bestmöglich zu berücksichtigen.
- 10 Des Weiteren wird der Bundesvorstand beauftragt, eine Kampagne unter dem Titel „Bonn
- 11 muss wieder Hauptstadt werden“ zu erarbeiten. Diese Kampagne ist von öffentlich für
- 12 die Organisation handelnden Personen (u.a. Bundesvorsitzende\_r,
- 13 Bundesjugendsekretär\_in,...) zu stützen. Die ver.di-Satzung ist dem Antrag entsprechend
- 14 anzupassen.



# Antrag D034: Gesellschaftskonzept

Laufende Nummer: 1116

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nord
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung als Material Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nord

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 dass ver.di, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung, bis
- 3 spätestens Frühjahr 2020 (ca. ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl) ein
- 4 politisches Gesamtkonzept entwickelt, welches u.A. bestehende Forderungen der ver.di
- 5 (Beschlusslagen) miteinander verbindet und ein wissenschaftlich belegtes, aber leicht
- 6 vermittelbares Bild einer solidarischen und gerechten Gesellschaft erschafft.
- 7 Dieses Gesamtkonzept könnte unter anderem folgende Punkte enthalten:
- 8 - Arbeitszeitverkürzung auf 6 Stunden/Tag bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 9 - Ein sanktionsfreies Ersatzeinkommen, welches nicht nur zum Überleben, sondern für
- 10 ein würdiges Leben und Partizipation reicht für jeden Menschen ohne ein sicherndes
- 11 Einkommen in Verbindung mit einer dies übersteigenden Mindestausbildungsvergütung und
- 12 eines diese übersteigenden Mindestlohns
- 13 - Kostenlosen, dicht getakteten und für jeden Menschen zugänglichen Personenverkehr
- 14 mit hoher Netzabdeckung
- 15 - Einführung von Finanztransaktions- und Vermögenssteuer, sowie einer Reform der
- 16 Erbschaftssteuer zur Finanzierung staatlicher Projekte
  
- 17 Dieses Konzept muss rechtzeitig in Politik und Öffentlichkeit getragen werden, um
- 18 spätestens im Rahmen der Bundestagswahl 2021 eine Rolle zu spielen. Dies hat über
- 19 Medien, direkte Einflussnahme auf Politiker\*innen und eigene Kampagnen zu erfolgen.
- 20 Um Wiedererkennungswert und Identifikation zu schaffen müssen Hauptamtliche oder
- 21 Aktive als Gesichter/Botschafter dieses Konzepts etabliert werden.
- 22 Das Konzept ist in Bezug auf neue Beschlusslagen und politische Entwicklungen
- 23 andauernd anzupassen.
- 24 **zum Antrag beschlossenes Material:**
- 25 ver.di als politischen Akteur sichtbar machen
- 26

27 ver.di muss sich in der öffentlichen Wahrnehmung ein stärkeres Profil als politischer  
28 Akteur aufbauen. Dies sollte jede Struktur in ver.di als kontinuierlich Aufgabe  
29 setzen. All unsere gewerkschaftlichen Erfahrungswerte und erarbeiteten  
30 Argumentationsstrukturen sollten stärker in Politik und insbesondere in die Medien  
31 getragen werden.

32

33 Hierzu sollten die erarbeiteten Pressematerialien, wie Stellungnahmen, medienwirksame  
34 Bilder und Statistiken offensiver in Redaktionen angeboten werden. Unsere schlüssigen  
35 und faktenhinterlegten Positionen brauchen eine breitere Öffentlichkeit, um  
36 gesellschaftspolitischen Druck für unsere Themen aufzubauen.

37

38 Diese ganzen Positionen und Argumentationen brauchen auch mediale Gesichter. Unsere  
39 haupt- und ehrenamtlichen Spitzenfunktionäre sollten ihre Fachlichkeit mehr in  
40 gesellschaftspolitischen Diskussion präsentieren. Wir müssen u.a auch über Polit-  
41 Talks und Social-Media-Portalen wiedererkennbare Gesichter mit gesellschaftlichen  
42 Themen und ver.di öffentlichkeitswirksam verbinden.

43

44 Ver.di muss auch wieder mehr mit politischen Demos für positive Veränderungen in  
45 Arbeits- und Sozialpolitik auf die Straßen gehen. Dies soll kreativ und vielfältig  
46 auf allen Ebenen gelebt werden. Unsere Präsenz auf der Straße darf sich nicht mehr  
47 auf Streiks, Bündnisunterstützungen und den 1.Mai beschränken. Themen,  
48 die unsere Mitglieder bewegen sollten wir sichtbar machen und nicht nur auf  
49 populistische Instrumentalisierung von Parteien reagieren. In allen ver.di Strukturen  
50 s llen ebenfalls die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür  
51 transparent sein.

# Antrag D036: Altersbeschränkung in der studentischen Krankenversicherung streichen

Laufende Nummer: 1152

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll sich als Ziel setzen, das Recht auf lebenslanges Lernen und das Recht
- 2 auf Bildung für alle stärken. Die ver.di setzt sich daher dafür ein, die in § 5 Abs 1
- 3 Nr. 9 SGB V verankerte Altersbeschränkung für Studierende aufzuheben.

# Antrag D041: Gegen die Rodung des Hambacher Forsts und Ausstieg aus der Braunkohleindustrie

Laufende Nummer: 1004

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hamburg		
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress		
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft		
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hamburg		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja:	68.000000	(NaN %)
	Nein:	3.000000	(NaN %)
	Enthaltung:	5.000000	(NaN %)
	Abgegebene Stimmen:	76.000000	

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Bundesjugendkonferenz spricht sich ausdrücklich gegen die geplante Rodung des
- 2 Hambacher Forsts sowie die generelle Zerstörung von Dörfern und Natur für den
- 3 Braunkohleabbau aus. Ver.di fordert, dass Konzerne wie RWE oder Vattenfall ihre
- 4 Braunkohleabbau aus. Ver.di fordert, dass Energiekonzerne ihre soziale Verantwortung
- 5 gegenüber ihren Mitarbeiter\*innen übernehmen und diesen eine Perspektive außerhalb
- 6 der umweltschädlichen Braunkohleindustrie und fossiler Brennstoffenergien bieten.

# Antrag D042: Lebensmittelverschwendung entgegentreten!

Laufende Nummer: 1135

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di sich zukünftig für eine Neuerung des Lebensmittelgesetzes in Deutschland
- 2 einsetzt. Dieses soll, ähnlich wie kürzlich in Tschechien geschehen, dahingehend
- 3 geändert werden, dass (größere) Lebensmittelgeschäfte ihre kurz vor dem Ablauf
- 4 befindlichen Produkte an gemeinnützige Vereine zu spenden oder Bedürftigen
- 5 anderweitig zur Verfügung zu stellen haben. Wer dagegen verstößt, muss ausreichend
- 6 sanktioniert werden. Dieses Gesetz soll ein Teil von internationalen Bemühungen sein,
- 7 die Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen, das Ausmaß der Verschwendung zu
- 8 begrenzen, die Umwelt zu schützen und soziale Benachteiligung zu verringern.

# Antrag D043: Antrag zur Befassung mit dem Konflikt ? Hambacher Forst - Kolleg\*innen bei RWE

Laufende Nummer: 1054

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland		
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand		
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft		
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja:	70.000000	(NaN %)
	Nein:	6.000000	(NaN %)
	Enthaltung:	1.000000	(NaN %)
	Abgegebene Stimmen:	77.000000	

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend befasst sich kritisch mit dem Konflikt des Hambacher Forstes und
- 2 den Kolleg\*innen bei RWE. Es ist notwendig, dass wir gemeinsam mit den Kolleg\*innen
- 3 für eine bessere Zukunft kämpfen und für sie eintreten. Wir stehen nicht für die
- 4 Interessen von RWE oder einem anderen Konzern, welcher eine alleinige
- 5 Gewinnmaximierung ggü. der Umwelt in den Vordergrund stellt. Wir stehen für unsere
- 6 Interessen und eine Zukunft in der wir leben können und wollen ein. Die ver.di Jugend
- 7 wird sich insbesondere mit den satzungsjugendlichen Mitgliedern intensiv
- 8 auseinandersetzen und gemeinsame Lösungswege entwickeln.

## Antrag D044: Bedingungsloses Grundeinkommen

Laufende Nummer: 1037

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di-Jugend spricht sich dafür aus, dass sich die Gesamtorganisation in Form
- 2 eines Ausschusses mit der Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens
- 3 auseinandersetzt und ein Konzept erarbeitet, in dem alle in Deutschland lebenden
- 4 Menschen berücksichtigt werden.

# Antrag E001: Gleichstellung und Schutz der Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Laufende Nummer: 1010

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	E - Starke Mitbestimmung im Betrieb
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di fordert mit großem Nachdruck, dass die Jugend- und Auszubildendenvertretungen
- 2 durch eine Änderung der gesetzlichen Lage in ihrer Arbeit unterstützt und besser
- 3 geschützt werden.
- 4 In diesem Rahmen wirkt ver.di darauf hin, dass die Freistellung der Jugend- und
- 5 Auszubildendenvertretungen und der Gremien auf übergeordneten Ebenen analog der
- 6 Freistellung der Betriebs- und Personalräte nach den entsprechenden Paragraphen im
- 7 BetrVG und den jeweiligen Personalvertretungsgesetzen gesetzlich verankert wird.
- 8 ver.di erarbeitet in den jeweils zuständigen Gremien eine konkrete Forderung für das
- 9 jeweilige Gesetz.
- 10 Außerdem fordert ver.di, dass die Paragraphen zur Übernahme von JAV-Mitgliedern im
- 11 BetrVG und den jeweiligen Personalvertretungsgesetzen angeglichen werden, um die
- 12 Ungleichbehandlung der Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen aufzuheben, die
- 13 aktuell herrscht und die Schutzbestimmungen somit auf alle Vertreter\*innen selbiger
- 14 vorher genannten Gruppe auszuweiten.



## Antrag E002: Ausweitung des Wahlrechts bei JAVen

Laufende Nummer: 1011

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E002-Ä001
<b>Sachgebiet:</b>	E - Starke Mitbestimmung im Betrieb
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di setzt sich politisch dafür ein, dass die Regelungen des LPVG NW zum
- 2 aktiven und passiven Wahlrecht der JAVen analog in das BetrVG übernommen werden.
- 3 § 61 BetrVG soll dahingehend geändert werden, dass Beschäftigte unter 18 Jahren sowie
- 4 Auszubildende, Beamtenanwärter\*innen und Praktikant\*innen unabhängig ihres Alters
- 5 wahlberechtigt sind. Des Weiteren sollen alle Beschäftigten unter 27 Jahren sowie
- 6 Auszubildende, Beamtenanwärter\*innen und Praktikant\*innen wählbar sein. Die
- 7 bisherigen Regelungen sind durch die oben genannten zu ersetzen.

# Antrag E003: Mitbestimmung 4.0

Laufende Nummer: 1219

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	E - Starke Mitbestimmung im Betrieb

Die Konferenz möge beschließen:

1 **Veränderung braucht Rechte – Neue Regeln der Mitbestimmung sind nötig**

2 Digitalisierung und Arbeiten 4.0 sind – wie es scheint – die Begriffe der Stunde.  
3 Nahezu alles dreht sich unter anderem um die digitale Personalakte, die  
4 Digitalisierung von Prozessen, digitale Kommunikation, das papierlose Büro oder die  
5 digitale Produktionssteuerung. Betriebe und Verwaltungen stehen folglich vor einer  
6 Reihe an Veränderungen, deren Auswirkungen nicht feststehen. Die Vielfalt der  
7 Problemstellungen und der Facettenreichtum der betrieblichen Organisationen wird  
8 unzählige unterschiedliche betriebliche Lösungen erfordern.  
9 Es ist offenkundig, dass beim Thema „Digitale Arbeit“ und bei der Suche nach guten  
10 betrieblichen Lösungen die Beteiligung der betrieblichen Interessenvertretungen eine  
11 zwingende Bedingung darstellt. Mobiles Arbeiten mit Smartphone und Laptop, Maschinen,  
12 die ihren Status via Internet selbstständig melden, sowie Roboter werden immer  
13 häufiger zu Helfern der täglichen Arbeit. Virtuelle Zusammenarbeit in nationalen und  
14 internationalen Teams, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -orte und die  
15 Verfügbarkeit von immer mehr Daten in Echtzeit prägen immer stärker den  
16 Arbeitsalltag. Es ist eindeutig erkennbar, dass die gesetzlichen  
17 Mitbestimmungsregulatoren keine ausreichenden Regelungen und Verfahren kennen, um mit  
18 diesen Herausforderungen zurechtzukommen. Um auf die technischen und  
19 organisatorischen Neuerungen vorbereitet zu sein, muss die Teilnahme von  
20 betrieblichen Interessensvertretungen an entsprechenden Bildungs- und  
21 Schulungsprogrammen ermöglicht werden. Schließlich ist die Auseinandersetzung mit dem  
22 Wandel von Arbeitsorganisation und -bedingungen essentiell für die Personal- und  
23 Betriebsratsarbeit. Denn nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die Interessen  
24 der Arbeitnehmer\*innen entsprechend berücksichtigt werden. Daher ist eine  
25 entsprechende Anpassung der gesetzlichen Bedingungen unabdingbar. Es ist Zeit für  
26 eine grundlegende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes,  
27 Bundespersonalvertretungsgesetzes, der Landespersonalvertretungsgesetze und der  
28 Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung.

29

30 Wir fordern:

- 31 • eine Erweiterung der gesetzlichen Definition des „Betriebsbegriffes“, die alle  
32 Betriebs- und Geschäftsmodelle umfasst.
- 33 • dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Leiharbeit- und

34 Werkvertragsnehmer\*innen auszuweiten sind.

- 35 • eine Stärkung der Mitbestimmung im Personalvertretungsrecht sowie eine
- 36 Ausweitung der Zuständigkeit des Personalrates in allen sozialen, personellen
- 37 und organisatorischen Angelegenheiten.
  
- 38 • Mitbestimmungsregeln zum Arbeitnehmer\*innendatenschutz ; der § 87 Abs. 1 Nr. 6
- 39 BetrVG muss entsprechend ergänzt werden, um dem Missbrauch der Daten durch die
- 40 Einführung neuer Technologien entgegenzuwirken.
  
- 41 • erhöhte Mitbestimmung bei der Änderung im Arbeitsablauf.
  
- 42 • höhere Durchsetzbarkeit von Grundlagenqualifikationen, um den digitalen Wandel
- 43 mitzugestalten.
  
- 44 • klare Regeln für Plattformökonomien.

45 Weiter müssen die Durchsetzungsmöglichkeiten von Rechten der Mitbestimmungsgremien  
46 gestärkt werden. Konkret kann das durch die Verschärfung der Ordnungsgelder/des  
47 Strafmaßes der §§23 Abs. 3, 101, 119 BetrVG ähnlich dem in der EU-DSGVO vorgesehenen  
48 Strafmaß erfolgen.

49 Um Fälle von Betriebsratsbehinderung und Union Busting wie im Fall I-SEC/Naujoks  
50 einzudämmen, müssen Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit dem Fokus auf Straftaten  
51 gegen die Organe der gesetzlichen Interessensvertretung eingerichtet werden

52

### 53 **Digitales Know-how für die betriebliche Interessenvertretung**

54 Dem Bereich der Qualifizierung kommt durch die Digitalisierung eine gesteigerte  
55 Bedeutung zu. Dank neuer Techniken, digitaler Informations- und  
56 Kommunikationssysteme, enormer Datenverarbeitungsleistung sowie digitaler Helfer wie  
57 Videokonferenzen und Instant Messaging lassen sich Distanzen leicht überbrücken.  
58 Digitalisierung macht auch vor der Tür der betrieblichen Interessenvertretung nicht  
59 halt. Um den Herausforderungen und den neuen Möglichkeiten rechtssicher begegnen zu  
60 können, braucht es Bildungsbausteine und Qualifizierungsangebote.

#### 61 Arbeitsaufträge für den Bundesteamendenarbeitskreis:

- 62 • Die Erstellung eines Booklets zum „digitalen (J)AV-Büro“ das sich u.a. mit der
- 63 Fragestellung „*was ist zulässig und was ist umsetzbar?*“ auseinandersetzt,
- 64 nützlicher Software für die (J)AV-Arbeit sowie Praxistipps für die digitale
- 65 Öffentlichkeitsarbeit
  
- 66 • Es soll ein (J)AV Grundlagenseminar erarbeitet werden zum Thema „Digitale
- 67 Kompetenzen für die (J)AV“
  
- 68 • Bildungsbausteine für JA-Versammlungen

69

### 70 **ver.di App für betriebliche Multiplikator\*innen**

71 Im Schnitt haben wir 32 App's auf unseren Smartphones installiert. Gibt man unter der

72 Suchkategorie „betriebliche Interessenvertretung“ ein, ist die Auswahl an Apps sehr  
73 übersichtlich. Daher sollte ver.di diese „Lücke“ schließen und ein Angebot für  
74 betriebliche Akteur\*innen (sowohl gesetzliche Interessensvertretungen als auch  
75 ehrenamtliche Kolleg\*innen) schaffen. Dabei soll die App als strategisches Instrument  
76 genutzt werden. Folgende Aufgaben und Zielsetzungen soll die App erfüllen

77 • Informationen schnell bereitstellen, Verbesserung der Informationsflüsse

78 • BR/PR/JAV-Arbeit transparent machen

79 • Stimmungs- und Meinungsbilder einholen

80 • Imagegewinn

81 • Mitgliedergewinnung

82 • Mehrere Kommunikationsebenen

83 Wir fordern:

84 • ver.di soll eine App entwickeln die mindestens die o.g. Anforderungen abbildet

85

86 **Emanzipation von Jugendvertreter\*innen**

87 Derzeit ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in vielen Angelegenheiten  
88 stark vom Engagement des Betriebsrates oder Personalrates abhängig – insbesondere bei  
89 Anregungen von Azubis und Dual Studierenden und der Einberufung von JA-Versammlungen.

90 Es muss darauf hingewirkt werden, dass JAVen unabhängiger und selbstständiger ihren  
91 allgemeinen Aufgaben nachkommen können. Hinzu kommt, dass sowohl im  
92 Betriebsverfassungsgesetz als auch in Personalvertretungsgesetzen die JAV-Gremien auf  
93 eine bestimmte Höchstanzahl von Mitgliedern begrenzt sind. Deshalb braucht es auch  
94 in diesen Punkten eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes,  
95 Bundespersonalvertretungsgesetz und in den jeweiligen  
96 Landespersonalvertretungsgesetzen, in denen das noch nicht erreicht ist.

97 Wir fordern:

98 • die rechtlichen Möglichkeit, eigenständige JA-Versammlungen einberufen zu  
99 können.

100 • Möglichkeiten zur eigenständigen Erledigung von Anregungen.

101 • die Abschaffung der Deckelung bei der JAV-Gremiengröße.

102

103 **Vorteile einer balancierten Altersstruktur im Betriebs-/ Personalrat**

104 „Das demografische Profil der Betriebsratsgremien verdeutlicht: Junge Beschäftigte  
105 werden zwar in die Betriebsräte gewählt. Ältere Mandatsträger im Alter von 46–59  
106 Jahren und mehr stellen aber das Gros der Betriebsratsmitglieder, in 2014 mit erneut  
107 steigender Tendenz in diesem seit längerem anhaltenden ‘Alterungsprozess’ von  
108 Betriebsratsgremien.“ (Auszug aus dem Trendreport 2014 der Hans-Böckler-Stiftung).

109 Die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit von betrieblichen Interessenvertretungen wird  
110 zunehmend davon abhängen, ob sie strategische Personalplanung in ihrem eigenen  
111 Gremium durchführen. Die ver.di Jugend sieht es als eine zentrale Aufgabe von  
112 Betriebs- und Personalräten – sowie von ver.di als Gesamtorganisation – die  
113 Generationenvielfalt in ihren Gremien zu fördern. Dabei muss sichergestellt werden,  
114 dass eine rechtzeitige Wissens- und Erfahrungsweitergabe gewährleistet wird.

115 Wir fordern:

- 116 • dass ver.di-Wahlvorschlagslisten einen gesunden Altersmix vorweisen.
- 117 • dass sich in den Grundlagenqualifizierungen (auch bei JAVen) Inhalte zu den  
118 Themen „Nachwuchsförderung“, „Wissensmanagement“ und „Personalplanung im eigenem  
119 Gremium“ wiederfinden.
- 120 • dass ver.di mindestens eine Vernetzungsveranstaltung für junge Betriebs- und  
121 Personalräte pro Kalenderjahr organisiert.

122

123 **Junge Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat**

124 Für ver.di ist die Arbeitnehmer\*innenbank in Aufsichtsräten ein weiterer wichtiger  
125 Teil, um Unternehmensentscheidung im Sinne von Arbeitnehmer\*innen, Auszubildenden und  
126 Dual-Studierenden zu beeinflussen. Um der anspruchsvollen Aufgabe und Verantwortung  
127 (z.B. Haftung) gerecht zu werden, muss es Selbstverständnis sein, unsere Kolleginnen  
128 und Kollegen dementsprechend zu qualifizieren. Des Weiteren muss ver.di ihren Blick  
129 auf junge Kolleginnen und Kollegen richten, sie empower, sie stärken und auf  
130 Wahlvorschlägen berücksichtigen.

131 Wir fordern:

- 132 • die Berücksichtigung von jungen Kolleginnen und Kollegen auf den betrieblichen  
133 Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat.
- 134 • das Angebot entsprechender Qualifizierungen.

# Antrag E004: Bessere Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

Laufende Nummer: 1198

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 7
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	E - Starke Mitbestimmung im Betrieb
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich aktiv für eine umfassende Reform und Modernisierung der
- 2 Personalvertretungsgesetze ein. Ziel ist es, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst
- 3 zu stärken und eine echte „Augenhöhe zwischen Dienststellenleitung und
- 4 Personalvertretung“ zu schaffen. Ein Vorbild können hier die Rechte im
- 5 Betriebsverfassungsgesetz sein.
- 6 • Zu den inhaltlich notwendigen Verbesserungen sollten mindestens zählen:
- 7 • Allzuständigkeit der Personalräte
- 8 • Freistellungen analog der Staffelung im BetrVG
- 9 • Freistellungen auch für H-/G-/JAVen, soweit nicht vorgesehen
- 10 • bei Bedarf Büropersonal Wegfall der Altersgrenze beim aktiven und passiven
- 11 Wahlrecht von zu ihrer Ausbildung Beschäftigten
- 12 • Verbesserung bei der Kostenübernahme und Freistellung für Seminare, z.B. Frist
- 13 für Reaktion der Dienststelle
- 14 • Verbesserung bei Unterrichts- und Informationsanspruch
- 15 Einzufügen in Zeile 15:
- 16 • Die Größe und Verteilung der JAV wird gemäß der Vorgaben des
- 17 Betriebsverfassungsgesetzes geregelt. Es werden außerdem Regelungen für bis zu
- 18 5000 Wahlberechtigte festgelegt

# Antrag E005: Erweiterung des § 9 BundespersVG

Laufende Nummer: 1197

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 7
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	E - Starke Mitbestimmung im Betrieb
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Gewerkschaft ver.di wirkt auf eine Erweiterung des § 9 BPersVG hin. Alle für eine
- 2 Jugend- und Auszubildendenvertretung oder Personalrat wählbaren Personen müssen den
- 3 Schutz nach § 9 BPersVG erhalten.

# Antrag F001: ver.di Jugend aktiv gegen Rechts

Laufende Nummer: 1221

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung

Die Konferenz möge beschließen:

1 Der zunehmende Rechtspopulismus ist eine ernstzunehmende Bedrohung für das  
2 gesellschaftliche Zusammenleben. Durch den Einzug rechtspopulistischer und rechter  
3 Parteien in diverse Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene wurde ein  
4 Legitimationswandel vollzogen – es ist nun möglich, öffentlich Ressentiments gegen  
5 das „sozial Andere“ freien Lauf zu lassen: Online, auf der Arbeit, im Gremium, im  
6 privaten Umfeld. Hier muss die ver.di Jugend entgegenwirken und klare Position gegen  
7 unsolidarische Tendenzen beziehen.

## 8 **Rechtspopulismus und die Soziale Frage**

9 Die Forderungen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD sind weder mit dem  
10 Grundverständnis einer modernen, toleranten und weltoffenen Gesellschaft, noch mit  
11 der Zielsetzung unserer Gewerkschaft vereinbar. So fordert die AfD unter anderem die  
12 Deregulierung des Arbeitsmarktes, den neoliberalen Umbau des Sozialstaates und eine  
13 Umstrukturierung des Steuersystems zugunsten von Vielverdienern. Diese Tendenzen  
14 höhlen den Sozialstaat weiter aus und führen zu einer noch enormeren Spaltung  
15 zwischen der ärmeren und der wohlhabenderen Gesellschaftsschicht. Diese  
16 arbeitnehmer\*innenfeindlichen Forderungen werden in der Öffentlichkeit kaum  
17 thematisiert, woraus sich die dringende Notwendigkeit für eine großangelegte und  
18 öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagne über die sozial- und  
19 arbeits(markt)politischen Forderungen von rechtspopulistischen Parteien wie der AfD  
20 ergibt. Diese Aufklärungskampagne soll auch gemeinsam mit den anderen  
21 Gewerkschaftsjugenden innerhalb des DGB erarbeitet werden.

## 22 Arbeitsaufträge:

- 23 • Die ver.di Jugend wirkt darauf hin, dass ein umfassendes Aufklärungskonzept  
24 innerhalb der DGB Jugend über die Folgen entwickelt wird, die sich aus der  
25 Umsetzung der AfD-Forderungen für Arbeitnehmer\*innen ergeben würden.
- 26 • Der Fokus soll dabei vor allem auf den Folgen im Privat- und Arbeitsleben von  
27 Arbeitnehmer\*innen sowie von im Arbeitsmarkt sozial benachteiligten  
28 Personengruppen wie z.B. arbeitslosen Menschen liegen.
- 29 • Die zu entwickelnden Materialien enthalten Fall- und Rechenbeispiele, anhand  
30 derer sich die negativen Folgen verständlich und realitätsnah aufzeigen lassen.  
31 Die Interessenvertretung als Solidarprinzip, das nur als solches erfolgreich  
32 sein kann, wird stärker in den Fokus genommen.



- 33 • Zudem soll aufgezeigt werden, dass durch Segregation besonders die Arbeitgeber  
34 profitieren.

### 35 **Rechtspopulisten das Wasser abgraben – Solidarität vermitteln**

36 Die Frustration über das eigene gefühlte Abgehängt-Sein und die Unzufriedenheit über  
37 die eigene Lebenssituation sowie die Suche nach Sündenböcken sind Symptome eines  
38 nicht funktionierenden Wirtschafts- und Sozialsystems. Sie sind unter anderem die  
39 Folgen davon, dass die neoliberale Globalisierung nicht auf Solidarität, sondern auf  
40 Segregation basiert. Dieses subjektive Gefühl des „Ausgeschlossen-Seins“ vom guten  
41 Leben bei einer gleichzeitig objektiv hohen Lebensqualität führen dazu, dass bei den  
42 sogenannten besorgten Bürgern rationale Argumente kaum Anklang finden können.  
43 Personen vom Solidarprinzip zu überzeugen, die für sich festgestellt haben, dass sie  
44 grundsätzlich auf der Verliererseite stehen, ist tatsächlich eine enorme Aufgabe, die  
45 eigentlich nur im engen Freundes- und Bekanntenkreis gemeistert werden kann. Daher  
46 gilt es, Solidarität als Kerngedanken des Zusammenlebens schon zu einem Zeitpunkt zu  
47 vermitteln, in dem die eigene Positionierung innerhalb der Gesellschaft noch  
48 verhandelbar ist.

49

#### 50 Wir fordern:

- 51 • Eine kritische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem  
52 in jeder Bildungseinrichtung. Dies beginnt im Kindergarten, wo erste Tendenzen  
53 zum Konkurrenz- statt Solidarverhalten gelegt werden, und geht weiter bis hin  
54 zum Ausbildungsrahmenplan oder zur Rahmgestaltung des Studiums.

55

#### 56 Arbeitsauftrag:

- 57 • Der Bundesjugendvorstand und seine landesbezirklichen Entsendebereiche wirken  
58 auf allen Ebenen daraufhin, dass neoliberale Tendenzen innerhalb der Lehrpläne  
59 gestoppt werden und in den Bildungseinrichtungen mehr Raum für kritische, statt  
60 für affirmative Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaftsform  
61 bereitgestellt wird.

62

### 63 **Umgang mit Rechten in sozialen Netzwerken**

64 Die ver.di Jugend hat auf allen Ebenen ein vielfältiges Online-Angebot und ist auf  
65 vielen Plattformen und sozialen Netzwerken vertreten. Seit einigen Jahren hat die  
66 themenunabhängige Platzierung von rechtem und rechtspopulistischem Gedankengut in  
67 Form von Kommentaren auf unseren Online-Seiten massiv zugenommen.

68 Soziale Netzwerke setzen Algorithmen ein, um die Relevanz von Kommentaren und Posts  
69 zu ermitteln, dabei bewerten sie die Anzahl der Reaktionen und pushen diese  
70 dementsprechend in den Aufmerksamkeitsbereich der Nutzer\*innen. Ob die Inhalte  
71 diskriminierend oder zweifelhaft an der Grenze sind, wird von den Algorithmen nicht  
72 bewertet. Rechte und rechtspopulistische Communities haben diese Schwachstellen

73 längst erkannt und wissen diese für ihre Zwecke einzusetzen: Themen, die für unsere  
74 Zielgruppen von Bedeutung sind, werden mit rassistischen und vor allem  
75 arbeitnehmer\*innenfeindlichen Kommentaren besetzt; ehrenamtlich Aktive, die sich mit  
76 Herzblut für eine Sache einsetzen und Gesicht zeigen, werden auf unseren eigenen  
77 Seiten beleidigt und diffamiert.

78 Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass eine Diskussion mit Rechten oder  
79 rechtspopulistisch eingestellten Menschen nicht nur ins Leere verläuft, sondern im  
80 Gegenteil zur Verbreitung dieser Aussagen beiträgt. Das Melden von rechten und  
81 rechtspopulistischen Kommentaren und Nutzer\*innen bei den Plattformbetreibern hat  
82 sich als ungeeignet herausgestellt.

83

#### 84 Arbeitsaufträge:

85 • Die ver.di Jugend erarbeitet Leitlinien und Handlungshilfen für den Umgang mit  
86 rechter Hetze auf den eigenen Plattformen. Dabei muss der Umgang mit einzelnen  
87 Nutzer\*innen mitbedacht werden, um die Verbreitung von rechtem und  
88 rechtspopulistischem Gedankengut transparent zu unterbinden.

89 • Dafür muss die ver.di Jugend Qualifizierungsangebote für die ehrenamtlichen und  
90 hauptamtlichen Betreuer\*innen unserer Online-Angebote schaffen, um diese im  
91 Umgang mit rechter Hetze zu unterstützen.

92

#### 93 **Rechten und rechtspopulistischen Einstellungen in Betrieb, Dienststelle und** 94 **Gewerkschaft entgegentreten**

95 Rechtspopulisten und Rechte schlagen vermehrt in den Gewerkschaften und  
96 Interessenvertretungen und mit eigenen rechten „Gewerkschaften“ auf. Mit rassistisch  
97 motivierten „Erklärungsansätzen“ und vereinfachenden „Lösungsvorschlägen“ versuchen  
98 diese, den gewerkschaftlich organisierten Kolleg\*innen in Betrieb und Dienststelle  
99 sowie den Gewerkschaften selbst die Deutungshoheit streitig zu machen. Hierbei  
100 besteht seitens der Rechten kein Interesse an einer solidarischen Arbeitswelt oder an  
101 echter Lösungsfindung im Sinne der Beschäftigten, sondern lediglich an der  
102 betrieblich-medialen Aufmerksamkeit, um das eigene segregierende Weltbild  
103 weiterverbreiten zu können.

104 Das Sichtbar- und Wirksamwerden der Rechten in Betrieb und Dienststelle ist schon  
105 längst ein reales Problem für die Gewerkschaften: Organisierte Kolleg\*innen werden  
106 bedroht oder sogar angegriffen; Rechtspopulist\*innen versuchen gleichzeitig  
107 Arbeitskämpfe für sich zu vereinnahmen, was ihnen mal mehr, mal weniger gelingt.  
108 Parallel zu den Entwicklungen in Deutschland ist in Österreich zu beobachten, wie von  
109 rechtspopulistischer Seite in Regierungsverantwortung die Abschaffung der  
110 Arbeitnehmer\*innenrechte vorangetrieben wird: Beispielsweise die Anhebung der  
111 täglichen Maximalarbeitszeit von acht auf 12 Stunden, das Aushebeln von  
112 Tarifverträgen und Verlagern von Tarifverhandlungen auf die betriebliche Ebene – was  
113 eine weit bessere Verhandlungsposition für die Unternehmen bedeutet und Beschäftigte  
114 gegeneinander ausspielt –, Kürzungen der im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zu

115 erbringenden Leistungen sowie die Reduktion der staatlichen Kontrollinstrumente  
116 hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen. Daraus ergibt sich die  
117 Notwendigkeit, dem weiteren Aufschwung der Rechten und Rechtspopulisten in Betrieb  
118 und Dienststelle selbstbewusst entgegenzutreten. Ansonsten stehen nicht nur Mandate  
119 in der Interessenvertretung zur Diskussion, sondern auch die erkämpfte Gerechtigkeit  
120 in Tarifhoheit, Mitbestimmung, Streikrecht, Gewerkschaftsfreiheit. Dazu darf es nicht  
121 kommen, dem muss sich die ver.di Jugend aktiv entgegenstellen.

122 Antifaschismus und demokratische Grundsätze, Wahrung und Förderung von Solidarität  
123 und Menschenrechten sind zwar stark in unsere Bildungsarbeit eingebunden, allerdings  
124 ist davon wenig „vor Ort“ in den Betrieben und Dienststellen zu spüren. Als  
125 Gewerkschaft ver.di müssen wir offensiver und sichtbarer vorgehen, um unsere Werte  
126 stärker bei Nicht-Mitgliedern und noch nicht aktiven Mitgliedern zu verankern.

127

#### 128 Unsere Forderungen für die Ausbildung:

- 129 • Eine solidarische Grundhaltung muss auch in der Ausbildung vermittelt werden.  
130 Dazu muss das Thema vermehrt in den Berufsschulen thematisiert und in die  
131 Ausbildungspläne integriert werden. Dazu müssen Qualifizierungsmaßnahmen für die  
132 Ausbilder\*innen angeboten werden.

133

#### 134 Arbeitsaufträge:

- 135 • Die ver.di Jugend prüft, ob das Konzept „Fakten statt Populismus“ in ein  
136 bundesweites Bildungsangebot übertragen werden kann.
- 137 • Die ver.di Jugend setzt sich dafür ein, dass die Thematik „Umgang mit  
138 rechtspopulistischem Gedankengut im professionellen Ausbildungsalltag“ als  
139 fester Bestandteil aller Ausbildungsberufe wird und dass hierfür  
140 Handlungsoptionen zur Integration entwickelt werden, nach Möglichkeit gemeinsam  
141 mit der DGB Jugend.

142 Rechtspopulistisches Gedankengut und völkische Ideen haben in vielen Bereichen des  
143 öffentlichen Lebens Einzug gehalten. Wir wollen dagegen vorgehen und Handlungshilfen  
144 anbieten, damit jede\*r weiß, wie er\*sie in der Konfrontation mit rechtspopulistischem  
145 Gedankengut agieren kann. Zudem wollen wir, dass die Arbeitnehmer\*innenvertretungen  
146 für solche Situationen in dafür spezialisierten Seminaren geschult werden. Auch die  
147 Antidiskriminierungs- bzw. Gleichstellungsbeauftragten sollen diese Thematik vermehrt  
148 in ihren Aufgabenbereich einbeziehen bzw. integrieren. Gesetzliche Rahmenbedingungen  
149 sollen die Weiterentwicklung der Kompetenzen in diesem Bereich unterstützen.

#### 150 Arbeitsaufträge:

- 151 • Die ver.di Jugend macht vermehrt auf bestehende Bildungsangebote zum Themenfeld  
152 aufmerksam. Dies umfasst zum Beispiel die Bildungskonzepte des DGB  
153 Bildungswerks, der Gelben Hand oder der DGB Jugend.
- 154 • Die ver.di Jugend erarbeitet ein Seminarkonzept für Interessenvertretungen zum

155 Umgang mit rechten und rechtspopulistischen Kolleg\*innen und entwickelt  
156 Handlungshilfen.

- 157 • Des Weiteren erarbeitet die ver.di Jugend ein Schulungsangebot für  
158 Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbeauftragte, um diese bei ihrer Arbeit  
159 zu unterstützen.
- 160 • Über ein zentrales Webportal mit Mobil- und Desktopseite werden die Angebote für  
161 die Kolleg\*innen sichtbar gemacht.

#### 162 **Wie umgehen mit Rechtspopulisten in ver.di?**

163 Auch sieht sich die ver.di Jugend mit der Tatsache konfrontiert, dass (aktive)  
164 ver.di-Mitglieder rechtspopulistische Aussagen tätigen. Es fehlt bisher ein Konzept,  
165 wie mit einer Rechtsgewandtheit von ver.di Kolleg\*innen umgegangen werden kann.

#### 166 Arbeitsaufträge:

- 167 • Die ver.di Jugend erarbeitet einen Gesprächsleitfaden, wie mit diesen  
168 Kolleg\*innen das Gespräch begonnen werden kann.
- 169 • Die ver.di Jugend wirkt im Gewerkschaftsrat daraufhin, dass eine rote Linie im  
170 Sinn von Ausschlusskriterien gefunden wird, die eine weitere Mitgliedschaft bei  
171 ver.di unmöglich machen.

172

#### 173 **Rechte Listen bei Wahlen zur Arbeitnehmersvertretung**

174 Vermehrt organisieren sich rechte und rechtspopulistische Mitarbeiter\*innen bei  
175 Wahlen zum Betriebs- bzw. Personalrat oder zur Mitarbeitervertretung, um gegen die  
176 Listen der DGB-Kolleg\*innen zu hetzen. Es kommt auch vor, dass sich daraus rechte  
177 Gegenlisten entwickeln. Hier geht es in erster Linie darum, das solidarische  
178 Grundkonzept von engagierten Kolleginnen und Kollegen zu untergraben und diese damit  
179 zu schwächen. Hier muss ver.di Konzepte entwickeln, um die Kolleginnen und Kollegen  
180 zu schützen. Dabei gilt es möglichst frühzeitig aktiv zu werden und die Stimmung in  
181 Betrieb und Dienststelle wahrzunehmen, die Situation nicht auszusitzen und sie ernst  
182 zu nehmen.

#### 183 Arbeitsaufträge:

- 184 • ver.di muss auf allen Ebenen Kolleg\*innen unterstützen, sich im Betrieb aktiv  
185 gegen rechte Listen einzusetzen. Dafür erarbeitet die ver.di Jugend eine Toolbox  
186 „Was tun, wenn's brennt?“ mit allen Informationen und Kontakten, die Gremien im  
187 Notfall nutzen können. Die ver.di Jugend setzt sich in der Gesamtorganisation  
188 dafür ein, dass die Toolbox allen Gliederungen unserer Gewerkschaft zur  
189 Verfügung gestellt und regelmäßig weiterentwickelt wird.
- 190 • Hierfür müssen Vorlagen erarbeitet werden, die gängige Argumentationsmuster von  
191 rechten Gegenlisten aufarbeiten und entkräften, um diese angepasst in Betrieb  
192 bzw. Dienststelle zu verwenden.
- 193 • Die ver.di Jugend setzt sich in der Gesamtorganisation dafür ein, dass

194 vorhandene Angebote vermehrt in Betrieben und Dienststellen bekannt gemacht  
195 werden. Dafür müssen die verantwortlichen Hauptamtlichen bei ver.di über  
196 entsprechendes Wissen über die Angebote verfügen und dementsprechend geschult  
197 werden.

- 198 • Die ver.di Jugend erarbeitet kreative Aktionsideen für die Öffentlichkeitsarbeit  
199 in Print- und Onlinemedien, um den von rechter Seite angegriffenen Kolleg\*innen  
200 unsere Solidarität und Unterstützung zu zeigen.

201

## 202 **Bündnisarbeit gegen Rechts**

203 Die ver.di Jugend versteht sich als Jugendorganisation, die sich faschistischen,  
204 rassistischen und rechtspopulistischen Strömungen kategorisch und kompromisslos  
205 entgegenstellt. Daher stehen wir klar zu antifaschistischen Bündnissen, in denen wir  
206 uns gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen gegen einen Rechtsruck und die  
207 steigende Segregation in Deutschland starkmachen. Rechte Organisationen,  
208 rechtspopulistische Parteien oder Gruppierungen erheischen durch hasserfüllte  
209 Kundgebungen und perfide platzierten Provokationen zunehmend öffentliche Wahrnehmung;  
210 sie nutzen die Straße, die Medien, die Betriebe und Dienststellen als breite Bühne,  
211 um ihre substanzlosen „Positionen“ zu „vermarkten“. Dieser gefährlichen Entwicklung  
212 entgegenzuwirken und gezielt Aufklärungsarbeit zu leisten – auch in Form von zivilem  
213 Ungehorsam – sowie Gegenpräsenz zu zeigen, ist Aufgabe der ver.di Jugend und Teil  
214 ihres Selbstverständnisses. Daraus ergibt sich, dass die ver.di Jugend keine Bühne  
215 mit Rechten und Rechtspopulisten teilen wird – weder auf der Straße, noch in Radio  
216 und Fernsehen oder in den Betrieben und Dienststellen.

### 217 Arbeitsaufträge:

- 218 • Die ver.di Jugend soll vermehrt Präsenz auf Demonstrationen gegen Rechts zeigen,  
219 z.B. bei Gegendemonstrationen zu Auftritten rechtspopulistischer Parteien und  
220 anderer diskriminierender Organisationen.
- 221 • Bündnisse mit Organisationen, die selbst segregieren – etwa antisemitische  
222 Tendenzen aufweisen – werden abgelehnt.
- 223 • Die ver.di Jugend setzt sich in der Gesamtorganisation für den Aufbau eines  
224 zentralen Webportals mit Mobil- und Desktopseite ein, die Überblick und  
225 weitergehende Informationen über alle geplanten Aktionen und Veranstaltungen  
226 her- und bereitstellt. Hier soll eine direkte Möglichkeit zur Anmeldung und die  
227 Koordination der Teilnehmenden, Arbeitsmittel, Anreisen etc. bezirksübergreifend  
228 für alle Ebenen erfolgen. Auch sollen dort themenbezogene Bildungsangebote,  
229 bestehende Bündnisse sowie auch ein Grundsatz-Statement der ver.di Jugend zur  
230 antifaschistischen Arbeit zu finden sein (Antifaschistisches Selbstverständnis).
- 231 • Die ver.di Jugend setzt sich ein für eine stärkere Bündnisarbeit auf nationaler  
232 und insbesondere europäischer Ebene, beispielsweise Kooperationen mit dem  
233 Österreichischen Gewerkschaftsbund.

- 234 • Die ver.di Jugend soll vermehrt ihre Öffentlichkeitsarbeit auf den Schwerpunkt  
235 „Klare Kante gegen Rechts“ setzen. Gerade die Sozialen Medien sind geeignet, um  
236 mit der Strahlkraft der Online-Plattformen eine Grundhaltung gegen rechte  
237 Positionen zu vermitteln.

# Antrag F002: Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit! Nein zu Rassismus und Ausgrenzung!

Laufende Nummer: 1194

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 11
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F001
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di startet eine breit angelegte Kampagne gegen Rechts, in Verbindung zum Kampf
- 2 gegen soziale Probleme oder setzt sich hilfsweise im DGB für eine solche ein.
- 3 ver.di entwickelt und produziert Aufklärungsmaterial gegen rassistische Hetze bzw.
- 4 bewirbt bestehende Materialien aktiv zur Verteilung in Betrieben und Dienststellen.
- 5 ver.di sorgt für unmittelbare Schulungen und Vertrauensleutekonferenzen, um die
- 6 Aktiven mit Argumenten zu bewaffnen und die Kampagne konkret in Betrieben und
- 7 Dienststellen umzusetzen. Bestehende Schulungskonzepte wie z.B. "Aktiv im Betrieb"
- 8 werden überprüft, ob diese um entsprechende Inhalte erweitert werden können.
- 9 ver.di Betriebs- und Personalräte sollen die zu entwickelnde Kampagne aktiv auf
- 10 Betriebs- bzw. Personalversammlungen bewerben und die Versammlungen ebenso für
- 11 Mobilisierung zu antirassistischen Demonstrationen nutzen.
- 12 Aktive Mobilisierung zu antirassistischen Demonstrationen und Gegenmobilisierung zu
- 13 Nazi-Aufmärschen, inklusive der Bereitstellung von Bussen bei überregionalen
- 14 Demonstrationen sowie Mobilisierungsflugblättern in den Betrieben und Dienststellen.
- 15 ver.di ist sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung als Gesamtorganisation
- 16 bewusst und beachtet, dass die benötigten Materialien, Bildungsangebote, etc. nicht
- 17 ausschließlich von der ver.di Jugend angeboten werden, sondern gleichermaßen im
- 18 Bereich der Satzungserwachsenen.

## Antrag F003: Rechtsruck entgegenreten!

Laufende Nummer: 1069

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F001
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di tritt dem Rechtsruck geschlossen und aktiv entgegen. Dafür ist eine aktive
- 2 Bündnisarbeit, die Organisation und finanzielle Unterstützung von Demonstrationen und
- 3 Aktionen, sowie antifaschistische Bildungsarbeit nötig. Rechte Bestrebungen in
- 4 Personalrats- und Betriebsratswahlen müssen aktiv unterbunden werden.



## Antrag F004: Wir sind alle ANTIFAschist\*innen!

Laufende Nummer: 1006

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F001
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Sachsen,Sachsen-Anhalt,Thüringen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass sich der ver.di auch zukünftig an antifaschistischen Bündnissen beteiligt und
- 2 vertrauensvoll mit antifaschistischen Gruppen und Organisationen zusammenzuarbeiten.
- 3 Wir sind Teil „der Antifa“. Zu dieser Zusammenarbeit gehört für uns, bei Bedarf und
- 4 im Rahmen unserer Möglichkeiten, Räumlichkeiten für entsprechende Bündnisse zur
- 5 Verfügung zu stellen. Jede Form von Gewalt lehnen wir entschieden ab.
- 6 Als Gewerkschafter\*innen behalten wir uns das Recht des zivilen Ungehorsams jedoch
- 7 ausdrücklich vor.

# Antrag F005: Anti-Rassismus - Klare Positionierung gegen rechtes und unsolidarisches Gedankengut

Laufende Nummer: 1142

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F001
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Für uns als Gewerkschafter\*innen sind Werte wie Solidarität und das Einstehen für die
- 2 Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung,
- 3 Herkunft oder Religion, für die Interessen der Arbeitnehmer/innen, für die Demokratie
- 4 und den Zusammenhalt mit unseren Bündnispartner\*innen essentielle Grundwerte.
- 5 Eingedenk dieser gewerkschaftlichen Grundwerte und der damit einhergehenden Aspekte,
- 6 möge die Mitgliederversammlung beschließen, die genannten Grundwerte zu
- 7 Leitprinzipien jedes Handelns anzuerkennen und eine Zusammenarbeit mit jeglichen
- 8 (insbesondere) rechten Gruppierungen, die sich gegen diesen Wert stellen kategorisch
- 9 auszuschließen. Zu diesen Gruppierungen zählt auch und vor allem die AfD.

## Antrag F006: Unterstützung Antifaschistischer Arbeit

Laufende Nummer: 1099

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend sowie die ver.di als Gesamtorganisation setzt sich weiterhin für
- 2 antifaschistische sowie antirassistische Arbeit ein. Das bedeutet auch, dass
- 3 Gewerkschaftshäuser und Jugendclubs weiterhin als sichere Räume für antifaschistische
- 4 Treffen und antifaschistische Arbeit genutzt werden sollen. Antifaschistische
- 5 Arbeitsgruppen, Koalitionen, Bündnisse sind immer in unseren Gewerkschaftshäusern und
- 6 Jugendclubs willkommen, dies gilt auch für Antirassist\*innen und Antifaschist\*innen,
- 7 welche (noch) nicht gewerkschaftlich organisiert sind.
- 8 ver.di setzt sich weiterhin im DGB dafür ein, dass die oben genannten Positionen
- 9 weiterhin vertreten werden und keine Räume Gruppen, die sich gegen Faschismus und
- 10 Rassismus organisieren, verwehrt werden.
- 11 Mit antifaschistischen Gruppen, die sich in gewerkschaftlichen Räumen bewegen, wird
- 12 ein Austausch angestrebt.

# Antrag F010: Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in ver.di und in der Alternative für Deutschland (AfD) sowie ihr nahestehender und untergeordneter Organisationen und Vereinigungen

Laufende Nummer: 1007

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Eine aktive Mitgliedschaft (d.h. das Bekleiden von Mandaten, Bewerben um ein
- 2 politisches Mandat, sowie Wahlkampf und/oder öffentliche Unterstützung) in der
- 3 „Alternative für Deutschland“ (AfD), ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“
- 4 (JA) oder ihrer sogenannten Gewerkschaften „Arbeitnehmer in der AfD“ (AidA),
- 5 Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer in der AfD (AVA e.V.) und „Alternativer
- 6 Arbeitnehmersverband Mitteldeutschland“ (ALARM) sowie ggf. zukünftig entstehenden
- 7 Organisationen und Vereinigungen, die mit der AfD in Verbindung stehen und/oder
- 8 anderer Parteien und Organisationen die antigewerkschaftliche Haltungen vertritt,
- 9 schließt eine Mitgliedschaft bei ver.di im Sinne der ver.di-Satzung gemäß § 6 Abs. 2
- 10 aus, weshalb diesen Mitgliedern die ver.di-Mitgliedschaft zu entziehen ist.
- 11 Die Satzung ist dahergehend zeitnah und konsequent anzuwenden.
- 12
- 13 Die Bezirke und deren Fachbereiche werden aufgerufen, auf Mitglieder, die im oben
- 14 beschriebenen Sinn für die AfD auftreten, aktiv zuzugehen und das Gespräch zu suchen.
- 15 Dieses Gespräch hat zum Gegenstand, dass die Leitlinien von ver.di mit denen der AfD
- 16 nicht vereinbar sind.

17

Des Weiteren sind ver.di-Mitglieder nicht dazu zu verpflichten, mit Hauptamtlichen

18

zusammenzuarbeiten, die dieser Partei bzw. diesen Organisationen angehören. Dass

19

aufgrund der betriebsinternen Strukturen Zuständigkeiten für gewisse Bezirke oder

20

Fachbereiche bestehen, darf nicht dazu führen, dass Mitglieder gezwungen sind

21

Ansprechpartner\_innen kontaktieren zu müssen, die einer Partei angehören, deren

22

Prinzipien den Grundsätzen von ver.di widersprechen.

## Antrag F011: Klare Kante gegen die AfD

Laufende Nummer: 1068

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F010
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di positioniert sich klar gegen die Politik der AfD und eine möglichst
- 2 flächendeckende Beteiligung an Protestaktionen auf allen Ebenen. Bei der Arbeit gegen
- 3 Rechtspopulismus soll die arbeitnehmer\*innenfeindliche Rolle der AfD künftig in den
- 4 Vordergrund gerückt werden.

## Antrag F012: Was die Frankfurter Eintracht kann, können wir auch - Ausschluss NPD/AFD

Laufende Nummer: 1095

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F010
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Mitglieder der AfD und der NPD werden nach §6 Abs. 2 Satz a und b i.V.m. §5 Abs. 1-3
- 2 der Satzung der Gewerkschaft aus ver.di ausgeschlossen. Die Satzung wird in den
- 3 benannten Zusammenhängen konsequent durchgesetzt.

## Antrag F013: Was die Frankfurter Eintracht kann, können wir auch - Ausschluss NPD/AFD

Laufende Nummer: 1206

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 3
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag F010
<b>Sachgebiet:</b>	F - Gegen Hass, Rassismus und Ausgrenzung
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Menschen, die rassistische, sexistische, homophobe, transfeindliche, antisemitische
- 2 oder andere diskriminierende Äußerungen tätigen oder solche Positionen vertreten,
- 3 sollen aus der Gewerkschaft ver.di gemäß § 6 Abs. 2 Satz a und b i.V.m. § 5 Abs. 1-3
- 4 der Satz ausgeschlossen werden. Ebenfalls ist eine aktive Mitgliedschaft in der
- 5 Alternative für Deutschland /AfD), NPD, 3. Weg, Identitäre Bewegung sowie allen
- 6 Organisationen und Parteien, deren Inhalt und Weltbild diesen nahestehen, mit einer
- 7 ver.di Mitgliedschaft unvereinbar. Aktive Mitgliedschaft umfasst das Bekleiden von
- 8 Mandaten innerhalb der Partei, das Bewerben um ein politisches Mandat im Namen der
- 9 Partei sowie jeglicher Wahlkampf im Namen der erwähnten Parteien oder Organisationen.



# Antrag G001: Jugendtarifarbeit

Laufende Nummer: 1218

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Jugendtarifarbeit ist eine zentrale Aufgabe der ver.di Jugend. Ihr Ziel ist es, durch
- 2 Mobilisierung von Auszubildenden, Dual Studierenden und jungen Beschäftigten die
- 3 Interessen dieser Personengruppen tarifpolitisch durchzusetzen und bessere
- 4 Ausbildungs- und Studienbedingungen zu erreichen. Die Tarifaueinandersetzungen der
- 5 letzten Jahre haben aufgezeigt, dass die elementare Einbeziehung der ver.di Jugend
- 6 nicht nur eine gute Mitgliederentwicklung zur Folge hat, sondern auch maßgeblich für
- 7 die langfristige Motivierung von jungen Kolleg\*innen für gewerkschaftliche Themen und
- 8 den aktiven Einsatz für die eigenen Arbeitsbedingungen ist. Gleichzeitig beeinflussen
- 9 junge und aktive Gewerkschafter\*innen die Organisation ver.di positiv. Die
- 10 Beteiligung der Jugend in Tarifaueinandersetzungen ist in kommenden Tarifrunden
- 11 folglich weiter auszubauen und aktiv zu unterstützen.
- 12 Die Jugendaktivitäten in den letzten Tarifrunden haben auch gezeigt, dass neue Formen
- 13 des Arbeitskampfes – speziell im Rahmen von Streiks – ausgebaut werden müssen.
- 14 Streikaufrufe unterhalb von vier Stunden sind dabei in der ver.di Jugend durchaus
- 15 umstritten: Einerseits kann hierdurch insbesondere in kleineren Betriebs- und
- 16 Verwaltungseinheiten eine stärkere Betriebsnähe gewährleistet werden, andererseits
- 17 ist durch die Kürze der Beteiligung die deren Sinnhaftigkeit kritisch zu beurteilen.
- 18 Ob ganztägig, stundenweise oder über mehrere Tage: Unsere
- 19 Ausgestaltungsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Kooperation mit Bands, die
- 20 Vorgabe eines Mottos oder die Bereitstellung auffälliger Materialien, müssen an die
- 21 aktuellen Begeisterungsanforderungen unserer Mitglieder angepasst werden. Außerdem
- 22 muss die rechtliche Aufklärung rund um das Thema „Arbeitskampf in der Ausbildung bzw.
- 23 im Dualen Studium“ ausgebaut und niedrigschwellig angeboten werden.
- 24 Arbeitsaufträge:
- 25 • Die Forderungsfindung für Tarifrunden stellt ein zentrales Beteiligungselement
- 26 unserer Tarifrunden dar. Um möglichst viele Mitglieder zu erreichen, werden in
- 27 den kommenden vier Jahren Möglichkeiten zur Onlinepartizipation geschaffen und
- 28 den Fachbereichen zur Verfügung gestellt. Hierfür geeignete browserbasierte und
- 29 an mobile Endgeräte angepasste Werkzeuge sollen, wenn möglich, über alle Phasen
- 30 von Tarifrunden hinweg verwendet werden.
- 31 • Die ver.di Jugend entwickelt ihre Angebote der Mitgliederkommunikation weiter,
- 32 um die Ergebnisse und Prozesse von Tarifrunden transparenter zu machen.

33

## 34 **1. Anforderungen an die Jugendtarifkampagnenarbeit**

35 Das Ziel von Jugendtarifkampagnen ist es, fachbereichsübergreifend die Aktivierung  
36 und Beteiligung von Auszubildenden, Dual Studierenden und jungen Beschäftigten in  
37 Tarifrunden zu stärken. Nur durch eine starke Beteiligung – von der Forderungsfindung  
38 bis zum Abschluss – können auch gute Tarifergebnisse für Auszubildenden, Dual  
39 Studierende und junge Beschäftigte erstritten und durchgesetzt werden. Die  
40 Herausforderung liegt darin, Dachkampagnen zu entwickeln, die diese Ziele erfüllen  
41 und gleichzeitig genügend Freiraum für die inhaltliche Ausgestaltung in den  
42 unterschiedlichen Tarifbereichen und Regionen bieten. Die ver.di Jugend benötigt  
43 Dachkampagnen, die in den jeweiligen Tarifrunden einer Dramaturgie folgen und  
44 Möglichkeiten zur tarifbereichsübergreifenden Zusammenarbeit bieten.

45 Für die Erstellung einer jeden Jugendtarifkampagne braucht es einen  
46 beteiligungsorientierten und transparenten Prozess, um eine möglichst breite  
47 Mitwirkung im Entstehungsverlauf zu gewährleisten. Es muss sichergestellt werden,  
48 dass diejenigen Personen, die in den Betrieben und Dienststellen die Tarifarbeit  
49 aktiv mitgestalten, an der Entwicklung und Ausgestaltung ihrer Instrumente beteiligt  
50 sind.

### 51 Arbeitsaufträge

52 • Um die breite Beteiligung von Aktiven im Entstehungsprozess von weiteren  
53 Jugendtarifkampagnen zu gewährleisten, lässt sich der BJV in der Entwicklung der  
54 Jugendtarifkampagnenarbeit von einem Kampagnenrat beraten. Alle Entsandebereiche  
55 sollen dort mit tarifpolitisch aktiven Kolleg\*innen vertreten sein.

56 • Der Bereich Jugend stellt im Kampagnenmanagement sicher, dass es im  
57 Entstehungsprozess der Jugendtarifkampagne eine kreative Auswahl an  
58 Kampagnendesigns gibt.

59 Bei thematisch ausgerichteten Jugendtarifkampagnen – beispielsweise zur Arbeitszeit  
60 oder zu qualitativen Forderungen – stellen der Bereich Jugend und der  
61 Bundesjugendvorstand den fachbereichsübergreifenden Austausch sicher.

62

## 63 **2. Neue Zielgruppen in der Jugendtarifarbeit**

64 Jugendtarifarbeit befindet sich immer im Spannungsfeld zwischen dem  
65 ordnungspolitischen Interesse tariflicher Regelung und der bedingungsgebundenen  
66 Tarifarbeit. Das zeigt sich auch bei der Erschließung neuer Zielgruppen: Zum einen  
67 hat sich die Ausbildungs- und Studienlandschaft in vielen Betrieben und Dienststellen  
68 in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Es kommen immer mehr neue  
69 Ausbildungsformen auf – wie beispielsweise ausbildungs- oder praxisintegrierte Duale  
70 Studiengänge –, die bisher nicht tarifiert sind. Jugendtarifarbeit steht hier vor der  
71 Herausforderung, dem tarifpolitischen Ausfasern von Ausbildung entgegenzuwirken. Zum  
72 anderen gibt es Branchen, in denen untarifizierte Ausbildungen die Regel sind und in  
73 denen sich Jugendtarifbewegungen – wie z.B. #unbezahlt im Gesundheits- und

74 Erziehungswesen – „bottom up“ entwickelt haben.

75 Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die ver.di Jugend in ihrer  
76 Jugendtarifarbeit offen für neue Zielgruppen ist und diese strategisch erschließt.  
77 Folgende sind hier insbesondere ins Auge zu fassen:

78 a) Dual Studierende

79 ver.di hat in einigen Betrieben, Dienststellen und Branchen sowohl praxisintegrierte  
80 als auch ausbildungsintegrierte Dual Studierende tarifiert. Insbesondere bei  
81 Flächentarifverträgen besteht die Gefahr, dass es bei den Betroffenen zu  
82 Unsicherheiten kommt, wenn nur eine der beiden Durchführungswege tarifiert wird. Um  
83 Verwirrung und Ungleichheit zu verhindern, setzen wir uns immer dafür ein,  
84 verschiedene Durchführungswege des Dualen Studiums in einem Tarifbereich gemeinsam zu  
85 tarifieren. Folglich bedarf es einer fundierten Branchen- bzw. Tarifbereichsanalyse,  
86 um Dual Studierende als Zielgruppe zu erschließen: Welche Durchführungswege und  
87 Formen des Dualen Studiums gibt es? Wie ist die betriebliche Situation der Dual  
88 Studierenden? An welchen (Fach-)Hochschulen findet der akademische Teil der  
89 Ausbildung statt?

90 Arbeitsaufträge:

- 91 • In Vorbereitung auf die nächsten Tarifrunden setzt sich die ver.di dafür ein,  
92 dass alle Fachbereiche eine Branchen- bzw. Tarifbereichsanalyse durchführen, um  
93 zu klären, wie groß die Organisierungspotenziale bei Dual Studierenden und  
94 welche Durchführungswege des Dualen Studiums vertreten sind sowie an welchen  
95 (Fach-)Hochschulen der akademische Teil der Ausbildung stattfindet.
- 96 • Die ver.di Jugend nimmt Dual Studierende in ihrer Zielgruppenarbeit (siehe  
97 Leitantrag: Zielgruppenarbeit in der Nachwuchsentwicklung) in den Fokus und  
98 bietet spezifische Ansprachematerialien für Tarifrunden an (z.B. „Streikrecht im  
99 Dualen Studium“).

100 b) Junge Beschäftigte

101 Junge Beschäftigte in der ver.di Jugend sind alle Kolleg\*innen unter 28 Jahren, die  
102 erwerbstätig sind und sich weder in Ausbildung noch im Studium befinden. Ein Großteil  
103 der Mitglieder in der ver.di Jugend entspricht dieser Zielgruppe. Daher ist es in der  
104 Jugendtarifarbeit wichtig, den Blick genauer auf die Bedürfnisse junger Beschäftigter  
105 zu richten. Die Bedürfnisse der Beschäftigten verändern sich mit der Zeit. Ein Fokus  
106 von ver.di sollte sein, alle Interessenlagen der organisierten Mitglieder zu  
107 berücksichtigen. Dies bedeutet, dass Gremienstrukturen an die Altersstrukturen der  
108 Mitglieder angepasst werden müssen; nicht nur, um die Altersstruktur unserer eigenen  
109 Organisation zu verjüngen, sondern auch, weil junge Beschäftigte eine wichtige  
110 Zielgruppe des Arbeitsmarktes sind.

111 Arbeitsaufträge:

- 112 • Darüber hinaus soll sich der Arbeitskreis Tarifpolitik des Bundesjugendvorstands  
113 mit den Problematiken der Forderungsfindung bei jungen Beschäftigten  
114 auseinandersetzen. Hierzu soll ein Konzept entwickelt werden, dass es den

115 innerbetrieblichen Interessenvertretungen ermöglicht, auf moderne und  
116 repräsentative Art Themen und mögliche Forderungen herauszufinden. Eine  
117 frühzeitige Einbindung von jungen, aktiven Beschäftigten in neuen und  
118 vorhandenen Strukturen soll helfen, die besonderen Interessen dieser Mitglieder  
119 herauszustellen und zu vertreten.

120 • Die Interessen von jungen Beschäftigten müssen bei der Forderungsfindung stärker  
121 berücksichtigt werden.

### 122 c) Beamtenanwärter\*innen

123 Die ver.di Jugend sollte Beamt\*innen, die bereits in organisierten Dienststellen  
124 aktiv sind, in die Jugendtarifarbeit miteinbeziehen. Es bedarf verschiedener  
125 Vernetzungsangebote, um die Anliegen dieser Zielgruppe herauszufinden. Beamt\*innen  
126 mit in Tarifrunden einzubinden, kann eine neue Signalwirkung für Tarifbeschäftigte  
127 haben und der Gewerkschaft neue Mitgliederpotenziale eröffnen. Die richtige Ansprache  
128 und die Vermittlung der grundlegenden Handlungsmöglichkeiten spielen hier vorerst die  
129 größte Rolle. Vielen Beamt\*innen in den Dienststellen fehlt das Wissen über ihre  
130 Möglichkeiten und daher handeln sie nicht. Aufklärungsarbeit wird vorerst im  
131 Vordergrund stehen, um Strukturen aufzubauen und zu etablieren. In Bezug auf die  
132 große Konkurrenzsituation dieser Zielgruppe kann ver.di sich hier von anderen  
133 Konkurrenzorganisationen durch Inhalte und Angebote abheben.

134 Voraussetzung, um Beamt\*innen zu aktivieren, sind zielgruppenspezifische Materialien,  
135 Mitmach- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort sowie in Fragen von Beamt\*innen  
136 geschulte Hauptamtliche. Hierbei kommt es vor allem darauf an, Beamt\*innen den Weg  
137 über den Tarifvertrag ihrer Verhandlungsrunde bis zur, im besten Fall, gelungenen  
138 Angleichung der Beamt\*innen an den Tarifvertrag aufzuzeigen. In diesem Zuge sollte  
139 verdeutlicht werden, wie die Besoldung, die wöchentliche Arbeitszeit und  
140 Urlaubsregelungen gesetzlich zustande kommen. Um die Zielgruppe ernsthaft in die  
141 Tarif- und Besoldungspolitik einzubeziehen, ist es unabdingbar, Beamt\*innen und  
142 Anwärter\*innen bereits ab der Forderungsfindung einzubeziehen und ihnen die  
143 Möglichkeit zu bieten, die Inhalte für die wirkungsgleiche Übertragung des  
144 Tarifergebnisses mitzubestimmen. Dieses Ansprachekonzept soll innerbetrieblichen  
145 Interessensvertretungen zur Verfügung gestellt werden, aber auch aktiv bespielt  
146 werden.

147 Darüber hinaus sollten (Fach-)Hochschulen, Studieninstitute oder andere Lernorte für  
148 junge Beamt\*innen als Anspracheorte vor und während der Tarif- und Besoldungsrunden  
149 erschlossen und genutzt werden. Hierzu kann die Vernetzung der gegebenenfalls  
150 vorhandenen Studierendenarbeit hilfreich sein.

151 In allen Fällen sind die tarifpolitischen Rahmenbedingungen zu betrachten,  
152 beispielsweise ob und wie die neuen Zielgruppen in die Tarifrunde integriert werden  
153 können (Flächen-, Branchen- oder Haustarifvertrag). Es ist zu prüfen, ob zusätzliche  
154 Mandate für die neuen Zielgruppen in den entsprechenden (Jugend-)Tarifkommissionen  
155 ermöglicht werden können.

### 156 Arbeitsaufträge:

- 157 • Die ver.di Jugend erstellt mit den betroffenen Bundesfachbereichen ein Konzept  
158 zur Beamt\*innenansprache in Tarif- und Besoldungsrunden.
- 159 • Da junge Beamt\*innen zum Teil gewerkschaftsübergreifende Themen haben, sollte  
160 geprüft werden, ob und wie eine Vernetzung junger Beamt\*innen der verschiedenen  
161 Schwestergewerkschaften (z.B. GEW, GdP) von der ver.di Jugend in Kooperation mit  
162 den Fachbereichen eingerichtet und angeboten werden kann und soll.

163

### 164 3. Qualitative Forderungen in der Jugendtarifarbeit

165 Die tarifpolitische Gestaltung von Ausbildung geht weit über die Höhe der  
166 Ausbildungsvergütung hinaus. Wesentliche Aspekte einer "Guten Ausbildung" sind  
167 tariflich regelbar. Folglich sind in vielen Tarifbereichen Rahmenbedingungen für die  
168 Qualität der Ausbildung, Erholungsurlaub, Ausbildungsquoten, Freistellung für den  
169 Besuch gewerkschaftlicher Seminare oder zur individuellen Prüfungsvorbereitung sowie  
170 die unbefristete Übernahme geregelt. Um gute Ausbildungs-, Arbeits- und  
171 Lebensbedingungen für Auszubildende, Dual Studierende und junge Beschäftigte zu  
172 erreichen, bedarf es jedoch einer breiten Debatte zu möglichen qualitativen  
173 Forderungen wie beispielsweise:

#### 174 a) Lern- und Lehrmittelfreiheit

175 In den meisten Ausbildungsberufen ist es nach wie vor so, dass die Auszubildenden vor  
176 allem die Lernmittel für die theoretischen Phasen – angefangen bei Stiften und  
177 Blöcken, bis hin zu notwendigen Sach- und Lehrbüchern bis hin zu notwendiger Technik  
178 – selbst finanzieren müssen. Dagegen gilt es vorzugehen, da diese Lernmittel für eine  
179 erfolgreiche Ausbildung notwendig sind. Wir sind der Auffassung, dass alle für den  
180 Ausbildungsabschluss erforderlichen Lern- und Lehrmittel vom Arbeitgeber finanziert  
181 werden müssen. Vor allem bei zwingend benötigten oder vorgeschriebenen Lehr- und  
182 Sachbüchern sowie bei elektronischer Ausstattung kommt noch dazu, dass diese zumeist  
183 sehr kostenintensiv sind.

#### 184 b) Arbeitszeit

185 Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend 2018 zeigt, dass Arbeitszeit auch bei  
186 Auszubildenden ein wichtiges Thema ist. So machen knapp ein Drittel der  
187 Auszubildenden regelmäßig Überstunden und über 80 Prozent arbeiten 40 Stunden in der  
188 Woche. Insbesondere dort, wo Auszubildende im Schichtbetrieb integriert sind, kann  
189 die Reduzierung der Arbeitszeit zu einer Verringerung der psychischen und physischen  
190 Belastung führen. Darüber hinaus spielt –, neben der Wochenarbeitszeit für  
191 Auszubildende – vor allem ein gutes Verhältnis von Praxis im Betrieb und Theorie in  
192 der Berufsschule eine wichtige Rolle. Hierbei ist es essentiell, dass im praktischen  
193 Teil der Ausbildung genügend Zeit mit den Ausbilder\*innen zur Verfügung steht und  
194 Lernzeit innerhalb der Arbeitszeit fest vorgesehen ist. Die ver.di Jugend setzt sich  
195 auch zukünftig weiter intensiv mit der tariflichen Gestaltung von Arbeitszeit  
196 auseinander. ver.di verfolgt den Anspruch, eine "lebenslauforientierte Tarifpolitik"  
197 zu gestalten und somit die Interessen von Auszubildenden, jungen Beschäftigten, der  
198 „Sandwich-Generation“ (die Kinder und pflegebedürftige Angehörige haben) sowie

199 älteren Beschäftigten mit gleichem Gewicht in den Blick zu nehmen.

200 c) Ballungsraumzulage

201 Gerade für junge Menschen, die eine Ausbildung in einer Großstadt absolvieren wollen,  
202 ist häufig das größte Hindernis bezahlbaren Wohnraum zu finden. Trotz deutlicher  
203 Lohn- und Vergütungserhöhungen in den letzten Tarifrunden werden diese besonders in  
204 Ballungsgebieten fast vollständig durch Mietsteigerungen aufgeessen. Ein möglicher  
205 Weg, diese Situation zumindest abzumildern, wären tarifliche Ballungsraumzulagen.  
206 Voraussetzung hierfür ist die tarifvertragliche Definition eines Ballungsraums. Es  
207 ist bei der tarifvertraglichen Definition darauf zu achten, dass auch die angespannte  
208 Mietsituation in kleinen Universitätsstädten, Ferien- oder Kurorten berücksichtigt  
209 wird.

210 d) ÖPNV-Ticket und Fahrtkostenzulage

211 Für viele Auszubildende stellt die Finanzierung ihres ÖPNV-Tickets eine enorme  
212 finanzielle Belastung dar. Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt, dass  
213 Auszubildende im Durchschnitt 669 Euro im Jahr für Fahrtkosten im Rahmen ihrer  
214 Ausbildung aufbringen. Insbesondere für Auszubildende, die wegen teurer Innenstadt-  
215 Mieten außerhalb von Ballungsgebieten wohnen, ist die Finanzierung von Monats- und  
216 Jahreskarten über mehrere Verkehrstarifbereiche hinweg ein großer Kostenfaktor.  
217 Ebenfalls anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es die unterschiedlichen  
218 Zugangsbedingungen zu günstigerer Nutzung des ÖPNV zwischen Auszubildenden und Dual  
219 Studierenden auszugleichen gilt: Letztere können durch ein Semesterticket deutlich  
220 leichter und im Verhältnis auch preisgünstiger mobil sein. Hier ist eine  
221 Gleichbehandlung von Ausbildung und Dualem Studium ebenfalls erstrebenswert. Ein  
222 arbeitgeberfinanziertes ÖPNV-Ticket ermöglicht Auszubildenden, sich gesellschaftlich,  
223 kulturell und auch politisch besser einzubringen. An vielen Stellen sticht hervor,  
224 dass Auszubildende insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe  
225 haben als Studierende.

226 Arbeitsaufträge:

- 227 • Die ver.di Jugend erarbeitet in Kooperation mit den Fachbereichen eine  
228 Strategie, die qualitative Forderungen im Jugendbereich bereits in der  
229 Forderungsfindung stärker in den Fokus rückt.
- 230 • Der Bereich Jugend organisiert in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen geeignete  
231 Formate, um einen tarifbereichsübergreifenden Austausch zwischen  
232 Jugendtarifkommissionen und Jugenddelegierten in Tarifkommissionen zu  
233 gewährleisten. Insbesondere soll ein solches Format den Austausch über  
234 qualitative Forderungen und neue Zielgruppen in der Jugendtarifarbeit  
235 gewährleisten.

## Antrag G002: Mentoring Programm Tarifpolitik

Laufende Nummer: 1062

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Um Mitglieder für Verhandlungskommissionen zu schulen und diese Zukunftsfähig zu
- 2 gestalten, wird ein Mentoring Programm entwickelt, welche auch eine Begleitung mit
- 3 eine\*m Mentor\*in einer Verhandlungskommission beinhaltet.

# Antrag G003: Streikrecht während der Berufs- und Hochschulzeit

Laufende Nummer: 1102

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Ver.di setzt sich für eine bundesweit einheitliche Regelung zur Teilnahme an
- 2 Arbeitskampfmaßnahmen während der Berufs- und Hochschulzeit für Auszubildende und
- 3 dual Studierende ein, bei der keine Nachteile durch die Teilnahme für sie an diesen
- 4 entstehen.



# Antrag G004: Ressourcenschonende Verwendung von Tarifrunden-Materialien

Laufende Nummer: 1109

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ein Konzept erstellt werden soll, ob und wie unbenutzte Materialien während den
- 2 Tarifrunden anderen Einheiten zur Verfügung gestellt werden können. Des Weiteren
- 3 sollen Tarifrunden-Materialien rechtzeitig und bedarfsgerecht bestellt werden, damit
- 4 sie an zuvor festgelegten Terminen zur Verfügung stehen.

## Antrag G005: Für eine echte Tarifstrategiekonferenz!

Laufende Nummer: 1139

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 eine echte Tarifstrategiekonferenz auf Bundesebene zu etablieren.
- 2 Hier sollen aus allen Entsendebereichen Delegierte entsendet werden um mit diversen
- 3 Branchen und deren Akteur\*innen die tarifpolitische Ausgestaltung der ver.di Jugend
- 4 zu diskutieren.
- 5 Hierbei soll es nicht nur um die äußerliche Ausgestaltung der zukünftigen
- 6 Tarifikampagnen gehen, viel mehr wird sich mit Arten der Forderungen, abgesehen von
- 7 der prozentualen Lohnerhöhung, auseinander gesetzt um ver.di für unsere (zukünftigen)
- 8 Mitglieder interessanter zu gestalten.
- 9 Wir fordern somit eine echte Mitbestimmung in unserer Tarifarbeit.

# Antrag G006: Ideensammlung für qualitative Jugendtarifforderungen

Laufende Nummer: 1196

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 7
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt, die Einführung einer ehrenamtlichen
- 2 Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Handreichung als Ideensammlung für qualitative
- 3 Jugendtarifforderungen, um diese zu Beginn von Forderungsfindungen als Ideenfundus
- 4 zur Verfügung zu stellen. Bei diesem Prozess sollen die unterschiedlichsten
- 5 Tarifbereiche abgebildet und beteiligt werden.

## Antrag G007: Übernahme zum Thema machen

Laufende Nummer: 1122

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nord
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nord

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Ver.di setzt das Thema unbefristete Übernahme von Auszubildenden wieder stärker in
- 2 den Fokus. Es wird angeregt dies als Thema für die zukünftigen Aktionswochen zu
- 3 setzen.

# Antrag G008: Nächste bundesweite Kampagne basierend auf historischen Bannern und Plakaten

Laufende Nummer: 1230

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirks-Jugendkonferenz Berlin/Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 sich dafür einzusetzen, dass die nächste bundesweite Jugendtarifkampagne auf der
- 2 Grundlage von historischen Gewerkschaftsbannern und -plakaten erstellt wird.

# Antrag G009: Diskriminierungsfreie Tarifpolitik in ver.di!

Laufende Nummer: 1113

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Diskriminierungsfreie Tarifverträge sind in ver.di auf Grund ihres demokratischen
- 2 Grundverständnisses geboten. Es gilt darauf zu achten, dass niemand auf Grund der
- 3 Geschlechtszugehörigkeit, ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung,
- 4 Alter, sexuelle Selbstwahrnehmung oder sexuellen Ausrichtung benachteiligt wird. Einer
- 5 Tarifpolitik, die gesellschaftliche Spaltungstendenzen fördert und Menschen bzw.
- 6 Gruppen von Beschäftigten ausgrenzt oder benachteiligt erteilt ver.di eine klare
- 7 Absage.

# Antrag G011: Zielgruppenarbeit in der Nachwuchsentwicklung

Laufende Nummer: 1225

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Brisanz und Herausforderungen der Zielgruppenarbeit in der Nachwuchsentwicklung
- 2 sind auf einem historischen Hoch.
- 3 Brisanz hat die Frage einer erfolgreichen Nachwuchsarbeit durch die Altersverteilung
- 4 der ver.di-Mitgliedschaft gewonnen. 63 Prozent der ver.di Mitglieder sind 50 Jahre
- 5 oder älter (Stand Ende September 2018). Hundertausende der Mitglieder werden in den
- 6 nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Damit geht gewerkschaftliche
- 7 Organisationsmacht in den Betrieben verloren. Gewerkschaftliche Strukturen werden
- 8 geschwächt, die Durchsetzungsmacht in Tarifauseinandersetzungen schwindet.
- 9 Herausfordernd wurde die Zielgruppenarbeit, weil die Zielgruppen sich
- 10 ausdifferenziert haben. War in vergangenen Jahrzehnte die Ausbildung für die
- 11 deutliche Mehrheit eine Generation der Regelfall, gibt es seit dem Jahr 2009 erstmals
- 12 mehr Studierende als Auszubildende. Über 100.000 dual Studierende sind in über 1.500
- 13 Studiengängen eingeschrieben. Zudem entstehen neue Ausbildungsberufe außerhalb des
- 14 Geltungsbereichs des Berufsbildungsgesetzes und damit oftmals außerhalb des
- 15 Geltungsbereiches von Tarifverträgen.
- 16 Die Zielgruppenarbeit von ver.di muss diese Änderungen der Ausbildungs- und
- 17 Studienlandschaften nachvollziehen, um eine erfolgreiche Nachwuchsarbeit für die
- 18 Verjüngung der Organisation zu leisten. Die Nachwuchsförderung ist eine Aufgabe der
- 19 Gesamtorganisation. Dabei soll eine konfliktorientierende Organisation
- 20 handlungsleitend sein:
- 21 **Studierende**
- 22 Universitäten und Hochschulen haben viel Potenzial junge Menschen früh zu
- 23 organisieren. In den Bezirken sollten die Fachhochschulen, denen Dual Studierende aus
- 24 „Schwerpunkt-Betrieben“ ausgebildet werden, stärker in der Ansprache berücksichtigt
- 25 werden. Hierfür müssen Voraussetzungen zur Schwerpunktsetzung geklärt werden:
- 26 beispielsweise mit welchem Fachbereich zusammengearbeitet wird, weil sich dort
- 27 besonders viele Studierende mit Berufsfeldern befinden, die in einer bestimmten
- 28 Branche tätig sein werden. Ziel muss es sein auch Hochschulen und Universitäten für
- 29 die gezielte fachspezifische Ansprache zu nutzen: Zum Beispiel können Studierende der
- 30 sozialen Arbeit zielgerichtet mit Informationsveranstaltungen zum Berufseinstieg
- 31 angesprochen und für ver.di gewonnen werden. Die Zusammenarbeit der Fachbereiche mit
- 32 der Jugend ist für diese fachspezifische Ansprache von entscheidender Bedeutung.

33 Langfristig muss die Studierendenarbeit fachbereichsübergreifenden angesiedelt und  
34 koordiniert werden. Gerade für einen guten Zugang zu den Hochschulen ist ein  
35 abgestimmtes Vorgehen mit klaren Verantwortungen eine Voraussetzung. Dabei soll auch  
36 auf die Strukturen der DGB Jugend und des DGB zurückgegriffen werden. Die DGB-  
37 Hochschulinformationsbüros sollen beworben und genutzt werden, um zum einen die  
38 Informationen dieser besser zu bewerben und zum anderen ver.di dort stärker in den  
39 Fokus zu rücken.

#### 40 **Schüler\*innen**

41 Die Ansprache von Schüler\*innen liegt als klassische Vorfelddarbeit weiterhin im  
42 Verantwortungsbereich der DGB.

#### 43 Forderung:

- 44 • Die DGB Jugend wird aufgefordert, Schultouren und Projektstage zu entwickeln und  
45 durchzuführen.
- 46 • Der DGB/die DGB Jugend wird aufgefordert, hochwertiges Lehrer\*innenmaterial  
47 sowie Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

#### 48 **Auslerner\*innen**

49 Im Jahr 2017 sind 15.210 Auszubildende in ver.di eingetreten. Auf der anderen Seite  
50 haben aber auch 3.199 ihre Gewerkschaft verlassen. Besonders das Ausbildungsende  
51 stellt hier eine kritische Phase dar. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)  
52 entfällt als Ansprechpartner. Bei einer Übernahme steigt der Gewerkschaftsbeitrag.  
53 Bei einem Betriebswechsel, einer Vollzeitweiterbildung, Arbeitslosigkeit oder einem  
54 Studium entfällt oftmals der offensichtliche Bezug zu ver.di.

#### 55 Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen

- 56 • Um dem entgegenzuwirken soll ein Konzept zur Auslernenden-Ansprache entwickelt  
57 werden, welches in allen Schwerpunktbetrieben zur Anwendung kommt. Es soll eine  
58 betriebliche Ansprache der Auslernenden enthalten, welche von Fachbereich und  
59 Jugend gemeinsam durchgeführt wird. Das bietet auch den betrieblichen  
60 Interessenvertreter\*innen und Vertrauensleuten die Möglichkeit als kompetente  
61 Ansprechpartner\*innen in Erscheinung zu treten.
- 62 • In den Auslerner\*innenrunden sollen die verschiedenen Themen der Auszubildenden  
63 (Eingruppierung bei Übernahme, Weiterbildungsmöglichkeiten,  
64 Studienmöglichkeiten, etc.) behandelt werden und dabei die spezifischen Angebote  
65 und Leistungen von ver.di vorgestellt werden.



# Antrag G012: Ansprachekonzept für junge Beamt\*innen

Laufende Nummer: 1024

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G011
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di erstellt ein betriebliches sowie schulisches (hochschul- bzw.
- 2 fachhochschulbezogenes) Ansprachekonzept für junge Beamt\*innen. Dieses wird 3-stufig
- 3 aufgebaut.

# Antrag G013: Was hat uns groß gemacht? - betriebliche Präsenz stärken

Laufende Nummer: 1115

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nord
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G011
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nord

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll sich wieder mehr auf die Unterstützung der betrieblichen Arbeit vor Ort
- 2 fokussieren. Hier liegt aus unserer Sicht das Potenzial der negativen
- 3 Mitgliederentwicklung effektiv entgegen zu wirken. Es muss wieder in die Betriebe
- 4 transportiert werden, dass wir kein reiner Dienstleister für unsere Mitglieder sind,
- 5 sondern die unterstützende Struktur für betriebliche Akteure, die sich aktiv für die
- 6 Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen wollen.
- 7 Hierfür müssen wir unsere Arbeit in den Betrieben transparenter gestalten. Dabei
- 8 kommt natürlich den gewerkschaftlich aktiven Beschäftigten in ihren Betrieben eine
- 9 wichtige Rolle zu. Alle betrieblichen Interessenvertretungen und vorhandene
- 10 Vertrauensleutestrukturen sollen wieder motiviert werden eigenständig in ihrer
- 11 Funktion und eigener gewerkschaftlichen Haltung auf den Fluren Präsenz zu zeigen. Der
- 12 direkte Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen sollte die Basis unserer Engagements
- 13 sein.
- 14 Wenn wir in Betrieben Erfolge erkämpft haben, müssen es auch die aktiven Kollegen
- 15 sein, die diese Veränderungen für die Beschäftigten transparent machen. Hier müssen
- 16 wir Aktionen planen, die unsere Zielgruppen ansprechen und motivieren sich ebenfalls
- 17 zu engagieren.
- 18 Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort müssen wir die betrieblichen
- 19 Themen und Probleme stärker skandalisieren. Das kann nur funktionieren, wenn hiermit
- 20 auch eine betriebsinterne Vernetzung vorangetrieben wird. Vertrauen und Präsenz sind
- 21 die Voraussetzungen für eine erfolgreiche betriebliche Arbeit und somit auch für
- 22 positivere Mitgliederentwicklungen.
- 23 Wenn wir Probleme im Betrieb thematisieren, dann sollte dies auf einer persönlichen
- 24 und emotionalen Ebene passieren. Wir sollten keine Stellvertreter-Politik forcieren,
- 25 sondern mit den Betroffenen die Themen bewegen. Deren Wünsche und Befürchtungen
- 26 sollten Veränderungsprozesse gestalten.
- 27 Hierfür ist ein Konzept mit konkreten Handlungsschritten zu erstellen.
- 28 **Material zum Antrag beschlossen:**
- 29 "die Götter und Göttinnen der Arbeit" als Identifikationskampagne von ver.di
- 30 aufzubauen. Eine entsprechende Kampagne inklusive eines Designs ist zu entwickeln.

31 Azubis on Top

32 Die Landesbezirksjugendkonferenz beschließt:

33 dass Auszubildende und ihre betrieblichen Interessensvertretungen die freie  
34 Urlaubsplanung für Auszubildende erneut stärker zum Thema machen.

35 Generell soll verstärkt auf die Einhaltung von bereits existierenden  
36 ausbildungsrelevanten Regelungen aus Gesetzen, Tarifverträgen und Betriebs- und  
37 Dienstvereinbarungen durch ver.di hingewirkt werden.

38 Betriebliche Interessensvertretungen sollen verstärkt auf diese sensibilisiert  
39 werden. Hierfür sollen Seminare, Infomaterialien etc. überarbeitet und unter die  
40 Mitglieder gebracht werden. Ziel ist es, Mitglieder (und jene, die es werden wollen)  
41 über ihre Rechte aufzuklären und ihr Rollenverständnis  
42 zu stärken und im Betrieb durchzusetzen.

# Antrag G014: Systematische Ansprache an Universitäten, Hochschulen und Dualen Hochschulen

Laufende Nummer: 1082

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di beschließt, dass die systematische Ansprache der ver.di Jugend auch für
- 2 Erstsemester-Studierende an den Universitäten, Hochschulen und Duale Hochschulen
- 3 durchgeführt wird. Der Fokus soll hier besonders auf ver.di spezifische Studiengänge
- 4 liegen. Dazu sollen die Gewerkschaftssekretär\*innen Jugend und Fachbereichen, in
- 5 deren Zuständigkeitsbereichen Universitäten liegen, einen Fahrplan und ein Targeting
- 6 entwickeln. Zielmarke ist eine Erhöhung der studierenden Mitglieder um mindestens
- 7 20%. Ein notwendiges Mittel wäre es, zusätzliche Stellen im Bereich der Jugend zu
- 8 schaffen.

# Antrag G015: Eine stärkere Fokussierung auf den Berufszweig Soziale Arbeit

Laufende Nummer: 1018

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend fordert eine Fokussierung auf „Soziale Arbeit“ mit bundes- und
- 2 landesweiten Kampagnen in den Bundesländern, in denen das noch nicht geschehen ist
- 3 und einen Ausbau dort, wo es bereits Kampagnen gibt.

# Antrag G020: Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung setzen!

Laufende Nummer: 1055

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di möge beschließen, dass die kommenden vier Jahre genutzt werden, um eine neue,
- 2 gut vorbereitete Offensive zur Verkürzung der (Wochen-) Arbeitszeit bei vollem Lohn-
- 3 (und ggf. Personal-) ausgleich zu starten.
- 4 Hierfür sollen:
- 5 - frühzeitig Bedarfserhebungen zum Thema Arbeitszeitmodelle/Arbeitszeitverkürzung
- 6 unter Mitgliedern (& ggf. auch Nichtmitgliedern) durchgeführt werden,
- 7 - Informationsveranstaltungen zu vergangenen Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung (ggf.
- 8 konzipiert) und in der Fläche angeboten werden,
- 9 - Diskussionen über die Ergebnisse der Bedarfserhebung sowie über sinnvolle
- 10 Forderungen, Ansatzpunkte, Kampagnen und deren politische Begleitung auf allen Ebenen
- 11 (inklusive der betrieblichen) initiiert und koordiniert zusammengeführt werden,
- 12 - Austausch von Erfahrungen und Plänen mit den DGB-Gewerkschaften – insbesondere der
- 13 IG Metall – gesucht und gemeinsame Kampagnen bzw. gegenseitige Unterstützung oder
- 14 Bezugnahme koordiniert werden.
- 15 - Durch eine erweiterte Mitbestimmung der Betriebs- / Personalräte müssen
- 16 Leistungsverdichtung verhindert und neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen
- 17 werden.

# Antrag G022: Arbeitszeitverkürzung zum Gegenstand einer gesellschaftspolitischen Kampagne machen

Laufende Nummer: 1100

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Ver.di beschließt: Gewerkschaftsrat gemeinsam mit dem Bundesjugendvorstand werden
- 2 aufgefordert, das Thema Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und
- 3 Personalausgleich zum Gegenstand einer breit- und inhaltlich tiefangelegten
- 4 gesellschaftspolitischen Kampagne zu machen, um daraus eine Kernforderung für
- 5 zukünftige Tarif-Verhandlungen zu entwickeln. Es gilt, einen langwierigen Prozess ins
- 6 Werk zu setzen, dessen Ziel darin bestimmt ist, dass der 4-Stunden-Regelarbeitstag
- 7 bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf der Grundlage von maximal fünf
- 8 Arbeitstagen pro Woche erstritten wird. Wir schließen weiterhin eine gesetzliche
- 9 Regelung hierbei nicht aus.

# Antrag G023: Digitalisierung muss zu Arbeitszeitverkürzung führen

Laufende Nummer: 1092

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G020
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Digitalisierung darf nicht zu Stellenabbau führen. Produktivitätssteigerungen werden
- 2 durch Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich an die Belegschaft
- 3 weitergegeben.
- 4 Dies muss in den Tarifverhandlungen der betroffenen Bereiche berücksichtigt werden.



# Antrag G026: Abkehr von prozentualen Einkommenssteigerungen

Laufende Nummer: 1138

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Organisation soll sich bei der Mitgliederdiskussion zur Forderungsfindung in den
- 2 Betrieben und Dienststellen aktiv für die Abkehr von prozentualen Steigerungen der
- 3 Einkommen einsetzen. Stattdessen soll auf eine Forderung von Festbeträgen
- 4 hingearbeitet werden.

## Antrag G027: TVStud für alle

Laufende Nummer: 1209

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 5
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di unterstützt und setzt sich für Tarifikampagnen studentischer Beschäftigter,
- 2 studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte für gute und faire
- 3 Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein! Ein Ziel ist die Übernahme studentischer
- 4 Beschäftigter in die entsprechenden Tarifverträge.

# Antrag G031: Tarifvertrag Ausbildungsqualität

Laufende Nummer: 1202

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 3
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag G031-Ä001
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Bundesjugendkonferenz möge beschließen, das sich der Bundesjugendvorstand für die
- 2 Durchsetzung eines Tarifvertrages Ausbildungsqualität in allen Fachbereichen und
- 3 Branchen einsetzt.

## Antrag G033: Weiterbildung für alle

Laufende Nummer: 1140

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 In kommenden Tarifaueinandersetzungen auf die Verankerung von Festen Bildungstagen
- 2 für Beschäftigte hinzuwirken. Gerade dort wo es nach wie vor keine gesetzliche
- 3 Bildungszeit gibt, können damit notwendige Weiterbildungen für Beschäftigte
- 4 realisiert werden. Auch die Inanspruchnahme von Bildungstagen könnte erhöht werden,
- 5 da die Information darüber dann einer breiteren Masse zustünde. Die Themen der
- 6 Seminare/Weiterbildungen müssen von den Beschäftigten selbst gewählt werden können
- 7 und von Arbeitgeber\*innen finanziell getragen werden.
- 8 Durch die sich zunehmend schneller verändernden Bedingungen unserer Arbeitswelt,
- 9 müssen Arbeitnehmer\*innen öfter für neue Anforderungen weitergebildet werden. Auch
- 10 braucht es neue "Softskills" wie das lebenslange Lernen, die Selbstorganisation von
- 11 Arbeitszeit- und Raum und vielem mehr.

# Antrag G034: Aufnahme der Jugendtarifkommissionen als satzungsgemäße Gremien

Laufende Nummer: 1200

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 7
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Änderung des § 68 der ver.di Satzung (Tarifarbeit).
- 2 In § 68 der ver.di Satzung werden in Nr. 2 als neue Sätze 3 bzw. 4 angefügt:
- 3 Sind von dem Geltungsbereich der abzuschließenden Tarifverträge Kolleg\*innen gemäß §
- 4 60 Nr. 4 betroffen ist eine Jugendtarifkommission zu bilden. Für diese gilt § 68 Nr.
- 5 3 und 5.
- 6 Als neue Nr. 5 wird angefügt:
- 7 Jugendtarifkommissionen beraten die für den Geltungsbereich des Tarifvertrages
- 8 zuständige Tarifkommission und sind in dieser mit stimmberechtigten Mandaten
- 9 vertreten.

# Antrag G036: Den BJTK-Mitgliedern eine Stimme in der BTK geben

Laufende Nummer: 1137

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die vom Gewerkschaftsrat erlassene Richtlinie zur Zusammensetzung der BTK ö.D. wird
- 2 dahingehend verändert, dass alle Mitglieder der Jugendtarifkommissionen
- 3 gleichberechtigt ein Stimmrecht innerhalb der Tarifkommissionen haben.

# Antrag G039: Bündnispartnerschaft der Initiative Krankenhaus statt Fabrik

Laufende Nummer: 1205

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 3
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend und ver.di wird offizieller Bündnispartner der Initiative
- 2 „Krankenhaus statt Fabrik“.

# Antrag G042: Internationale Arbeit der ver.di Jugend

Laufende Nummer: 1223

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment

Die Konferenz möge beschließen:

1 Die Spielräume von Unternehmen enden schon lange nicht mehr an Landesgrenzen.  
2 Wertschöpfungsketten sind international aufgestellt. Waren und Dienstleistungen  
3 werden über Landesgrenzen hinweg produziert bzw. verkauft. Und auch  
4 Arbeitnehmer\*innen sind zunehmend in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden.  
5 Sie sind mobil und werden im „Wettbewerb der Löhne“ leider auch gegeneinander  
6 ausgespielt. Es ist anzunehmen, dass die Digitalisierung diesen Prozess weiter  
7 beschleunigt.

8 Die internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit ist folglich nicht nur ein  
9 Instrument, um der gewerkschaftlichen Arbeit zusätzliche Vielfalt zu verleihen. Wie  
10 beispielsweise die Auseinandersetzungen bei Ryanair 2018 zeigen, ist internationale  
11 gewerkschaftliche Zusammenarbeit eine Voraussetzung für gewerkschaftliche Erfolge in  
12 globalisierten Unternehmen bzw. Branchen. Ebenso ist sie ein Mittel, um den  
13 interkulturellen Austausch wie auch die Vernetzung zwischen Schwestergewerkschaften  
14 zu unterstützen.

## 15 **Zusammenarbeit mit der DGB Jugend**

16 Die Internationale Arbeit der ver.di Jugend soll weiterhin im AK Internationale der  
17 DGB Jugend stattfinden. Dabei soll diese intensiviert werden. Insbesondere soll eine  
18 stärkere Rückkopplung in den Bundesjugendvorstand erfolgen. Ein besonderes Augenmerk  
19 soll auf einen Austausch und Wissenstransfer von Organizing-Strategien gelegt werden.

## 20 **Austausch mit EU- Schwestergewerkschaften**

21 Die Betreuung und Finanzierung der fachbereichsspezifischen internationalen  
22 Gewerkschaftszusammenschlüsse (z.B. ITF, UNI, PSI) liegt bei den betroffenen  
23 Fachbereichen. Dennoch soll der Erfahrungsaustausch (insbesondere bei international  
24 agierenden Unternehmen) mit europäischen Schwestergewerkschaften koordiniert werden.  
25 Die Zusammenarbeit von Betrieben über die Landesgrenzen hinweg ist vor allem sinnvoll  
26 und zielführend, um Streikaktionen zu organisieren, wie zum Beispiel in der  
27 Vergangenheit bei Ryanair oder Amazon. Diese Potenziale sollen stärker genutzt  
28 werden.

## 29 Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend

- 30 • Der Bereich Jugend in der Bundesverwaltung soll dazu regelmäßig Abfragen bei den  
31 Jugendkoordinator\*innen der Bundesfachbereiche durchführen. Die ver.di Jugend  
32 ist pro-europäisch ausgerichtet und setzt sich für eine soziale Europäische  
33 Union ein, wie es bereits in D041 der Bundesjugendkonferenz 2015 und in K109 auf



34 dem Bundeskongress 2015 beschlossen wurde. Diese Positionierung ist aber noch  
35 nicht breit in unserer Mitgliedschaft verankert.

#### 36 Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend

- 37 • Um dies zu ändern soll der Bundesteamendenarbeitskreis des ver.di  
38 Bundesjugendvorstands Bildungsangebote zum Thema „Europa“ erstellen.
- 39 • Darüber hinaus sollen entsprechende (Jugend)Bündnisse und -begegnungen verstärkt  
40 genutzt werden.

#### 41 **Israelaustausche**

42 Die Austausche zwischen der israelischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung haben  
43 eine lange Tradition. Deshalb ist es notwendig, dass auch in der Zukunft qualitativ  
44 hochwertige Austausche angeboten werden, die sowohl ein gemeinsames Erinnern und  
45 Gedenken an die Shoa als auch einen aktuellen politischen und gewerkschaftlichen  
46 Austausch ermöglichen.

#### 47 Forderungen:

- 48 • Die ver.di Jugend wird sich in der DGB Jugend dafür einsetzen, einen Prozess für  
49 die Verbesserungen der Israel-Austausche zu organisieren.

## Antrag G043: ver.di Jugend in Europa

Laufende Nummer: 1151

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G042
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 die Vernetzung zu anderen Jugendverbänden und Gewerkschaften innerhalb Europas weiter
- 2 auszubauen. Ob durch gemeinsame Projekte/Bündnisse oder den direkten Austausch im
- 3 Rahmen von Bildungsreisen. So wie Unternehmer\*innen es längst tun, müssen auch wir
- 4 als Gewerkschaftsjugend uns besser mit unseren Nachbar\*innen austauschen und ggf.
- 5 zusammenarbeiten. Die Organisation und Austauscharbeit ist hierbei auf der
- 6 Landesebene anzusiedeln.

## Antrag G044: Solidarität mit US-Gewerkschaften

Laufende Nummer: 1039

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G042
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di solidarisiert sich mit amerikanischen Arbeitnehmer\_innen und intensiviert
- 2 seine Kooperationsmöglichkeiten mit amerikanischen Schwestergewerkschaften.
- 3 Hierzulande nutzt ver.di ihren Einfluss innerhalb deutscher Konzerne, um Druck gegen
- 4 solche Konzerne aufzubauen, welche im Ausland aktiv gegen die Einflussnahme von
- 5 Gewerkschaften agieren.

# Antrag G045: Solidarität mit den Beschäftigten der Hotellerie und Gastronomie

Laufende Nummer: 1093

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	G - Tarifpolitik und Empowerment
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Hotellerie und Gastronomie,
- 2 die von der geplanten Arbeitszeitgesetzänderung betroffen sind.

# Antrag H001: Barrierefreie Gebäude bei Neubauten und Renovierungen

Laufende Nummer: 1019

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Wenn ver.di Bauwerke baut, mietet oder renoviert, fordern wir, dass auf
- 2 Barrierefreiheit geachtet oder diese nachträglich geprüft wird.

# Antrag H002: Jugendbildungsarbeit – Ein Garant für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Laufende Nummer: 1227

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend vertritt die Interessen der jungen ver.di Mitglieder aus allen
- 2 Fachbereichen und Landesbezirken. Um diese Interessen weiterhin adäquat vertreten zu
- 3 können, ist es unabdingbar einen zentralen Ort zu haben, an dem Austausch, Vernetzung
- 4 und Bildungsarbeit für und mit der Jugend stattfinden kann. Unsere zentrale
- 5 Jugendbildungsstätte in Naumburg ist daher elementarer Bestandteil der ver.di Jugend
- 6 und für die Nachwuchsentwicklung von ver.di.
- 7 Der demografische Wandel betrifft die ver.di ebenso wie andere Organisationen. Es ist
- 8 also von größter Bedeutung die Jugend innerhalb der Organisation zu fördern, um dem
- 9 demografischen Wandel innerhalb der Gewerkschaft entgegen treten zu können und junge
- 10 Mitglieder zu motivieren sich bei ver.di zu engagieren.
- 11 **1. Unsere Jugendbildungszentrale ist das A und O**
- 12 Die Jugendbildungsarbeit der ver.di Jugend ist ein maßgeblicher Bestandteil beim
- 13 Überzeugen und schließlich Gewinnen von neuen Menschen, die in unserer Gewerkschaft
- 14 aktiv werden wollen. Durch unsere Jugendbildungsarbeit wird ein wichtiger Grundstein
- 15 gelegt, jungen Aktiven das nötige Know-How zu vermitteln, um unsere
- 16 gewerkschaftlichen Interessen qualitativ vertreten zu können. Wir entwickeln
- 17 (empowern) damit unseren gewerkschaftlichen Nachwuchs, der für eine Zukunft mit
- 18 besseren Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen unverzichtbar ist. Aber
- 19 wichtiger noch ist, dass hierdurch die Chance geschaffen wird sich auszutauschen und
- 20 sich persönlich weiter zu entwickeln, um den richtigen Platz in unserer Organisation
- 21 und auch in der Gesellschaft zu finden!
- 22 Die Jugendbildungsstätte Naumburg fördert dies beispielsweise durch ihre
- 23 zielgruppenorientierte Ausrichtung. Schon beim Planen der Anreise wird klar, dass die
- 24 Bildungsstätte mitten in Deutschland liegt und somit eine Anreise auch per Bahn mit
- 25 einem nicht zu hohen Aufwand verbunden ist. Der wichtigere Punkt ist allerdings, dass
- 26 es die Bildungsstätte der Jugend ist! Und nicht nur die Einrichtung und das
- 27 Freizeitangebot sind auf die Zielgruppe „Jugend“ abgestimmt, sondern auch das
- 28 Personal ist genau darauf ausgerichtet mit der Zielgruppe „Jugend“ zu agieren.
- 29 Aufgrund dieser Tatsache lässt die Bildungsstätte jungen Menschen mehr Freiraum sich
- 30 mit ihr zu identifizieren.
- 31 Die perfekt abgestimmte Zielgruppenorientierung der Bildungsstätte ist essentiell für

32 die freie Entfaltung der Teilnehmenden. Den jungen Mitgliedern wird Raum gegeben sich  
33 unter Gleichaltrigen auszuprobieren und sich zu organisieren, womit die Kommunikation  
34 und der Austausch untereinander offener und kreativer wird. Vor allem zur  
35 Sicherstellung eines fachbereichs- und landesbezirksübergreifenden Austausches hat  
36 sich die Jugendbildungsstätte Naumburg bestens bewährt! Es ist wichtig, dass dieser  
37 Austausch in einem Umfeld aus Gleichaltrigen stattfindet und dies in einem Haus  
38 geschieht, dass auf diese Zielgruppe eingestellt ist, da junge Mitglieder so ein  
39 Gefühl der Sicherheit vermittelt bekommen und sich dadurch in einem Umfeld bewegen,  
40 in dem sie Fehler machen dürfen., denn Naumburg ist das „Wohnzimmer“ der ver.di  
41 Jugend.

42 In unseren Seminaren, wie auch in der Gremienarbeit im Haus ist die  
43 Zielgruppenorientierung auch inhaltlich ein Schwerpunkt. Nicht nur, dass Seminare  
44 sich auf die Lebensrealitäten der jungen Menschen beziehen und speziell auf deren  
45 Persönlichkeitsentwicklung zugeschnitten sind. Auch ist es ein wichtiger Bestandteil  
46 Gremien darauf vorzubereiten ihre Arbeitsinhalte an junge Nachfolger\*innen abzugeben.  
47 Im Jugendbereich herrscht naturbedingt eine größere Fluktuation als in den anderen  
48 Bereichen unserer Organisation, somit ist Naumburg ein wichtiger Bestandteil um neue  
49 Aktive qualifiziert einzuarbeiten. Hierbei sind auch die JuSiE-Jahrgänge  
50 (Jugendsektretäre\*innen in Einarbeitung), die ihre Ausbildung in Naumburg  
51 absolvieren, elementar wichtig. In Naumburg findet eine erste Vernetzung mit  
52 Ehrenamtlichen statt und sie werden ausgebildet und qualifiziert, um die genannten  
53 Punkte weiter in ihre Gremien zu tragen.

54 Die Jugendbildungsstätte ist allerdings nicht nur wichtig für unsere Bildungsarbeit,  
55 sie ist auch ein Treffpunkt für unsere Jugendgremien, die auf Bundesebene agieren.  
56 Nicht nur der BJV, BTAK und AK TaPo treffen sich regelmäßig in Naumburg, um hier ihre  
57 Sitzungen abzuhalten; Naumburg ist zudem die zentrale Anlaufstelle vieler  
58 Fachbereichsjugendvorstände. Auch unsere bereits aktiven Mitglieder schätzen die  
59 zentrale Lage der Bildungsstätte und deren Zielgruppenorientierung.

60 Mit „Jugend im Fokus“ wurde 2015 beschlossen, dass der Fokus der Organisation  
61 verstärkt auf die Personengruppe Jugend gelegt werden muss. Das ist zum einen wichtig  
62 für die Organisation um dem demografischen Wandel zu begegnen und zum anderen  
63 wichtig, weil die Jugend die Zukunft der Gewerkschaft ist. Der Nachwuchsförderung  
64 innerhalb der Organisation muss höchste Priorität zugesprochen werden, denn auch  
65 zukünftig soll ver.di eine starke Gewerkschaft bleiben. Somit ist Naumburg zentraler  
66 Bestandteil des Empowerments innerhalb der ver.di Jugend.

67 Neben den Seminaren ist Naumburg allerdings auch wichtiger Bestandteil der  
68 Jugendbildung, wie auch Konzeptarbeit. Der BTAK und die zentralen Teamenden, die sich  
69 regelmäßig in Naumburg treffen, entwickeln von diesem Standpunkt neue Konzepte für  
70 die Jugendbildungsarbeit und setzen damit die Schwerpunkte der ver.di Jugend um, um  
71 u.a. neue Aktive Menschen zu gewinnen und die Aktiven Mitglieder in ihrer politischen  
72 Arbeit zu unterstützen/zu bilden. Auch durch das jährliche Bildungsplanungstreffen,  
73 dass in Naumburg stattfindet, werden alle Landesbezirke, wie die Fachbereiche in die  
74 Bildungsarbeit des Hauses eingebunden. Durch dieses Vorgehen ist eine strukturierte  
75 und bedarfsorientierte Bildungsarbeit auf Bundesebene gewährleistet und jeder

76 Landesbezirk, sowie Fachbereich wird eingebunden.

77 **2. Neue Anforderungen an unsere Jugendbildungsstätte**

78 Naumburg kann eine gute Auslastungsquote vorweisen und steht wirtschaftlich gut da.

79 Jedoch nehmen die Anfragen für Einzelzimmer stetig zu und es wird deutlich, dass  
80 dieser Standard ein wichtiger Faktor für Teilnehmende bzw. potentiell Teilnehmende  
81 ist. Für die Auslastung des Hauses und um allen Anfragen bedürfnisorientiert gerecht  
82 zu werden, ist es wichtig, dass Naumburg attraktiver wird. Um den Anforderungen  
83 unserer Zielgruppe gerecht zu werden, fordern wir:

- 84 • Jugendbildungsarbeit muss einen zentralen Stellenwert in ver.di haben
- 85 • Naumburg ist die zentrale Jugendbildungsstätte der ver.di
- 86 • Keinen Investitionsstau für unsere Jugendbildungsstätte



## Antrag H003: Rahmenprogramme ver.di b+b Seminare

Laufende Nummer: 1171

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di als Organisation darauf hinwirkt, dass bei ver.di b+b attraktivere
- 2 Rahmenprogramme für Seminare angeboten werden, um mehr Auszubildende, dual
- 3 Studierende und junge Beschäftigte für ver.di b+b Seminare zu begeistern.

## Antrag H004: Erweiterung BR Seminar um Grundwissen zu Ausbildung und Studium im Betrieb

Laufende Nummer: 1170

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di trägt dafür Sorge, dass in Grundlagenseminaren für Betriebsräte Fragen der
- 2 Ausbildung oder des dualen Studiums in ausreichendem Umfang behandelt werden. Dies
- 3 betrifft einerseits die Fragen der Ausbildung an sich, sowie die Arbeit mit Jugend-
- 4 und Auszubildendenvertretungen.

## Antrag H005: Bildungsangebote für dual Studierende

Laufende Nummer: 1050

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di darauf hinwirkt, dass die ver.di Jugend bundesweit spezielle Seminare
- 2 anbieten soll, die auf die Bedürfnisse von dual Studierenden zugeschnitten sind.

# Antrag H008: Ausbau gewerkschaftlicher Bildungsarbeit

Laufende Nummer: 1166

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di intensiviert die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und baut das Bildungsangebot
- 2 weiter aus. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sind dabei zu
- 3 berücksichtigen.

# Antrag H010: Seminarreihe “Nazitrolle versauen die Medienlandschaft” (Arbeitstitel)

Laufende Nummer: 1214

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 8
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Der Bundesjugendvorstand wird aufgefordert, in Kooperation mit der
- 2 Bundesfachbereichsjugend 08 in den nächsten vier Jahren eine Seminarreihe anzubieten,
- 3 die sich mit der journalistischen Berichterstattung in Zeiten des Rechtsrucks und der
- 4 Digitalisierung auseinandersetzt.

5

Hierbei soll bearbeitet werden, wie sich Angriffe von rechten Personen und

6

Gruppierungen auf Social Media Plattformen auf die journalistische Arbeit auswirken,

7

welche Reichweite und Auswirkungen lückenhafte oder gar falsche Berichterstattung

8

haben können und wie wir Gegenstrategien entwickeln können.

9

Die Ausgestaltung der Seminare soll in Kooperation mit Kolleg\*innen vorbereitet und

10

durchgeführt werden, die aus dem Medienbereich (z.B. Rundfunkhäuser, Zeitungen,

11

allgemeine Pressearbeit) kommen und mit Social Media arbeiten, sowie Seminarerfahrung

12

mitbringen.

13

Weitere Unterstützung muss in den Ebenen, sowie den Gremien des Fachbereichs erwirkt

14

werden.

## Antrag H013: Bundesweites Jugendcamp

Laufende Nummer: 1017

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend soll ein bundesweites Jugendcamp durchführen.

## Antrag H015: Antisemitismus bekämpfen

Laufende Nummer: 1233

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen-Bremen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend Niedersachsen-Bremen lehnt jede Form des Antisemitismus strikt ab.
- 2 Sie fordert für die Bildungsarbeit eine Weiterentwicklung des bestehenden Angebots im
- 3 Hinblick auf Gedenk- und Präventionsseminare, des Weiteren die Erarbeitung eines
- 4 Konzepts zum persönlichen Umgang mit antisemitischen Vorfällen im betrieblichen,
- 5 berufs- und hochschulischen, sowie öffentlichen Umfeld.



## Antrag H016: ver.di Jugend goes digital

Laufende Nummer: 1148

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Sich auch innerhalb unserer Organisation für die Digitalisierung von Arbeitsprozessen
- 2 einzusetzen. Vor allem im Bereich der Seminaranmeldung, Reisekostenabrechnung,
- 3 Fahrkartenbestellung und mit der Bereitstellung einer eigenen Cloud-Lösung für alle
- 4 ehrenamtlichen Gremien. Hierbei sollte die Oberfläche den Grundsätzen der
- 5 Barrierefreiheit entsprechen. Ebenso sollen sämtliche Informationsmaterialien in
- 6 Zukunft ebenfalls über ein zentrales System veröffentlicht bzw. unseren Mitgliedern
- 7 zugänglich gemacht werden. Das ver.di Mitgliedernetz muss weiterhin grundlegend neu
- 8 aufgebaut und an die aktuellen Usability- sowie Designstandards angepasst werden. Es
- 9 wird weiter ein neues Social Media Konzept mit konkreten Umsetzungsstrategien für
- 10 alle Ebenen entwickelt. Telefon- und oder Webkonferenzen sollen auch ohne
- 11 hauptamtliche Unterstützung zugänglich gemacht werden.

## Antrag H018: Modernisierung der ver.di

Laufende Nummer: 1175

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 9
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H016
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di als Organisation Maßnahmen zur Modernisierung und Digitalisierung
- 2 ergreift, um den Ansprüchen vorhandener und potenzieller Mitglieder gerecht zu werden
- 3 und so die Attraktivität der Gewerkschaft zu erhöhen. Insbesondere bedarf es einer
- 4 professionellen, interaktiven Online-Kommunikation, der Nutzung moderner, effektiver
- 5 Kommunikationsmittel wie z.B. Video-Konferenzen sowie flexibler
- 6 Mitwirkungsmöglichkeiten zu Sachthemen.

## Antrag H020: Elektronische Streikgelderfassung

Laufende Nummer: 1085

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Streikgelderfassung findet in Zukunft elektronisch statt. Als Vorbild dient
- 2 hierfür die elektronische Streikgelderfassung der IG Metall. In begründeten Fällen
- 3 kann eine analoge Streikgelderfassung möglich sein.

# Antrag H021: Angebot von veganer Verpflegung bei ver.di Veranstaltungen

Laufende Nummer: 1015

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Bei jeglicher Art von Sitzung oder Veranstaltung die eine Verpflegung beinhalten,
- 2 muss auf eine vegane Alternative und etwaige Unverträglichkeiten geachtet, abgefragt
- 3 und angeboten werden.

# Antrag H022: Anerkennung des geschlechtlichen Selbstbestimmungsrechts durch ver.di

Laufende Nummer: 1096

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di erkennt das geschlechtliche Selbstidentifikationsrecht an. Es räumt seinen
- 2 Mitgliedern die Möglichkeit ein, sich beim ver.di-Beitritt oder zu einem späteren
- 3 Zeitpunkt per Änderungsmitteilung unabhängig vom Geschlecht im Personenstandsregister
- 4 als Mann, Frau oder „Diverse“ zu kategorisieren. Die geschlechtliche Grammatik von
- 5 automatisierten Schriften (z.B. E-Mail Anschriften) wird so weit wie möglich
- 6 modifiziert um an den passenden Stellen geschlechtsneutral zu sein. Die
- 7 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen werden darauf hingewiesen, sich
- 8 möglichst diesen Veränderungen anzupassen. D.h., sie sollen möglichst
- 9 geschlechtsneutrale Sprache verwenden, wenn sie nicht das Geschlecht der Person
- 10 wissen. Um diese Ziele umzusetzen wird wenn nötig mit Sachkundigen beraten. Ver.di
- 11 setzt sich außerdem für die Inklusion von transgener Menschen ein. Falls Ver.di aus
- 12 rechtlichen Gründen das personenstandsrechtliche Geschlecht wissen muss, kann dieses
- 13 separat beim Eintritt abgefragt werden. Die Grundsatzerklärung ver.dis wird geändert,
- 14 um Solidarität mit transgener Menschen zu bekräftigen.

## Antrag H023: Sichere Kommunikation in ver.di

Laufende Nummer: 1144

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di wird aufgefordert eine Möglichkeit zur verschlüsselten Kommunikation von
- 2 Mitgliedern zu ver.di per Email zu schaffen. Dies sollte aus Gründen des
- 3 Datenschutzes nicht mit einer proprietären Lösung realisiert werden, sondern mit
- 4 einer Lösung die auf „Open Source“ Software beruht, da nur hier sichergestellt werden
- 5 kann, dass das Risiko von gekauften Backdoors in der Software auf ein Minimum
- 6 reduziert ist. Zusätzlich sollte eine sichere Möglichkeit zur vollständig
- 7 verschlüsselten Übertragung von großen Datenmengen geschaffen werden.

## Antrag H026: Jugend im Fokus 2.0

Laufende Nummer: 1224

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 63 Prozent der ver.di-Mitglieder sind 50 Jahre oder älter (Stand September 2018).
- 2 Hundertausende der Mitglieder werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen.
- 3 Damit geht gewerkschaftliche Organisationsmacht in den Betrieben verloren.
- 4 Gewerkschaftliche Strukturen werden geschwächt, die Durchsetzungsmacht in
- 5 Tarifaueinandersetzungen schwindet.
- 6 **Verantwortung übernehmen, Verbindlichkeit stärken**
- 7 Um deutliche Fortschritte bei der Verjüngung unserer Gewerkschaft zu erzielen,
- 8 braucht es klare, gelebte Verantwortungen und eine intensive Zusammenarbeit von
- 9 Fachbereichen und Jugend in der Nachwuchsentwicklung. Die in den Rahmenstandards für
- 10 die kollektive Betriebs- und Tarifararbeit festgelegten Standards für die
- 11 Nachwuchsentwicklung müssen dringend mit hoher Priorität in allen Fachbereichen
- 12 umgesetzt werden. Dazu sollten folgende Maßnahmen umgesetzt werden:
- 13 Forderungen:
- 14 • Die Landesfachbereiche erstellen quartalsweise einen Fortschrittsbericht, der
- 15 als Grundlage für ein Controlling über die Ein- und Austrittsentwicklung bei
- 16 Auszubildenden, Anwärter\*innen und Dual Studierenden in den Landesfachbereichen
- 17 dient.
- 18 • Die Landesfachbereiche stellen sicher, dass regelmäßige Austausche mit den
- 19 Landesjugenden über die Mitgliederentwicklung von Auszubildenden und dual
- 20 Studierenden sowie Planungen zur Ansprache stattfinden.
- 21 • Jährlicher Controllingbericht durch den Bereich Controlling über den Stand der
- 22 Kartierung der Auszubildenden und dual Studierenden in den Landesfachbereichen
- 23 • Spätestens im Juli jedes Jahres erfolgt ein Controlling über die
- 24 betriebsscharfen Planungen für die Ansprache zum Ausbildungsstart (anhand des
- 25 Planungsbogens „dreistufige Ansprache“, bestenfalls über eine digitale
- 26 Plattform)
- 27 • Alle Landesfachbereiche führen Impulsworkshops „Gewinnung von Auszubildenden
- 28 organisieren“ mit ihren Gewerkschaftssekretär\*innen durch. Hier soll
- 29 insbesondere ein Raum für Austausch über „Best Practice“-Beispiele geboten
- 30 werden. Die ver.di Jugend stellt dafür Konzepte zur Verfügung.

- 31 • Weiterentwicklung der Rahmenstandards im Hinblick auf die Ansprache von  
32 Auslerner\*innen

### 33 **Jugendaktivenstrukturen**

34 Ehrenamtlich aktive Kolleginnen und Kollegen sind das Gesicht von ver.di in den  
35 Betrieben und Dienststellen. Doch stabile Aktivenstrukturen entstehen meist nicht von  
36 alleine. Dafür brauchte es Qualifizierungen, Konzepte und Angebote. Für die breitere  
37 Etablierung von Jugendaktivenstrukturen sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden.

#### 38 Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend:

- 39 • Ausarbeitung des Konzeptes zu Jugend-Aktiven-Strukturen aus dem „Perspektive  
40 ver.di wächst“-Jugendprojekt gemeinsam mit dem Bereich Organisations- und  
41 Personalentwicklung und dem Referat Vertrauensleute

- 42 • Fortführung und Weiterentwicklung der Empower-Trainingsangebote

### 43 **Verjüngung betrieblicher Interessenvertretungen**

44 Für eine Verjüngung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft braucht es auch eine  
45 Verjüngung der betrieblichen Interessenvertretungen.

#### 46 Forderung:

- 47 • Der Gewerkschaftsrat wird aufgefordert, den Antrag C 041 des Bundeskongresses  
48 2015 zeitnah umzusetzen.

49 Dabei muss in Wahlvorschlagslisten, die bei Betriebs- oder Personalratswahlen durch  
50 ver.di eingereicht werden, bei der Listenaufstellung eine Jugendliche/ein  
51 Jugendlicher (gemäß ver.di-Satzung § 60 Nr. 4 – bis zum vollendeten 28. Lebensjahr)  
52 unter den ordentlichen Sitzen berücksichtigt werden, sofern das Gremium aus mehr als  
53 einem Sitz besteht.

54 Der Erfolg dieser Richtlinienänderung soll bei den regulären Wahlterminen ausgewertet  
55 werden.

#### 56 Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend:

- 57 • Begleitend sollen entsprechende Handlungsempfehlungen für Jugend- und  
58 Auszubildendenvertreter\*innen und Betriebs- und Personalräte erstellt werden.



# Antrag H027: Anpassung der Jugendrichtlinie

Laufende Nummer: 1220

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesjugendvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt die Überarbeitung der Jugendrichtlinie. Diese
- 2 Überarbeitung ist unter anderem durch die Prozesse der Fachbereichsfusionen und
- 3 „Perspektive ver.di wächst“ (PVW) unumgänglich. Davon unabhängig passen die in der
- 4 aktuellen Version der Jugendrichtlinie beschriebenen Gremienstrukturen teilweise
- 5 nicht zu der in der ver.di Jugend gelebten Realität.
- 6 Diverse Jugendstudien (Sonderauswertung Deutscher Freiwilligen Survey 2014, Shell
- 7 Jugendstudie 2015) kommen zu dem Ergebnis, dass junge Menschen sich ehrenamtlich
- 8 engagieren (wollen), dies jedoch themenbezogen und ohne zeitlich feststehende Rahmen
- 9 tun möchten oder können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sollen auf der
- 10 Bezirks- und Ortsebene der ver.di Jugend neue Formen der Aktivenzusammenarbeit
- 11 ermöglicht werden, die auch die bestehenden Strukturen ersetzen können.
- 12 In unserer Arbeit stellen wir außerdem fest, dass viele junge Mitglieder sich vor
- 13 allem betriebs- und berufspolitisch engagieren wollen. Die konventionelle
- 14 Gremienarbeit benötigt hierdurch neue Rahmenbedingungen. Es müssen
- 15 Beteiligungsmöglichkeiten auch außerhalb der klassischen Gremienarbeit in der
- 16 Jugendrichtlinie Berücksichtigung finden.
- 17 Die Bundesjugendkonferenz und die ihr vorausgegangen Konferenzen sollen genutzt
- 18 werden, um eine Diskussion und Verständigung zwischen den Landesbezirken und
- 19 Bundesfachbereichen über die Ziele der Jugendrichtlinie einzuleiten. Einige
- 20 Entsendebereiche legen einen stärkeren Fokus auf die formale Überarbeitung der
- 21 Richtlinie: Sie soll einen formalen und schlanken Rahmen für die Jugendarbeit in
- 22 ver.di stellen. Andere Entsendebereiche legen ihren Fokus wiederum auf die
- 23 Herausforderung, dass junge Menschen zunehmend von starren und bürokratischen
- 24 Beteiligungsformen abgeschreckt werden.
- 25 Wir sind eine wirksame, attraktive, politisch aktive und schlagfertige Organisation!
- 26 Ziel des Überarbeitungsprozesses ist, arbeitsfähige, attraktive und zukunftsfähige
- 27 Strukturen in der ver.di Jugend zu schaffen.
- 28 Die neue Jugendrichtlinie muss das Selbstverständnis der ver.di Jugend behandeln und
- 29 einen klaren Fokus auf kollektive Handlungsfähigkeit der ver.di Jugend legen. Auch
- 30 ein Blick in andere Jugendverbände/-organisationen und Gewerkschaften für Best-
- 31 Practice-Ideen kann bei der Überarbeitung der Jugendrichtlinie eine Rolle spielen.

## 32 **Arbeitsaufträge an die ver.di Jugend:**

33 Der Bereich Jugend entwickelt in Abstimmung mit den Landesbezirken (Jugend) und  
34 Bundesfachbereichen (Jugend) einen beteiligungsorientierten Prozess zur Überarbeitung  
35 der Jugendrichtlinie.

### 36 **Unsere Anforderungen:**

#### 37 **Strukturelle Veränderungen in ver.di:**

38 Die Parität in der Matrix zwischen Ebene und Fachbereichen muss in den  
39 Jugendstrukturen erhalten bleiben. Dies ist in der Jugendrichtlinie zu verankern. Die  
40 Fusion der Fachbereiche darf nicht dazu führen, dass die Zahl der Jugendmandate im  
41 Verhältnis zur Gesamtgröße des Gremiums abnimmt. Die Jugendquote muss sich auch  
42 zukünftig an der Gremiumsgröße orientieren. Denn nur so kann auch weiterhin „Jugend  
43 im Fokus“ innerhalb der ver.di-Strukturen gelebt werden.

44 Von dem Organisationsentwicklungsprozess „Perspektive ver.di wächst“ sind die  
45 Jugendstrukturen zumindest mittelbar betroffen. Im Zuge der Überarbeitung der  
46 Jugendrichtlinie soll es auch Austauschmöglichkeiten für hauptamtliche  
47 Jugendsekretär\*innen geben, wie die Schnittstellen zwischen Jugend, den neuen  
48 Sekretär\*innen der Fachbereichsbündel und den Teams „Beratung und Recht“ gestaltet  
49 werden sollen.

#### 50 **Jugend in der Ebene**

51 Für den Aufbau und die Strukturen der Landesbezirksjugendvorstände (LBJV) ist in der  
52 Jugendrichtlinie ein Rahmen festzulegen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Struktur  
53 und der Zusammensetzung soll Aufgabe der Landesbezirksjugendvorstände werden. Im  
54 Rahmen der dezentralen Verantwortung soll der LBJV Beteiligungsmöglichkeiten für  
55 viele Entsendebereiche (auch der 4. Ebene) schaffen. Gleichzeitig muss auch die  
56 Arbeits- und Beschlussfähigkeit seines Gremiums sichergestellt werden. Entsprechende  
57 Strukturbeschlüsse der Zusammensetzung der LBJVen müssen mindestens zwölf Monate vor  
58 den Landesbezirksjugendkonferenzen durch die LBJVen beschlossen werden.

#### 59 **Jugend in den Fachbereichen**

60 Für den Aufbau und die Strukturen der Jugendarbeit in den Fachbereichen ist ein  
61 Rahmen festzulegen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Struktur und der  
62 Zusammensetzung ist Aufgabe der Bundesfachbereichsjugendfachkreise (BFBJFK). Im  
63 Rahmen der dezentralen Verantwortung schafft der jeweilige BFBJFK  
64 Beteiligungsmöglichkeiten für viele Entsendebereiche (auch direkt aus der  
65 betrieblichen Ebene). Er muss gleichzeitig aber auch die Arbeits- und  
66 Beschlussfähigkeit seiner Gremien sicherstellen. Nichtsdestotrotz muss der Fokus auf  
67 niedrigschwelligen Angeboten im Betrieb liegen. Jugendaktivenstrukturen müssen hier  
68 in die Jugendrichtlinie eingebunden werden.

69 Entsprechende Strukturbeschlüsse der Zusammensetzung der Fachbereichsjugendarbeit  
70 müssen mindestens zwölf Monate vor den Jugendmitgliederversammlungen durch die  
71 Bundesfachbereichsjugendfachkreise beschlossen werden.

# Antrag H028: Verpflichtende Jugendquote in Verhandlungskommissionen

Laufende Nummer: 1063

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H027
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Jugendrichtlinie wird im Punkt 2.1 wie folgt geändert:
- 2 2.1 Vertreter/-innen der ver.di Jugend müssen entsprechend ihrem jeweiligen Anteil,
- 3 mindestens jedoch mit zwei Mandaten, in allen Organen und Beschlussgremien der Ebene
- 4 und der Fachbereiche, in Tarifkommissionen, Verhandlungskommissionen und bei
- 5 Delegiertenwahlen vertreten sein. Bei Gremien die nicht durch eine Konferenz gewählt
- 6 werden, wie z.B. die Ausschüsse des Gewerkschaftsrates, der Tarifausschüsse,
- 7 Bildungskommissionen etc. ist die Jugend angemessen zu beteiligen. Vor der Besetzung
- 8 muss ein Vorschlag der Jugend durch das Jugendgremium der jeweiligen Ebene eingeholt
- 9 werden. Gleiches gilt für Workshops, Tagungen und Delegationen.

# Antrag H029: ver.di im Wandel ? Berücksichtigung der Jugend im Rahmen der Fachbereichsfusion

Laufende Nummer: 1179

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen-Bremen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H027
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Investition in Jugendstrukturen in der Ebene und in den Fachbereichen sind während
- 2 und nach der Fusion und den strukturellen Veränderungen zu intensivieren.
- 3 Jugendfachkreise (JFKs) und andere Jugendstrukturen, welche für die Jugendarbeit in
- 4 den Fachbereichen unerlässlich sind, müssen sowohl während als auch nach den
- 5 Veränderungen aufrecht erhalten werden! Auch die bezirkliche Jugendarbeit, abgedeckt
- 6 durch bezirkliche Jugendsekretär\*innenstellen darf nicht unter den
- 7 Veränderungsprozessen leiden, die Stellen sind zu erhalten. Neben den Investitionen
- 8 in die Jugend, ist die Jugend - als Zukunft unserer Organisation- bei entsprechenden
- 9 Verhandlungen, Ausarbeitungen, Gründungsvorständen etc. durch Mandate zu
- 10 berücksichtigen.

## Antrag H030: Jugendquote in Bundesgremien

Laufende Nummer: 1146

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H027
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Einführung von einer Jugendquote in allen bundesweiten Ehrenamtsgremien von
- 2 mindestens 10% der Mitglieder bei einer Mindestsitzquote von 2 Personen. Diese
- 3 Delegierten sind im Vorfeld durch die betreuenden Sekretär\*innen zu schulen.
- 4 Auf Sitzungen und Konferenzen haben die Jugendlichen gleichberechtigtes Rede- und
- 5 Stimmrecht.

## Antrag H032: Bundesjugendsekretär\*in als Wahlamt

Laufende Nummer: 1014

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Das Amt des\*der Bundesjugendsekretärs\*in ist durch eine demokratische Wahl zu
- 2 vergeben. Die Jugendrichtlinie wird dafür wie folgt geändert:
  
- 3 Unter Punkt 3.4 Bundesebene „Aufgaben der Bundesjugendkonferenz“ wird der
- 4 Spiegelstrich „*Sie wählt den\*die Bundesjugendsekretär\*in.*“ ergänzt.
  
- 5 Unter Punkt 3.4 Bundesebene „Aufgaben des Bundesjugendvorstandes“ wird der
- 6 Spiegelstrich „*Er hat das Vorschlagsrecht bei der Einsetzung des\*der*
- 7 *Bundesjugendsekretär\*in*“ durch „*Er hat das Vorschlagsrecht bei der Nominierung*
- 8 *des\*der Bundesjugendsekretär\*in.*“ ersetzt.
  
- 9 Die Satzung wird durch den § 60 Absatz 5 ergänzt:
- 10 „*Der\*die Bundesjugendsekretär\*in wird vom Bundesjugendvorstand der*
- 11 *Bundesjugendkonferenz vorgeschlagen und nach der Nominierung auf der*
- 12 *Bundesjugendkonferenz vom Bundesvorstand für die Dauer von vier Jahren bestellt.*“

# Antrag H034: „Fachbereichsjugendvorstände“ statt „Fachbereichsjugendfachkreise“

Laufende Nummer: 1210

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 8
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die bisherige Bezeichnung „Fachbereichsjugendfachkreis“ wird durch den Begriff
- 2 "Fachbereichsjugendvorstand" ersetzt.
- 3 Der Paragraph 60 Absatz 3 der ver.di-Satzung wird wie folgt geändert:
- 4 „In den Fachbereichen soll die Jugend nach Abstimmung mit den jeweiligen
- 5 Fachbereichsvorständen die Möglichkeit erhalten, durch einzurichtende
- 6 Fachbereichsjugendvorstände Einfluss auf jugendrelevante Themen zu nehmen. Für
- 7 Fachbereichsvorstände schlägt die jeweilige Fachbereichsjugendmitgliederversammlung
- 8 oder der jeweilige Fachbereichsjugendvorstand die Vertreter/innen der Jugend
- 9 entsprechend dem Anteil an der Mitgliedschaft, jedoch mindestens zwei, zur Wahl vor“.
- 10 Die „Richtlinie zur Jugendpolitik“ wird entsprechend geändert.

11

# Antrag H035: Was machen nach der 'Bio-Klippe' - Ein Anstoß zu Ü28

Laufende Nummer: 1108

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di eine aktivere Haltearbeit von Menschen über 28 Jahren betreibt. Die
- 2 Konferenz beauftragt die neu gewählten Vorstände, ein konkretes Konzept zur Umsetzung
- 3 innerhalb seines Verantwortungsbereiches zu erstellen.
- 4 Das Konzept soll folgende Punkte beinhalten:
- 5 • bei der Verteilung von Funktionär\*innen-Arbeit müssen aktive Ü28er\*innen
- 6 mitgedacht werden
- 7 • konkrete Ansprache-Projekte ("Abholen, von wo man gerade ist")
- 8 • die Öffentlichkeitsarbeit der Bezirke und bezirklichen Fachbereiche muss die
- 9 genannte Personengruppe stärker in den Fokus nehmen
- 10 • konkrete thematische Angebote zum Austausch und zur Vernetzung müssen geschaffen
- 11 werden
- 12 • klare Ansprechpartner\*innen benennen
- 13 • die kontinuierliche Arbeit an dem Konzept der Personengruppe muss sichergestellt
- 14 werden (Schaffung eines Gremiums oder einer Arbeitsgruppe)



# Antrag H040: Jugendsekretär\*innen in der Ebenenstruktur sind unabdingbar

Laufende Nummer: 1110

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Nach Strukturanpassungsprojekten sind Jugendsekretär\*innen in der Ebenenstruktur von
- 2 ver.di weiterhin Teil der Ebene und gehen nicht in Fachbereichsstrukturen auf. Das
- 3 bedeutet, dass es Jugendsekretär\*innen nicht ausschließlich in den Fachbereichen
- 4 geben darf, sondern dass die Ebenenstrukturen mit vollen Ressourcen erhalten bleiben
- 5 und unterstützt werden. Stellen für Fachbereichsjugendsekretär\*innen können nur
- 6 geschaffen werden, wenn diese nicht zulasten der Ebenenjugend geht. Es darf nie zu
- 7 der Situation kommen das Fachbereichsjugend und Ebenenjugend gegen einander
- 8 ausgespielt wird. Für entsprechende Möglichkeiten ist zu sorgen.

## Antrag H041: Jugendbetreuung - endlich überall

Laufende Nummer: 1149

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H040
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Es sollen in ver.di Bayern und Bundesweit in jedem Bezirk mindestens eine 1.0
- 2 (Vollzeit) Stelle für die Jugendarbeit geschaffen / erhalten werden. In Bezirken die
- 3 mehr als 2000 Mitglieder unter 28 Jahren haben, soll eine zweite Vollzeitstelle für
- 4 die Jugendarbeit geschaffen werden. Bei der Stellenausstattung müssen
- 5 außerordentliche Belastungen der Sekretär\*innen (Betriebsratsmandat,
- 6 Fachbereichsarbeit etc.) berücksichtigt werden und die Stellenausstattung
- 7 gegebenenfalls entsprechend erhöht werden.

## Antrag H042: Mehr Jugendsekretär\*innen in den Bezirken, sowie Erhöhung der finanziellen Mittel

Laufende Nummer: 1215

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 8
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag H040
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Hiermit beantragen wir den Personalschlüssel der Jugendsekretär\*innen merklich
- 2 anzuheben. Zusätzlich benötigt der Bereich Jugend eine höhere finanzielle Ausstattung
- 3 in den Bezirken, um generell die Handlungsfähigkeit von ver.di im Bereich der Jugend
- 4 zu gewährleisten.

# Antrag H043: Änderung der disziplinarischen und fachlichen Leitung von Jugendsekretär\*innen

Laufende Nummer: 1059

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Im Zuge der Perspektive „ver.di wächst“ ist es erklärter politischer Wille des
- 2 Bundeskongresses, dass Jugendsekretär\*innen fachlich unter die Leitung des
- 3 Landesjugendsekretariats gestellt werden.

# Antrag H044: Bewährungsprobe des\*der neuen Bundesvorsitzende\*n

Laufende Nummer: 1080

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend möge beschließen, die neuen Mitglieder des Bundesvorstands haben
- 2 2020 zu einem Bubble-Soccer-Spiel auf dem Jugendcamp der ver.di-Jugend Baden-
- 3 Württemberg anzutreten.

## Antrag H045: Freigabe des Angebots für ein freiwilliges soziales Jahr bei ver.di

Laufende Nummer: 1027

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass ver.di das Konzept des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) unterstützt und selbst
- 2 darauf hinwirkt, die Möglichkeit zu schaffen ein FSJ bei ver.di zu absolvieren.

## Antrag H046: Gendergerechtigkeit in der ver.di Matrix

Laufende Nummer: 1013

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesjugendvorstand und Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di beschließt, sich für eine Gendergerechtigkeit in Satzung, Statuten und
- 2 Richtlinien einzusetzen. Daraus ergibt sich der Arbeitsauftrag, die Erfassung der
- 3 Mitgliederdaten zu evaluieren und festzustellen, ob die Binarität des Geschlechts
- 4 heute noch zeitgemäß ist oder ob eine andere Form der Mitgliederlistung sinnvoller
- 5 und zukunftsfähiger ist.

# Antrag H047: Sozialpartnerschaftliche Bündnisse aufkündigen

Laufende Nummer: 1081

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg		
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress		
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft		
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja:	47.000000	(NaN %)
	Nein:	24.000000	(NaN %)
	Enthaltung:	9.000000	(NaN %)
	Abgegebene Stimmen:	80.000000	

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di unterhält Beziehungen zu Arbeitgeberorganisationen fortan nur unter strenger
- 2 Wahrung der Transparenz. Die Mitgliedschaft muss über Ziel und Zweck, Dauer und
- 3 Charakter dieser Beziehungen aufgeklärt werden.
- 4 ver.di geht nur mit äußerster Vorsicht politische Bündnisse mit Arbeitgeberverbänden
- 5 ein. Bündnisse müssen transparent in die jeweiligen Gremien rückgespiegelt werden.
- 6 ver.di prüft die Zusammenarbeit unter den Überschriften „Dienstleistung 4.0“,
- 7 „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“, „Fokusgruppe Digitalisierung und
- 8 Dienstleistung“, „IT-Gipfel“/„Digital-Gipfel“ sowie ähnlicher Projekte der
- 9 Zusammenarbeit mit BMWi und DIHK auf die genannten Kriterien und beendet ggf. die
- 10 Zusammenarbeit.



## Antrag H048: Benennung der neuen Bereiche

Laufende Nummer: 1213

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 8
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die neuen ver.di-Bereiche A, B, C und D werden umbenannt in z.B. „Gryffindor“,
- 2 „Hufflepuff“, „Ravenclaw“ und „Slytherin“. Sollte es mehr Bereiche geben, werden die
- 3 Ilvermorny-Häuser hinzugefügt.
- 4 Die Zuteilung der Namen nimmt der sprechende Schnautzer vor.

## Antrag H049: Sprache schafft Bewusstsein

Laufende Nummer: 1145

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Eine Regelung zum Gendern in Texten, Veröffentlichungen usw. auf das Gendersternchen
- 2 festzulegen. Außerdem soll darauf geachtet werden, dass – wo möglich –
- 3 geschlechtsneutral formuliert wird (Arbeitende statt Arbeiter\*innen)
  
- 4 Grundsätzlich sollte sich die Regelung an folgenden Leitfaden orientieren:
- 5 • Stets mit Gendersternchen (Student\*innen, Schüler\*innen)
- 6 • Die Nennung des jeweils weiblichen und männlichen Geschlechts ist nicht
- 7 ausreichend, weil so alle weiteren Geschlechter ausgeschlossen werden
- 8 (Schüler\*innen statt Schülerinnen und Schüler)
- 9 • Nur personenbezogen Gendern (Verbraucherschützer\*in statt
- 10 Verbraucher\*innenschützer\*in)

# Antrag H054: Produktion einer hochwertigen ver.di-Qualitäts-Serie auf internationalem Niveau in Kooperation mit Netflix

Laufende Nummer: 1101

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Entsprechend des modernen Zeitgeistes wird eine hochwertige ver.di-Qualitäts-Serie
- 2 auf internationalem Niveau bei Netflix in Auftrag gegeben. Die Ideen in der
- 3 Antragsbegründung sind nicht nur zu beachten, sondern auch auf jeder weiteren
- 4 Konferenz zu erweitern. Weiterhin soll fortan die Netflix-Mitgliedschaft eine
- 5 Mitgliederleistung werden.

## Antrag H055: ISIC Card Video

Laufende Nummer: 1079

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Baden-Württemberg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di muss umgehend das Video zum „Internationalen Studierendenausweis“ aus Youtube
- 2 löschen.

## Antrag H056: Social Media

Laufende Nummer: 1158

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 4
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Bundesverwaltung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Es wird ein Expert\*innenteam gegründet, in dem sich Know-How aus den Bereichen
- 2 Wirtschaftspsychologie, Kommunikationswissenschaften und Social Media bzw. neue
- 3 Medien (z.B. YouTube/Younow) vereint. Dieses Team wird ver.di dauerhaft beratend zur
- 4 Seite stehen, um zentrale Fragen des Organizing im Hinblick auf neue Medien zu
- 5 beantworten/erarbeiten. Ebenfalls wird dieses Team Multiplikator\*innen ausbilden, die
- 6 bereits jetzt Social Media Auftritte von verschiedenen ver.di Gliederungen oder
- 7 Gremien administrieren oder jene, die Interesse daran haben.
- 8 Die Multiplikator\*innen-Schulung soll mindestens folgende Inhalte haben:
- 9 • Wie filtern Facebook und Co. unsere Wahrnehmung auf den Plattformen
- 10 (Algorithmen, subjektive Filterblasen u.s.w)?
- 11 • Welche Funktionen für offizielle Auftritte stehen auf den einzelnen Plattformen
- 12 zur Verfügung und wie werden sie möglichst effizient eingesetzt?
- 13 • Wie können Bilder, Videos und Grafiken erstellt werden?
- 14 • Welche Tricks gibt es, um eine größtmögliche Reichweite zu erlangen?
- 15 • Wie sollte die Struktur eines „Social Media Teams“ aussehen mit Hinblick auf
- 16 Teamgröße, Zuständigkeiten, Inhalte und Anzahl der Veröffentlichungen?

## Antrag H057: Social Media und Kampagnen

Laufende Nummer: 1150

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 in kommenden (Tarif-) Kampagnen der Jugend nicht ohne ein ansprechendes social media
- 2 Konzept für die "aktuell angesagten" Plattformen unserer Zielgruppe(n) zu arbeiten.
- 3 Es müssen Konzepte und Arbeitsweisen entwickelt, sowie Mitarbeiter\*innen und
- 4 Ehrenamtliche geschult werden. Das Hinzuziehen von professionellen
- 5 Dienstleister\*innen kann im Einzelfall hilfreich sein.

## Antrag H058: ver.di Publik vorrangig digital

Laufende Nummer: 1061

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di erarbeitet ein Konzept mit dem Ziel, seine Mitgliederzeitschrift Publik und
- 2 alle dazugehörigen Sonderhefte der Fachbereiche vorrangig in digitaler Form zu
- 3 versenden. Die Mitglieder sollen dabei weiterhin ihre Mitgliedszeitung in Papierform
- 4 erhalten können. Alternativ sollen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden,
- 5 die Publik und die Sonderhefte der Fachbereiche elektronisch zu beziehen. In diesen
- 6 Fällen kann die Papierform entfallen. Die Umstellung auf „Digitale Medien“ erfolgt
- 7 auf Antrag durch das Mitglied.
- 8 Das Konzept soll die Ökobilanz der Umstellung prüfen und diese den Mitgliedern
- 9 vermitteln. Es soll auch darauf ausgerichtet werden die ökonomische Basis für unsere
- 10 Kommunikationsarbeit zu sichern.

# Antrag H060: Anhebung der Freistellungstage unter Fortzahlung der Vergütung bei zukünftigen Verhandlungen von Tarifverträgen

Laufende Nummer: 1112

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di bemüht sich in anstehenden Tarifverhandlungen um eine Anhebung der
- 2 Freistellungstage unter Fortzahlung der Vergütung für Arbeitnehmer\*innen,
- 3 Auszubildende, dual Studierende in allen Fachbereichen zu erkämpfen. Diese sollen für
- 4 gewerkschaftliche Tagungen, Veranstaltungen, Seminare und das Mitwirken in ver.di
- 5 Gremien genutzt werden können.



# Antrag H061: Freistellungsmöglichkeit fürs Ehrenamt

Laufende Nummer: 1211

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesfachbereichs-Jugendkonferenz 8
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, eine unbegrenzte Freistellungsmöglichkeit für
- 2 ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit zu ermöglichen bzw. in den Tarifverhandlungen
- 3 durchzusetzen. Des Weiteren wird die DGB Jugend aufgefordert, sich für unbegrenzte
- 4 und bezahlte Freistellung in der Jugendverbandsarbeit einzusetzen (DBJR).

# Antrag H063: Für Solidarität und gegen Neoliberalismus in der Hans-Böckler-Stiftung

Laufende Nummer: 1041

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Gewerkschaft ver.di setzt sich in allen Gremien dafür ein, die Stipendiat\*innen
- 2 der Hans-Böckler-Stiftung zu unterstützen. Haupt- und ehrenamtliche ver.di
- 3 Kolleg\*innen in Stiftungsgremien sollen stärker in Betracht ziehen, sich mit den
- 4 Stipendiat\*innen zu solidarisieren sowie gegen mitbestimmungsgefährdende Anträge zu
- 5 stimmen. Seit Jahren gibt es Prozesse innerhalb der Hans-Böckler-Stiftung, die
- 6 Partizipationsmöglichkeiten sukzessiv abbauen und das eigene Leitbild, den
- 7 gewerkschaftlichen Gedanken der Mitbestimmung zu vermitteln und weiterzutragen,
- 8 aushöhlen und zu Phrasen verkommen lassen. Diese einzelnen Prozesse gehören einer
- 9 neuen Richtung der Studienförderung an und sollen hier im Folgenden klar benannt
- 10 werden, ohne aber ihre Zusammenhänge zu verkennen. Die Neoliberalisierung der
- 11 gewerkschaftlichen Stiftung muss verhindert werden. Die ver.di Jugend macht sich mit
- 12 allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen stark. Die Hans-Böckler-Stiftung
- 13 darf keine elitäre Stiftung werden, sondern muss weiterhin ehrenamtliches Engagement
- 14 in der Gewerkschaftsjugend fördern anstatt eines neoliberalen Leistungsgedankens auf
- 15 Grundlage von Noten und anderen Kriterien.

# Antrag H065: HBS Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit zur Verlängerung des Studiums

Laufende Nummer: 1048

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Verlängerung des Stipendiums ist an BAföG-Auflagen gebunden, da die Stiftung
- 2 unter anderem Gelder vom Staat bezieht. So ist es Studierenden möglich, über die
- 3 Regelstudienzeit zu studieren, wenn sie z. B. im Studierendenparlament oder im AStA
- 4 aktiv sind. Eine Verlängerung aufgrund eines gewerkschaftlichen Engagements ist nicht
- 5 möglich, trotz finanzieller Zuschüsse der DGB-Gewerkschaften.
- 6 Die ver.di Jugend fordert ihre Vertreter\*innen in der Hans-Böckler-Stiftung auf, hier
- 7 eine entsprechende Anpassung zu erwirken.

# Antrag H066: Mehr Gewerkschaft in der Hans-Böckler-Stiftung

Laufende Nummer: 1183

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen-Bremen
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Dass ver.di zu folgenden Themen mit den Beteiligten (Stipendiat\*innen,
- 2 Vertrauensdozent\*innen, Vertretenden der Stiftung und Zuständigen unserer
- 3 Organisation) einen runden Tisch abhält, um zu prüfen,
- 4 • ob das neu etablierte Onlinebewerbungsverfahren zu einer Benachteiligung von
- 5 jungen aktiven Gewerkschafter\*innen, im Vergleich zu anderen Bewerber\*innen,
- 6 führt
- 7 • ob die Förderung bei außerordentlichen gewerkschaftlichen und/oder
- 8 gesellschafts-politischen Engagement über die Regelstudienzeit hinaus weiterhin
- 9 möglich bleibt
- 10 • ob die Änderungen in den Richtlinien des Solidaritätsfonds der HBS noch dem
- 11 Gründungsgedanken des Chile-Fonds entsprechen (1)
- 12 • ob grundlegende gewerkschaftlichen Prinzipien, Werte und Umgangsformen
- 13 eingehalten werden
- 14 • ob einer der beiden ver.di-Sitze im Vorstand der HBS an eine\*n Kolleg\*in der
- 15 Jugend vergeben werden kann. Falls möglich, sollte dies umgesetzt werden, um die
- 16 Themen der Jugend und Studierenden gezielter in der HBS zu berücksichtigen.
- 17 Beim Aufdecken von Missständen wird der GR dazu angehalten, weiterführende Gespräche
- 18 mit den Entscheidungsträger\*innen zu führen, um Konzepte für die Stärkung des
- 19 gewerkschaftlichen Profils der HBS zu entwickeln.
- 20 [1] Chile-Fonds: Vorläufer des Solidaritätsfonds (<https://www.boeckler.de/114778.htm>)

# Antrag H067: Verbesserte Mobilität für ver.di Mitglieder

Laufende Nummer: 1065

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Mit Nachdruck die Einrichtung einer Transrapidverbindung allen ver.di
- 2 Geschäftsstellen erwirken. Frank Bsirske wird nach seiner aktiven Zeit als ver.di
- 3 Vorsitzender persönlich den „ver.di Jugend Bsirske Express“ kurz vJBE in Form eines
- 4 Hyperloops persönlich bauen und betreiben. Expertise holt er sich hierfür von den
- 5 Betreiber\*innen des Berliner Großflughafens BER. Jedes Mitglied hat den Anspruch auf
- 6 kostenfreie Nutzung des Hyperloops, inklusive kostenfreier Bespaßung durch alle
- 7 scheidenden Bundesvorstandsmitglieder. Hier sind insbesondere Wolfgang Pieper und
- 8 Frank Bsirske persönlich gefragt. Nichtmitglieder dürfen nicht mitfahren. Dies führt
- 9 zu einer optimalen Werbung für ver.di und steigert die Mitgliederzahl auf ca.
- 10 80.000.000 Menschen.

## Antrag H068: BAföG-Beratung

Laufende Nummer: 1154

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Bayern

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di setzt sich für den Ausbau der „students at work“ Kampagne des DGB ein und
- 2 drängt auf eine explizite Beratung zum Prozess der BAföG-Beantragung.

## Antrag H072: Plastikvermeidung in der ver.di

Laufende Nummer: 1005

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hamburg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 dass auf Bundesebene Standards zur Nachhaltigkeit und zum Umgang mit Plastik im
- 2 Merchandise festgelegt werden. Dabei hat der Bundesjugendvorstand zu prüfen, in
- 3 welchen Bereichen auf Plastik verzichtet werden kann.

## Antrag H073: Keine Coca Cola Company & Nestlé Produkte mehr in allen Räumlichkeiten des DGB

Laufende Nummer: 1106

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 sich beim DGB dafür einzusetzen, dass alle Coca Cola Company & Nestle Produkte aus
- 2 sämtlichen Räumlichkeiten und Catering Angeboten entfernt werden und durch
- 3 alternative Produkte, die unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechen, zu
- 4 ersetzen.



# Antrag H074: Keine Coca Cola Company & Nestle Produkte mehr in allen Räumlichkeiten der ver.di

Laufende Nummer: 1107

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen
<b>Status:</b>	angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an Bundesjugendvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	H - Zukunftsfähige Gewerkschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hessen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di soll alle Coca Cola Company & Nestle Produkte aus sämtlichen Räumlichkeiten
- 2 und Catering Angeboten entfernen und durch alternative Produkte, die unseren
- 3 gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechen, ersetzen.

## Antrag I001: Fridays for future – kämpft weiter!

Laufende Nummer: 1254

<b>Antragsteller*in:</b>	Paul Stellwag (Nr. 00077*03)
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	I - Initiativanträge

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di solidarisiert sich mit den streikenden Schüler\*innen der Fridays for Future
- 2 Bewegung und unterstützt die zukünftigen Proteste.

# Antrag I002: Resolution - Venceremos- Solidarität mit Kevin K.

Laufende Nummer: 1253

<b>Antragsteller*in:</b>	Mona Henkel (Nordrhein-Westfalen · Nr. 00024*01)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	I - Initiativanträge

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Deutschland, Mai 2019. In der medialen Debatte in Zeitungen, in den sozialen
- 2 Netzwerken und Talkshows beherrschen nicht etwas das Sterben von tausenden
- 3 Geflüchteten im Mittelmeer, die immens steigenden Mieten und oder das Erstarren der
- 4 AfD den Diskurs, sondern die Äußerungen eines Vorsitzenden einer Parteijugend: Kevin
- 5 K. aus B.! Mit seinen Äußerungen zu einer Kollektivierung von großen Unternehmen und
- 6 den Gedanken zu einem Wirtschaftssystem abseits des Kapitalismus stößt Kevin K., der
- 7 seit letztem Jahr auch Mitglied der ver.di Jugend ist, unserer Meinung nach den
- 8 richtigen Ton. Die Angriffe neoliberaler Kräfte auf einen jungen ehrenamtlich
- 9 politischen Aktivisten sind nicht angemessen und aus unserer Sicht zu verurteilen.
- 10 Die ver.di Jugend steht ein für die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien sowie
- 11 eine Demokratisierung der gesamten Wirtschaft. Der Diskurs über diese Themen darf
- 12 nicht mit DDR-Vergleichen abgespeist werden, sondern muss offen, demokratisch und in
- 13 angemessener Art und Weise geführt werden.

# Antrag I004: Mindestausbildungsvergütung – wir sind nicht zufrieden!

Laufende Nummer: 1281

<b>Antragsteller*in:</b>	Paul Stellwag (Nr. 00077*03)
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	I - Initiativanträge

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 ver.di Jugend positioniert sich gegen die Verhandlungsergebnisse zum Thema
- 2 Mindestausbildungsvergütung, die zwischen Reiner Hoffmann und Ingo Kramer
- 3 ausgehandelt wurden. Das Ziel müssen weiterhin die ursprünglichen Forderungen (bspw.
- 4 für das Jahr 2018 660 € im ersten, 720 € im zweiten, 795 € im dritten und 826 € im
- 5 vierten Ausbildungsjahr) des DGBs sein.

# Antrag I005: Volle Solidarität mit "Deutsche Wohnen & Co enteignen" und ähnlichen Initiativen

Laufende Nummer: 1288

<b>Antragsteller*in:</b>	Bettina Rödiger (Bayern · Nr. 00062*01)
<b>Status:</b>	angenommen und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	I - Initiativanträge

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 künftig Bündnisse und Mieter\*inneninitiativen, die sich mit der Enteignung und
- 2 Rekommunalisierung von ausbeuterischen Wohnungskonzernen beschäftigen, solidarisch zu
- 3 unterstützen und ggf. vor Ort mitzuarbeiten.
- 4 Zusätzlich werden Bildungsangebote zum Thema Enteignung und Kollektivierung
- 5 geschaffen, um sich innerhalb der Organisation zu schulen und bei
- 6 gesamtgesellschaftlichen Debatten sprachfähig einbringen zu können.

## Antrag D035: Rundfunk-Sozialbeitrag

Laufende Nummer: 1002

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksjugendkonferenz Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung und weitergeleitet an Bundeskongress
<b>Sachgebiet:</b>	D - Für eine gerechte und offene Gesellschaft
<b>Herkunft:</b>	Landesbezirk Hamburg

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die ver.di Jugend setzt sich für einen vergünstigten Beitrag für Studierende,
- 2 Auszubildende und wirtschaftlich Schwache beim Rundfunkbeitrag ein. ver.di setzt sich
- 3 dafür ein, dass ein solidarisches Bezahlssystem eingeführt wird.